

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interims-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 geite oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Staf-
 fetellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die auswärtige Politik der russischen Konterrevolution.

Die Gefahren für den europäischen Frieden, die aus der Orientkrise entsprangen, sind nicht zum geringsten hervorgerufen durch das Verhalten Rußlands. Angesichts der finanziellen und militärischen Zerrüttung des Landes mußte das provozierende Auftreten der zarischen Regierung einigermaßen überraschen. Am meisten Verwunderung aber mußte erregen, daß die Regierung Stolypin-Tswolsti bei ihrer Politik gerade dann die Unterstützung der bürgerlichen Parteien fand, wenn sie eine aggressivere Haltung einnahm und mit verstärktem Nachdruck als Befürworter der Ansprüche der kleinen Balkanvölker auftrat. Diese Erscheinung wird aber sofort klar, wenn man die Triebkräfte der russischen auswärtigen Politik genauer analysiert.

Seit dem Sieg der Konterrevolution ist der Zarismus nicht mehr ausschließlich das absolute Regime des feudalen Großgrundbesitzes, das sich auf die Teilnahmelosigkeit und Unbeweglichkeit der Bauernmasse stützt. Es ist vielmehr die Herrschaft einer Koalition des Kapitals und des Großgrundbesitzes, deren Zweck die Niederhaltung des Bauerntums und der Arbeiterklasse bildet, der beiden Klassen, die in einem offenen Kampfe die Grundlagen der Herrschaft der feudalen Parasiten und die unumschränkte Ausbeutung durch das Kapital bedroht haben. Die Träger der Revolution haben zwar eine Niederlage erlitten, aber die Ursache der Revolution, der Widerstreit der ökonomischen Entwicklung und der politischen Herrschaftsverhältnisse, ist nicht aus der Welt geschaffen. Die Regierung will die Aufgabe, welche die Revolution nicht gelöst hat, auf ihre Weise lösen. Sie will durch die Agrarreform, durch die Ausrottung der Korruption, durch Verwaltungsreformen, durch eine Ausgleichung der Interessen des Großgrundbesitzes und des Kapitals Rußland „erneuern“, ohne der Großgrundbesitzerklasse, aus deren Reihen sie sich selbst rekrutiert, Opfer aufzuerlegen und ohne die kapitalistische Ausbeutung einzuschränken. Um diese Danaidenarbeit zu leisten, braucht sie die Unterstützung der „Gesellschaft“; das konterrevolutionäre Gebrüll der 130 000 Junker und der kleinen Schicht großer Kapitalisten gerät ihr nicht. Darum lenkt sie wieder die Aufmerksamkeit der „Gesellschaft“ auf den Balkan, darum beginnt sie wieder mit dem Panislamismus zu spielen. Diese alte Triebkraft der russischen auswärtigen Politik wirkt aber jetzt in Verbindung mit neuen Elementen, die der Aktion der Regierung eine breitere Basis geben. Ein siegreicher Krieg, eine Schaffung von geschlossenen neuen Absatzmärkten für die russische Industrie würde der Regierung helfen, der revolutionären Lösung der Probleme des russischen Lebens aus dem Wege zu gehen. Wie bekannt, besteht das wichtigste Problem Rußlands darin, daß der völlige Verfall der russischen Bauernwirtschaft zum äussersten Hemmnis für die Entwicklung der russischen Industrie geworden ist. Da die Regierung als Verächterin der Interessen des Großgrundbesitzes mit allen Kräften gegen eine gründliche Lösung der Agrarfrage wehrt — und nur durch eine solche könnte ein innerer Markt für die russische Industrie geschaffen werden — so ist es für den Zarismus und das Kapital ein höchst verführerischer Gedanke, einen äußeren Markt für die Industrie zu erobern. Denn könnte dies Ziel erreicht werden, dann würde die Industrie eine neue Möglichkeit der Entwicklung erlangen, und die Herrschaft des Großgrundbesitzes wäre zugleich gerettet; die Agrarreform, die auf der Bildung einer kleinen Schicht Großbauern und auf dem gänzlichen Ruin der Kleinbauern lossteuert, hätte eine Zukunft: die ruinierten Bauern könnten als Fabrikarbeiter in die Städte wandern, und mit größerer oder geringerer Mühe könnte schließlich das Feuer auf dem flachen Lande, das dem herrschenden System so gefährlich ist, gelöscht werden.

Diese Spekulationen der Regierung werden von einem Teil des Bürgertums geteilt, man könnte fast sagen, sie werden von den Wortführern der Bourgeoisie der Regierung suggeriert. Und dies ist ein neues Moment in den Triebkräften der jetzigen auswärtigen Politik Rußlands und in der Stellung des russischen Liberalismus. In der Zeit der Hoffnung auf den Sieg der Revolution, wie die Liberalen sich diesen vorstellten, war die Mehrzahl der Liberalen gegen jede Expansionspolitik; damals glaubten sie noch an die Lösung der Agrarfrage durch die Enteignung des Großgrundbesitzes. Jetzt, nachdem die Konterrevolution gesiegt hat und die Liberalen aller Schattierungen jeglichen Glauben an die Lösung der Grundfragen des russischen Lebens verloren haben, erhoffen sie diese Lösung von der auswärtigen Politik. Noch bevor die russische Regierung von den Schlachtfeldern des Bürgerkrieges wieder in die Kabinette der westeuropäischen Diplomatie zurückkehrte, um an ihren Ränken teilzunehmen, hegte der Renegat des Marxismus, Peter Struve, der Führer des rechten Flügels des russischen Liberalismus, in der „Russkaja Myl“ zum Kriege gegen die Türkei. Damals, vor einem Jahre, warnte noch Miljukow, der Führer der Kadetten, vor unbesonnenen Balkanabenteuern; heute steht er und seine Partei an der Spitze der Draufgänger, die die

Regierung zum Einschreiten gegen Oesterreich aufheben, und die von ihm geleitete Zeitung, die „Rjetich“, schrieb in der Zeit des größten Serbenrummels: „Die Politik Tswolstis ist kein Bluff, sie vertritt die wahren Interessen Rußlands.“

Diese Stellung der russischen Bourgeoisie wird außer den schon erwähnten Gründen dadurch bestimmt, daß die Liberalen die Hoffnung hegen, durch die Unterstützung der auswärtigen Politik der Regierung zu einem größeren Einfluß zu gelangen. Wie töricht diese Hoffnung auch ist, so trägt sie dazu bei, daß die Wortführer der Bourgeoisie zu Trabanten der Regierung, zu rabiaten Draufgängern und Säbelraßlern werden, deren Tadel nur mehr der „allzu großen Besonnenheit“ der offiziellen zarischen Diplomatie gilt. Mit dieser Besonnenheit aber hat es seine eigene Bewandnis.

Es ist gewiß eine Binsenwahrheit, daß der russisch-japanische Krieg und die Revolution Rußland so geschwächt haben, daß das Zarenreich für absehbare Zeit überhaupt aus der Reihe derjenigen Mächte zu streichen ist, die imstande sind, einen großen modernen Krieg zu führen und sich einen maßgebenden Einfluß auf die Weltpolitik zu wahren. Das weiß natürlich auch die russische Regierung sehr wohl und daher rührt ihr Schwanken in der Balkanpolitik. Deshalb mußte sie es ertragen, als Oesterreich durch die Ankündigung des Baues der Sandshafbahn zum erstenmal bedrohte, daß es seine Stellung auf dem Balkan verstärken wolle. Deshalb stimmte Tswolsti in Buchlan den Annexionsplänen Oesterreichs zu. Deshalb muß es auch jetzt, wo die Kriegsgefahr ernst wird, doch wieder einlenken und Serbien den Verzicht auf jene Forderungen anraten, zu denen es selbst die serbische Regierung angefaßelt hat. Aber andererseits muß die zarische Regierung immer wieder diese Not ihrer Friedenspolitik durch eine provozierende kriegerische Sprache zu verhüllen trachten, nicht nur, um durch diesen Bluff ihre Stellung bei den Balkanvölkern zu retten, sondern auch, um der öffentlichen Meinung des Bürgertums Rechnung zu tragen. Deshalb schafft Rußland der Lösung der Krise immer neue Schwierigkeiten, deshalb hat es die bulgarisch-türkischen Einigungsverhandlungen durch seinen „Vermittlungs“-vorschlag zum Stillstand gebracht, deshalb hat es die Serben gegen Oesterreich mobil gemacht, trotzdem es wußte, daß es sie im Ernstfalle werde sicher im Stich lassen müssen.

Aber den bürgerlichen Parteien ist nicht geholfen durch eine Panfare, der sofort eine Schamade folgen muß, eine Politik, die nur die gänzliche militärische und finanzielle Desorganisation enthüllt und die Regierung zwingt, ihre völlige Unfähigkeit zur Lösung auch nur der Probleme der Konterrevolution einzugestehen. Daß diese Hilflosigkeit der Regierungen zur „Beruhigung“ der russischen Gesellschaft nicht gerade viel beitragen wird, versteht sich von selbst. Aber gerade dies bildet eine Gefahr. Gewiß, die russische Regierung schreit trotz des Gefährdes der Bourgeoisie davor zurück, das äußerste zu wagen. Abgesehen von allem andern hält sie die Angst vor dem Wiederaufwachen der Revolution von dem Verbrechen der Friedensstörung zurück. Doch andererseits darf nicht vergessen werden, daß es gerade die Stützen der Regierung, die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten sind, deren Opposition das Schwanken in der auswärtigen Politik hervorgerufen hat. Sammeln sich aber über dem Kopf der Regierung drohende Wolken, wächst wieder die Welle der Volksbewegung, so ist nicht ausgeschlossen, daß sie eine Banquett-Politik beginnen wird, die nur mit einem schredlichen Debakel enden kann.

Einstweilen aber darf man hoffen, daß die Regierung bei der „Besonnenheit“ bleibt und sich mit einigem Geschrei und der Erzeugung einiger Verzögerungen in der endgültigen Lösung begnügen wird, wo sie, wie auf dem Balkan mit einem starken Feind wie Oesterreich rechnen muß. Auf anderen Gebieten dagegen, einem rüstständigen und schwachen Gegner gegenüber, wird sie — noch dazu gestärkt durch die Entente mit England — sich desto eher zu entschädigen suchen, um ihren Stützen einen „Erfolg“ zeigen zu können. Darum ist es sehr leicht möglich, daß schon in nächster Zeit von einer Intervention Rußlands in Persien zu hören sein wird. Ganz unmöglich ist es aber trotz alledem nicht, daß die russische Regierung, die trotz Unterstützung seitens der Bourgeoisie als selbständiger Faktor in der auswärtigen Politik ausgeschaltet ist, sich, wenn die oppositionelle Strömung aufs neue erstarbt und zu einer Gefahr für ihr Bestehen wird, sich in ein Kriegsabenteuer wirft. Und so ist heute wie ehemals der Zarismus der schlimmste und gefährlichste Feind für den europäischen Frieden.

Kompromißverlegenheiten.

Um das neue skandalöse Attentat auf die Taschen der Besitzlosen, das die von der Regierung vorgeschlagene Reichsfinanzreform bedeutet, zu beschönigen, hatte die Regierung ihrem Steuerbuckel auch die Nachlasssteuer einverleibt, eine Steuer, die die reinen Erbschaften in Höhe von 20 000 M. an treffen sollte. Diese Steuer erklärten die Konservativen und Zentrumsagrarier für unannehmbar — wie der konservativ gerichtete Professor Delbrück behauptet, um die kolossalen Steuerdefraudationen des Agrarieriums nicht ans Tageslicht kommen zu lassen! Seit Wochen dreht sich nun der Streit

darum, was an die Stelle der Nachlasssteuer zu setzen wäre, denn ohne irgend eine direkte Steuer glaubt schließlich keine der bürgerlichen Parteien der nichtbesitzenden Klasse, selbst ihren Wählern die ungeheuerliche neue Steuererschöpfung plausibel machen zu können.

Während nun die Nationalliberalen eine Reichsvermögenssteuer vorschlugen, legte sich das Zentrum im Einverständnis mit den Konservativen für eine „Besitzsteuer“ ins Zeug, die von den einzelnen Bundesstaaten aufzubringen sei. Da auf der Hand lag, daß die Bundesstaaten, namentlich aber Preußen diese „Besitzsteuer“ auch auf die geringsten Einkommen abzuwälzen suchen werde, fanden neue Kompromißverhandlungen statt. Es sollten nämlich von Reich wegen Vorrichtungen für eine einzelstaatliche Regelung der Einkommen- und Vermögenssteuer getroffen werden. Die „Tägl. Ndsch.“ behauptet, daß dieses Kompromiß in der konservativen Fraktion nur eine schwache Mehrheit gefunden habe, weil bei einem großen Teile der Konservativen der Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten durch die Vorschriften des Reiches unannehmbar erschien, während die Freisinnigen sich ablehnend verhielten, weil die reichsgesetzliche Bindung der Bundesstaaten ihnen nicht weit genug ging und nicht die von ihnen verlangten Garantien darbot.

Herr Wiemer freilich soll sich lebhaft, freilich einseitig vergeblich, für das Kompromiß engagiert haben!

Die Kompromißverhandlungen sollen trotzdem fort dauern und die nachstehenden Verhandlungen der Kommission nur dazu bestimmt gewesen sein, diese Fortsetzung der Kompromißschachereien zu maskieren!

Mögen die Herren einweilen mit ihrem Aufschrei fortfahren. Sobald ein greifbares Resultat vorliegt, werden wir das Verhalten der Parteien gründlich unter die Lupe nehmen!

Die Blockmehrheit ist trotz der Ermahnungen Wiltofs und trotz tagelanger Unterhandlungen noch zu keinem Kompromiß in den Steuerfragen gekommen, so daß die gestrige Sitzung der Finanzkommission zu früh angelegt war. Es lag für die Tagesordnung weiter kein Material vor, als die Anträge Weber (Vermögenssteuer), Camp und Gerold (Erhöhung der Matrularbeiträge), da die Subkommission bekanntlich Niado gemacht hat und ihr Bericht zu nichts tauglich ist. In dieser Verlegenheit wurde die Sache von den Blockparteien so gehandelt, daß die Sitzung mit der Beratung über den Antrag Weber (natl.) ausgefüllt wurde.

Zunächst erklärte der Vorsitzende, daß er auf den Wunsch verschiedener Parteien über § 1 des Nachlasssteuer-Gesetzesentwurfs der Regierung abstimmen lassen werde.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung mit allen gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Nach der Abstimmung erklärten die Abgeordneten Brandt, Weber und Wiemer, daß ihre Abstimmung kein Präjudiz sei und sie sich alles für die zweite Lesung vorbehalten.

Alsdann entspann sich eine Geschäftsstundenrede über die Zulassung der Beratung des Antrags Weber. Genosse Emmel forderte die Blockunterhändler auf, ihre Vorschläge bekannt zu geben, dann werde ohne Zeitverwäusnis eine Basis für die Beratung gewonnen. Allein die Mehrheit beschloß, den Antrag Weber zu beraten unter Zurücksetzung der Anträge Camp und Gerold. Der Abgeordnete Raab (Antif.) erklärte sich gegen den Antrag.

Müller-Meinigen führte aus, er und seine Freunde stimmten der Grundidee des Antrags zu, ohne sich auf dessen Einzelheiten festzulegen.

Genosse David erklärte: Prinzipiell stehen wir auf dem Boden des Antrages gegenüber den im Hintergrunde lauerten Anträgen Camp und Gerold. Die letzteren wollen nicht den Besitz besteuern, sondern bezwecken eine Heranziehung des Arbeitseinkommens. Mit dem Worte Besitzsteuer will man dem Volke Sand in die Augen streuen. Sogar der Antrag Weber bezweckt eine Heranziehung der Minderbemittelten, da er zur Voraussetzung der Besteuerung ein Mindesteinkommen von 1200 M. jährlich vorseht. Eine Vermögenssteuer muß progressiv eingerichtet sein, ebenso eine Reichseinkommensteuer. Diese Steuern sind Reichssache und dürfen nicht auf die Einzelstaaten abgeschoben werden. Will die Regierung die Nachlasssteuer, so kann sie diese sofort haben, sie braucht nur den Reichstag anzulösen. Nicht die Sozialdemokratie treibt Negation, sondern die Konservativen und das Zentrum. Wir sind für positive Regelung durch direkte Steuern.

Die Abg. Camp, Müller-Fulda, Wiemer und Weber polemisierten gegen Genosse David. Wiemer (fr. Rp.) bemerkte dabei, er könne nicht gelten lassen, was David gegen den Ausdruck „Besitzsteuer“ in den Anträgen Camp und Gerold eingewendet habe; eine Verächterung sei mit diesem Ausdruck nicht verbunden!

Der Reichssekretär Sydow erwiderte, die verbündeten Regierungen seien gegen eine Reichsvermögenssteuer und ständen fest auf ihrer Entscheidung. Im Reichstage gebe es keine Mehrheit dafür. Ebenso sei die Nachlasssteuer abgelehnt worden.

Genosse Emmel replizierte, wenn es keine Mehrheit im Reichstage gäbe, sei die Regierung schuld, da sie die Reichsvermögenssteuer für unannehmbar erklärt habe.

Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte v. Burchardt erklärte, wie die Parteivertreter vorher ihre Vorbehalte bei der Ablehnung der Nachlasssteuer gemacht hätten, so behielten sich auch die verbündeten Regierungen ihre Stellungnahme bis zur zweiten Lesung vor. (Besonders hat der Reichskanzler die Nachlasssteuer bereits fallen lassen. Anmerk. d. Red.)

Der Abgeordnete Spahn führte aus: Die Finanzminister haben hier schwere Bedenken gegen die Erhöhung der Matrilinearbeiträge geäußert. Der Schatzsekretär schien die Hoffnung zu haben, die Nachlasssteuer könne noch eine Mehrheit im Reichstag finden. Er trat sich; es gibt keine solche Mehrheit. Nach Ablehnung der Erhöhung der Matrilinearbeiträge nach dem Antrag Gerold möge der Schatzsekretär neue Vorschläge machen und nicht verdrossen beiseite stehen oder sich auf seine Erklärungen verlassen. Es gibt noch andere Wege. Es ist ja Sache der Regierungen mit Projekten zu kommen.

Genosse David erwiderte, Spahn habe der Regierung ins Gewissen geredet. Aber das Zentrum sei das Hindernis; es habe die Nachlasssteuer abgelehnt und sei gegen die Reichsvermögenssteuer, trotzdem es die Entscheidung in der Hand hatte!

Der Abgeordnete Spahn behauptet darauf, die Regierung habe nun den Vortritt, sie müsse Vorschläge machen. Es gäbe noch subsidiäre Mittel, z. B. den Antrag Gerold. Sollten die verbündeten Regierungen die 150 Millionen Matrilinearbeiträge tragen, so sei der Antrag Gerold der richtige Weg.

Die Abstimmung über den Antrag Weber ergab dessen Ablehnung mit 18 Stimmen gegen 9 Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen.

Heute, Donnerstag, sollen die Anträge Camp und Gerold zur Beratung in der Kommission kommen.

Lockspitzel und Kreisgewaltige.

Die Regierung hatte am Dienstag im Landtag einen schweren Stand. Mühten doch zwei ihr ans Herz gewachsene staatsverhaltende Lieblinge, die Lockspitzel und die Landräte, Spießruten laufen.

Der Polizeiminister hatte trotz der Darlegungen des Genossen Hirsch am Montag den vertwegenen Mut gehabt, die Lockspitzel ihrer Spitzel zu befreien. Da machte es sich besonders nett, daß am Dienstag der Redner der Polen, Dr. Seyda, in der Lage war, der Regierung an der Hand amtlicher Aktenstücke nachzuweisen, in welcher systematischen Weise Polizeispitzel innerhalb polnischer Vereine Lockspitzelungen verübten, um dadurch der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zum Eingreifen zu geben. Auch die Polen hatten einmal Schweinegeld: staatsanwaltliche Aktenstücke waren versehentlich in Prozessen hineingeraten, und diese staatsanwaltlichen Aktenstücke bewiesen, daß ein Kriminalkommissar und ein Amtsvorsteher einem Polizeispitzel Anweisungen zu seinen Lockspitzelungen gegeben hatten. Dieser Spitzel nun hatte, wie der Redner der Polen weiterhin auf Grund der gerichtlichen Akten nachwies, nicht nur polnische Vereine bespitzelt, sondern auch die bespitzelten Polen zu allerhand Handlungen verleitet, die der preussische Staat als staatsgefährdend verurteilt und durch seine Gerichte schwer ahnden läßt: er hatte polnische Abzeichen und polnische Niederbücher in die durch seine Mitgliedschaft begünstigten Vereine eingeführt und nach Möglichkeit verbreitet. Die Opfer dieser polizeilichen Lockspitzelungen aber wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt!

Auch die Saalabtreiberinnen durch die Behörden geheilte Dr. Seyda, der schließlich das ganze Gebaren jener halatschischen Beamten als unanständig und ehrlos brandmarkte.

Zu den Beschwerden des polnischen Redners über das Treiben der Landräte konnte Genosse Vorgmann aus eigener persönlicher Erfahrung eine Reihe drastischer Beispiele liefern. Besonders pikant wurden die Illustrationen unseres Genossen zu dem selbstherrlichen, die Klaren, unabweisbaren Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes mißachtenden Treiben der Landräte dadurch, als Vorgmann ein Mitglied des Hauses selbst, den Landrat v. Osten, als Gesetzesverächter vorführen konnte. Herr v. Osten versuchte freilich sofort, die Feststellungen unseres Genossen dadurch zu entkräften, daß er unter allerhand persönlichen Ausfällen gegen Vorgmann und durch Entstellung des wirklichen Sachverhalts seine Handlungsweise als gefeßlich zulässig, ja geboten darzustellen sich Mühe gab; allein unser Fraktionsredner stellte in persönlicher Bemerkung sofort fest, daß der Herr Landrat sich mit seinem Nachfertigungsversuch auf einen ganz anderen Fall bezogen hatte, nur nicht auf den von ihm ausdrücklich bezeichneten, in dem Herr v. Osten tatsächlich entgegen den Bestimmungen des Vereinsgesetzes gehandelt hatte!

Die Vertreter der Regierung vermochten durch ihre Verlegenheitsausflüchte ihre Lieblinge nicht zu retten. Das Presölied, das speziell der Minister des Innern selbst auf die vaterländischen Verdienste der Landräte sang, klang wie ein Hoh'n nach den unabweisbaren Anklagen, die von allen Seiten erhoben worden waren!

Der Reichstag gegen den Hakatismus.

Die namentliche Abstimmung zum polnischen Antrag über das Gesetz zum Schutze des Grundeigentumsverwerbs ergab am 23. Februar die Annahme mit großer Mehrheit (159 mit ja gegen 130 nein). Damit hat der Reichstag in schärfster Form einen besonders brutalen Akt der preussischen Polenpolitik verurteilt. Da aber der preussische Ministerpräsident und der deutsche Reichskanzler die nämliche Person ist und da die Reichspolitik und die preussische Politik sich gegenseitig ergänzen und bedecken und in allen wichtigen Fragen die nämlichen Richtlinien verfolgen, war die Abstimmung auch eine Niederlage der Reichsregierung. Lebten wir in einem wahrhaft konstitutionellen, in einem parlamentarisch regierten Lande, so müßte dieses Votum den Rücktritt des Fürsten Bülow und seiner Kollegen im Reich wie in Preußen zur Folge haben. Hierzulande ist das aber anders. Wie frühere Ministerratsvoten wird die Regierung auch dieses auf die leichte Achsel nehmen. Sie kann sich das um so eher gestatten, als es ja einem Teil der Mehrheit nicht einfällt, ihr wegen dieser Meinungsverschiedenheit das Vertrauen zu entziehen. Die Freisinnigen werden noch wie vor im Bloß bleiben. Ihr eigenes Votum ist für sie nicht eine politische Tat, sondern eine belanglose Gefühlsäußerung. Folgen sie die Konsequenz aus ihrem eigenen Tun, so müßten sie in die entschiedenste Opposition gegen Bülow eintreten.

Obgleich nun jener Beschluß des Reichstages eine direkte praktische Folge nicht haben wird, ist eine Analyse der Abstimmung doch von Interesse. Die Parteien haben nämlich keineswegs alle geschlossen gestimmt. Für den Antrag stimmten geschlossen außer den Polen als Antragstellern nur die Sozialdemokraten, die Freisinnigen, die Fraktionsgemeinschaft, das Zentrum, die Elsas-Rothringer und der Däne. Dagegen spalteten sich von den Minderheitsparteien, die gegen den Antrag stimmten, ver-

schiedene Abgeordnete ab. Von den konservativen enthielt sich Feldmann-Hildesheim der Abstimmung. Von den Freikonservativen stimmte, wie er ausdrücklich angekündigt hatte, Pauli-Derbarnim mit Ja. Ebenso von den Nationalliberalen Prinz Schönau-Carolath. Am amüsantesten aber ist die Abstimmung der Wirtschaftlichen Vereinigung; denn dieses winzige Parteikonglomerat fiel auch diesmal wieder in drei Richtungen auseinander und das, trotzdem der „Mongoloid“ Böhme die fanatischste Unterdrückungswut den Polen gegenüber bekundet hatte.

Dieser Wortführer der Massenberuhigung hat sich übrigens in seinem Fanatismus einen politischen Wortbruch zuschulden kommen lassen.

Die in Marburg erscheinende „Hessische Landeszeitung“ schreibt:

Herr Dr. Böhme hat sich am Donnerstag im Reichstag diverse unangenehme Dinge sagen lassen müssen. Das wird man aber vollkommen verständlich finden, wenn man sich sein Verhalten vor Augen führt. Als er in Marburger Wahlkreise gewählt werden wollte, da gab er öffentlich die Erklärung ab, daß er gegen Ausnahmegefesse sei. Hierdurch sicherte er sich die Stimmen der Zentrumswähler. Jetzt aber, wo er im Reichstage sitzt, wagt er sich sogar zum Wortführer für Ausnahmegefesse auf und bekämpft die Polen, die Glaubensgenossen der Zentrumswähler in geradezu fanatischer Weise. Die katholische Bevölkerung unseres Wahlkreises wird dieses Vorgehen des Herrn Dr. Böhme und die Art, wie er sein gegebenes Wort hält, gewiß richtig einschätzen wissen.

Von den freisinnigen Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung haben Pehrens und Rieseberg mit Ja gestimmt; Burdhardt, von Damm, Kölle und Vogt-Craileheim haben sich der Stimme enthalten. Zehn haben mit Nein gestimmt, und einer hat gefehlt. Somit haben nicht weniger als sechs Mann sich geschämt, die Mongoloidenpolitik mitzumachen. Dagegen hat die antisemitische Gruppe der sogenannten Reformer, d. h. die antwefenden sechs Mann, geschlossen mit Nein gestimmt. Gefehlt hat ihr neuer Hospitant, Herr Adhler.

Diese Abstimmung liefert wieder einen auffälligen Beweis dafür, welche verschiedener Geist im deutschen Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus walten. Denn das Einleitungsgefesse, das der Reichstag mit der starken Mehrheit von 50 Stimmen als verfassungswidrig und inhuman verurteilt hat, ist von den Erlorenen des Dreiklassenwahlrechts mit starker Mehrheit angenommen worden. Auch dieses Vorwissen ist also ein neuer Beweis dafür, wie dringend notwendig es ist, das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen und die Gesetzgebung in Preußen den einfachsten Anforderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit näherzubringen.

Die Bergarbeiter gegen die Zentrumsvalallen.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die Demonstration der Bergarbeiter, die am Sonntag für ihren Lebensschutz und gegen die Kohlensteuer stattfand, hat auch die unhaltbare Stellung der im Zentrumsdienst stehenden „Christlichen“ Gewervereinsführer aufgedeckt. Den Gewervereinsmitgliedern selbst ist die ihrer Geduld zugemutete Belastungsprobe zu hanebüchen. Die Versammlungsreferenten teilten mit, noch am 9. Januar 1900 habe der „Christliche Bergknappe“ einen Versammlungsbericht aus dem Kohlenrevier bei Aachen gebracht; in der Versammlung habe Landtagsabgeordneter Imbusch ganz im Sinne des Beschlusses der Bergarbeiterkongresse sich für freigestellte, unabhängige Arbeiterkontrollen ausgesprochen! Da sei ein paar Tage später die Regierungsvorlage erschienen, von der Zentrumspresse „donnerstag begrüßt“ worden und plötzlich habe die Gewervereinsleitung ihre Haltung radikal geändert! Nun wolle sie in Arbeit bleibende „Sicherheitsmänner“!

Auf dem Bergarbeiterkongress in Berlin 1900, auf dem auch der „Christliche Gewerverein“ vertreten war, hat dessen 2. Vorsitzender Kühne eine Resolution zugunsten freigestellter, vom Staate bezahlter Arbeiterkontrollen vorgeschlagen, die Resolution wurde einstimmig angenommen. Gleich nach der Katastrophe auf „Hahndob“ drohte der Generalsekretär Essert vom christlichen Gewerverein, wenn jetzt nicht die Forderungen der Bergarbeiter im Sinne des Kongressbeschlusses bewilligt würden, gäbe es einen beispiellosen Kampf und wenn dadurch die Rationalwirtschaft auf Jahrzehnte hinaus geschädigt würde!

Man kann sich deshalb die Verblüffung und Enttäuschung der Bergarbeiter vorstellen, als bekannt wurde, daß am vorletzten Sonntag in Hamm der Redakteur des „Christlichen Bergknappen“ erklärt habe:

„Die Frage der Arbeiterkontrollen haben wir im Vorstand des Gewervereins eingehend besprochen und wie stehen alle auf dem Standpunkt, daß die Kontrollen nicht lediglich als solche angestellt werden dürfen, sondern im Arbeitsverhältnis bleiben müssen. Wir ziehen dieses System vor, weil die Grubenbesitzer das Freigestelltesystem wollen und die Bezahlung vom Staate wünschen. Es ist viel besser, die Leute bleiben im Arbeitsverhältnis und werden von der Besche bezahlt, da sie sonst ihren Zweck als Arbeiterkontrollen nicht erfüllen können.“

Diese „Erkenntnis“ ist dem Gewervereinsvorstand innerhalb weniger Tage gekommen, nachdem er jahrelang mit den anderen Organisationsvorständen den gegenseitigen Standpunkt verstanden hat! Der Gewervereinsvorstand müht nun den Mitgliedern zu, diesen offenbar auf Veranlassung der Zentrumsdiplomaten vollzogenen plötzlichen Umfall mitzumachen. Plumper und ungeschickter hat kaum je eine Organisationsleitung operiert.

In den Sonntagsversammlungen waren auch zahlreiche Gewervereinsmitglieder erschienen, — sie haben mit für die vom Bergarbeiterverband vorgeschlagenen Resolutionen gestimmt. In Essen versuchte es der würdige Bruder, der Zentrumsabgeordnete Imbusch, die Versammlung durch beleidigende, provozierende Redensarten zu sprengen. Auch die „Kölnische Zeitung“ berichtet, augenscheinlich sei der Zweck der mit Imbusch gekommenen Kolonne von „christlichen“ Metallarbeitern und Holzarbeitern der gewesen, durch fortgesetzten Lärm die Versammlung zur Auflösung zu bringen. Auch die „Köln. Ztg.“ gibt zu, die von den „christlichen“ Bergarbeiterführern mitgebrachten Lärmmacher seien Nichtbergleute gewesen! Da es dem Zentrumsföhdling Imbusch nicht gelang, die Versammlung zu sprengen, zog er mit 150 Betreuen ab; die Versammlung war von circa 1500 Personen besucht. Es ist schon recht bezeichnend, daß die Gewervereinsführer sich Nichtbergleuten mitbringen mußten, um eine „Sympathieumgebung“ für die Regierungsvorlage zu inszenieren.

In anderen Versammlungen trat der Zwiespalt zwischen den Gewervereinsführern und den Bergarbeitern noch deutlicher in Erscheinung. In Dortmund trat ein bekanntes Gewervereinsmitglied auf und sagte, er könne sich unmöglich mit dem Umfall des Gewervereinsvorstandes in dieser wichtigen Forderung einverstanden er-

kären und werde nunmehr dem Bergarbeiterverband beitreten! In der Versammlung in Hahinghorst waren auch etwa 50 Gewervereinsmitglieder anwesend, die sämtlich für die Verbandsresolutionen stimmten, 10 traten sofort zum Bergarbeiterverband über; in Linden bei Bochum ergriff ein Vertrauensmann des Gewervereins das Wort und geißelte scharf das Verhalten von Brust und Imbusch in Landtage. In Gelsenkirchen, Herne, Mülheim-Ruhr, Bochum, Wanne usw. stimmten sämtliche anwesende christliche Gewervereinsmitglieder für die Resolutionen des Bergarbeiterverbandes. Damit verurteilten diese Arbeiter in aller Form das verräterische Verhalten ihres Gewervereinsvorstandes.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März 1900.

Kamerun, Togo und Südwestafrika.

Aus dem Reichstag. (2. März.) Die Debatte über das Schutzgebiet Kamerun war von kurzer Dauer. Der freisinnige Abg. Soller, ehemaliger Teilnehmer an der Normannifahrt nach Afrika, ließ seiner Bewunderung für die Kolonialpolitik freien Lauf; sonst legte er sich noch warm für die Erhaltung der Gorillas im Hinterland von Kamerun ins Zeug, damit diese interessanten Menschenaffen nicht so bald schleichstigen Europäern als Jagdbeute zum Opfer fallen. Das war ganz berechtigt. Schade nur, daß Herr Soller für den Schutz und die Erhaltung der Regier gar keine Worte übrig gehabt hat. Dagegen geriet er mit Herrn Erzberger in einen Streit über die Befehrung der Schwarzen. Soller meinte, es sei verkehrt, den Islam aus unseren Kolonien fernhalten zu wollen, da er den Negern weit besser angepaßt sei als das Christentum. Erzberger aber will die Negereisele durch möglichst ausgiebigen Unterricht in den christlichen Dogmen für die kapitalistische Zivildisation gewinnen. In diesem Streit trat Dernburg auf die Seite Erzbergers.

Beim Etat für Togo brachte Ledebour die Resolution zur Sprache, die im vorigen Jahre auf Antrag der Sozialdemokraten angenommen war. Es handelt sich dabei um die Einführung eines Betriebszwanges für diejenigen Ländereien, die in früheren Jahren den Negern durch Land Spekulationen abgeschwindelt waren. Auf die Anfrage, was die Regierung unternommen habe zur Ausführung der Resolution, erteilte Dernburg Auskünfte, aus denen hervorging, daß wenigstens in einigen Punkten dem Landraub Säranten gezogen sind. Gegen das Drängen Ledebours, daß weitere gesetzgeberische Maßregeln ergriffen werden müßten, verschänzte sich Dernburg hinter den Einwand, man dürfe Besitzrechte nicht antasten, im Hinblick auf die üble Nachwirkung, die so etwas im Mutterlande haben müßte. Ledebour wies auf den klaffenden Widerspruch zwischen dieser Erklärung und dem preussischen Ansiedelungsgefesse hin: Die Herren Regierungsbereiter hätten offenbar die verschiedenartigsten Grundstücke auf Lager, von denen sie bald den einen, bald den entgegengegesetzten vorführten, wie es ihnen gerade in den Kram paßt.

Der Etat für Südwestafrika gab dem Abgeordneten Semler (natl.) Anlaß zu einer längeren, in feierlichstem Grabston vorgetragenen Rede, deren Hauptzweck die Befürwortung mehrerer neuer Bahnlinten durch die Steppen war. Nebenbei brachte er es auch noch fertig, die Trostische Ausrottungsstrategie zu verteidigen. Dernburg vertritt ihn wegen der Eisenbahnbauten auf eine spätere Zeit und modifizierte seine frühere Beurteilung Troths dahin, daß er weder für noch gegen die militärische Notwendigkeit von dessen Feldzugsplan irgend etwas gesagt haben wollte, sondern nur die daraus resultierende Ausrottung der Herero für bedauerlich erklärt hätte. — Eine zweite längere Rede hielt Herr Erzberger, der in aufschälliger Weise den Staatssekretär Dernburg und den Gouverneur v. Schudmann mit Schmeicheleien überhäufte. Offenbar hat es ihm die die aufgetragene Christlichkeit dieser beiden Herren angetan.

Herr v. Schudmann selbst hielt eine Art Programmrede, in der einige gute Worte machte, so als er erklärte, das Prozedere der Hottentotten sei weit besser als das deutsche. Hauptächlich kam es ihm darauf an, die Notwendigkeit einer Residenz im Dwambolande zu betonen, weil die deutschen Farmer die Dwambo als Arbeiter brauchten. Bei den bürgerlichen Parteien stößt er dabei auch kaum noch auf Widerspruch. Nur die Sozialdemokratie lehnt dieses gefährliche Experiment mit aller Entschiedenheit ab.

Herr Dernburg hat in seiner Rede die Beschwerden des freisinnigen Abg. Ablaß über die geschwundene Befestigung der Bergschiffe in Südwestafrika zu entkräften gesucht. Herr Ablaß wies nun in klaren Darlegungen nach, daß Dernburg die Frage, um die es sich im Prozedere habe handelt, gar nicht richtig erfaßt hat.

Da wurde die Debatte auf Mittwoch vertagt.

Das Sozialistengesetz in Kiel.

Kiel, den 2. März. (Privatbesicht des „Vorwärts“.) Heute nachmittags 5 1/2 Uhr begann die Beratung über den Antrag des Magistrats auf Einführung der Dreiklassenwahl in Kiel. Oberbürgermeister Juch hielt eine dreiviertelstündige Rede, in der er in grellsten Zahlen die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit schilderte. Er erklärte, daß er beim Minister gewesen sei und dieser ihm gesagt habe, daß eine andere Möglichkeit gegen die sozialdemokratische Gefahr als die Einführung der altpreussischen Dreiklassenwahl speziell für Kiel vorläufig nicht gegeben sei, daß er dazu aber eines Antrages der städtischen Kollegien bedürfe. Der Stadtverordnetenvorsteher sprach sich für die Magistratsvorlage aus, der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Rechtsanwalt Öbring, beantragt, den Antrag bis Sonnabend zu vertagen und eine Deputation von zwei Magistratsmitgliedern und zwei Stadtverordneten nach Berlin zum Minister zu senden, wo sie besprechen sollen, ob noch andere Möglichkeiten als die Einführung der Dreiklassenwahl gegeben sind. Landtagsabgeordneter Hoff sprach scharf gegen den Antrag des Magistrats. Die Debatte läuft weiter. Es erhält soeben der sozialdemokratische Stadtverordnete E. Adler das Wort.

Die Polizei hat große Straßendemonstrationen befürchtet und in der Nähe des Sitzungssaales Polizeiwachen eingerichtet.

Nationalliberales und Herikales Spießbürgertum.

Das Eintreten der Nationalliberalen für den Zentrums-kandidaten bei der dieser Tage vollzogenen Stichwahl im Reichstag-

wahlkreise Regen-Vingen wird von einem Teil der freisinnigen Blätter noch immer als ein ganz ungewöhnliches Ereignis behandelt. Im Grunde genommen ist an diesem Sitzungsfinden des Nationalliberalen mit dem liberalen Epiechbürgertum wenig Erstaunliches. Hätte nicht die letzte allgemeine Reichstagswahl unter abnormen Umständen und unter dem Schlagschlag einer Zusammenfassung aller sogenannten nationalen Kräfte gegen rote und Schwarze stattgefunden, es wäre schon bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 in manchen rheinischen und westfälischen Reichstagswahlkreisen ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Zentrumsparteien gegen die Sozialdemokratie und den Freisinn erfolgt, hauptsächlich in Kreisen, wo die Wählerschaft zum größten Teil aus Kleinbürgern besteht und nur Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses die Wählermassen trennen, nicht aber Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Interessen und Lebensauffassungen.

Seit die Nachwirkungen des Kulturkampfes mehr und mehr schwinden, hat der bürgerliche Eigentums- und Gewerkschaftsinstinkt diese Elemente in den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die „Vegehrlichkeit“ der Arbeiter einander immer näher und näher gebracht. Die Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen ist ihr Hauptziel geworden, im Vergleich zu welchem die religiösen Unterschiede nur noch als nebensächlich erscheinen. Und diese Ausöhnung wird von der nationalliberalen Parteileitung völlig gebilligt, da auch ihr der Sozialismus als der gefährlichere Feind erscheint.

Es ist deshalb durchaus verständlich, daß die in zwei oder drei rheinischen Kreisen unter den Nationalliberalen hervortretenden Bestrebungen, eine Koalition aller liberalen Elemente gegen das Zentrum zu bilden, bei den Obermächern auf wenig Gegenkommen stoßen. So schreibt z. B. die „National-Ank.“ für die Rheinprovinz, und die „Ahn.-Westf. Ztg.“ schließt sich dieser Meinung an:

„Schon seit einiger Zeit macht sich in liberalen Kreisen des Reichstagswahlkreises Wülheim-Wipperfurth-Gummersbach eine Bewegung zugunsten einer neuen Parteigründung geltend, die den Raum des Gesamtliberalismus in die Wirklichkeit übertragen soll. Unter der Parole: „Gegen das Zentrum!“ soll diese liberale Partei alle Elemente umfassen, die sich gegen das Zentrum zusammenschließen wollen. Inzwischen wird, die unter bestimmten nationalen oder auch etwa kulturellen Gesichtspunkten gefaßt werden, läßt sich eine solche Partei bilden, auch unter günstigen Umständen durchzuführen. Aber aus einer taktisch richtigen Abschätzung ein dauerndes Parteigebilde schaffen zu wollen, ist ein Unternehmen, das an seinen inneren unüberwindlichen Gegensätzen scheitern muß. Es soll nun gar die Absicht bestehen, diese großliberale Partei alsbald über das ganze Vergleichende Land auszubreiten, und man vergißt, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen, namentlich wenn man die Landtagswahlkreise mit berücksichtigt, ganz und gar verschieden liegen. Wollen die bergischen Großliberalen ernstlich den Versuch machen, als Partei in einem Kreise alle antiliberalen Wähler gegen das Zentrum zu sammeln und im anderen gegen die Sozialdemokraten die Zentrumstimmen zu gewinnen? Oder sollen gar die Nationalliberalen wegen der Einseitigkeit der Parole zugunsten der Sozialdemokraten auf Verzichtstände verzichten?“

Im Kampf für die Nachlasssteuer.

Professor Hans Delbrück kämpft nach wie vor mit allem Nachdruck für die Nachlasssteuer. Er erklärt, daß die Konservern und die Agrarier in der Hauptsache deshalb gegen die Nachlasssteuer seien, weil sie die Aufhebung der außerordentlich umfangreichen Steuerhinterziehungen bei der Ergänzungssteuer mit sich brächte. Nach einer von ihm gemachten Aufstellung werden allein in Preußen 60 Milliarden Mark nicht zur Steuer dekretiert. Professor Delbrück findet, daß es der Bund der Landwirte sei, der das Rückgrat des Widerstandes bilde. Der Bund der Landwirte untergrabe und ersticke im deutschen Volke den Sinn für patriotische Opferwilligkeit. Der Bund der Landwirte sei in Wirklichkeit der nationale Feind.

Protest gegen den Legitimationskartenzwang.

Von italienischer Seite ist geplant, bei der preussischen Regierung einen Protest gegen die Ausdehnung des Legitimationskartenzwanges auf italienische Arbeiter zu erheben. Der italienische Generalkonsul für die Auswanderung, Herr Rossi, hat erklärt, daß das Vorgehen gegen die italienischen Arbeiter eine Verletzung des internationalen Rechtes bedeute. Durch den Legitimationskartenzwang wird die deutsche Arbeit nicht gefördert; aber die italienischen Arbeiter werden vor die Alternative gestellt, Streikfortschrittsdienste zu leisten oder die Ausweisung über sich ergehen zu lassen.

Weil der Kaiser kommt.

Die meisten Orte des Kreises Hörde beziehen ihr Wasser vom Dortmund-Wasserwerk. Hochgelegene Orte des Kreises haben keine Wasserleitung, was seit Jahren als große Unzulänglichkeit empfunden wird. In den Orten, die der Wasserleitung entbehren, geht der Hohenburger, wo demnächst irgendeine „hochpatriotische“ Feier für die Mark veranstaltet werden soll, zu der auch Wilhelm II. und dessen Frau eingeladen sind. Am Sonnabend fand ein Förder-Arbeitsstag statt, auf dem auch die Wasserwertgeschäfte zur Sprache kam. Der Landrat von Hörde drang auf Beschleunigung des Baues des Wasserwerkes, weil Wilhelm II. höchst wahrscheinlich nach Hohenburger kommen würde. Der Bau ist auf 3/4 Millionen Mark berechnet. Gegen den Bau des Wasserwerkes ist wohl kaum etwas einzuwenden, er hätte wohl schon vor Jahren erfolgen sollen. Sonderbar ist es aber doch, daß die Sache gerade so dringlich wird, weil Wilhelm II. vielleicht kommen wird.

Unzufriedene Jungliberale.

In Aßin, dem Geburtsort der nationalliberalen Jugendbewegung, macht sich unter den Jungliberalen eine Strömung geltend, die den Vätern der Bewegung, den Nationalliberalen, nicht anhängen will. So ist in diesen Tagen eine ganze Anzahl Jungliberaler, darunter führende Leute, aus dem Verein der nationalliberalen Jugend ausgestiegen und hat sich der demokratischen Vereinigung angeschlossen. Die Wenigen, die noch freierlich denken im Bürgertum, erkennen, daß für sie kein Platz ist im Vereine der Blockparteien.

Die Dresdener Wahlrechtsprozesse.

Vor dem Schöffengericht in Dresden fand am Sonnabend der Prozeß gegen den Stadtverordneten Genossen Kühn wegen Polizeibeleidigung statt. Kühn soll am Wahlrechts-Sonntag bei seiner Verhaftung das Vorgehen der Polizei gegen ihn als „unverschämte“ und „gemein“ bezeichnet haben. Drei Gendarmen traten als Zeugen auf; einer hatte überhaupt nichts gehört, der zweite hatte nichts Genaues gehört, der dritte behauptet die behaupteten Äußerungen aber. Gegenzeugen wurden nicht vernommen, und so wurde Genosse Kühn auf die Auslage des Schulmannes hin zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Interessant ist bei dem Prozeß noch, daß der Stadtverordnete Dr. Stödel in einer Zuschrift an den Rechtsanwalt sein Ersuchen darüber ausgedrückt hat, daß den Polizeibeamten die von ihm — Stödel — unterzeichnete Legitimation nicht genügt habe, sondern daß sie Kühn trotzdem zur Wache beförderten.

Die Rabaukzener, die sich in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer kürzlich ab- und dem greifen Adolf Wagner über mißspielte, schlägt in der „Kreuzzeitung“ noch immer keine Sprichwörter. Am Dienstagabend bringt das Blatt eine Zuschrift des Grafen Mirbach-Sorquitten, der die denkwürdige Versammlung leitete. Mirbach hat die Zwischenrufe für unerbittlich gehalten und den Eindruck mit nach Hause genommen, dem alten Herrn sei nicht Unrecht geschehen.

Die „Kreuzzeitung“ zitiert auch eine Äußerung des Prof. Dr. Ehrenberg, der in jener Versammlung gegen Wagner gesprochen hat. Ehrenberg meint zwar, die Wagnerzener sei nicht gar zu wütend gewesen, doch gibt er zu, daß sie seine in dem Beschnad nicht immer entziffern habe.

Das Drolligste spart sich die „Kreuzzeitung“ zum Nachhinein auf. Nach dem gräßlichen und dem professoralen Kronzeugen ist sie einen simplen Versammlungsteilnehmer auf, der ihr berichtet, daß viele Anwesende überhaupt nicht gewußt hätten, daß der Redner der berühmte Gelehrte Adolf Wagner war — „und das sei für die Aufnahme seiner Worte in der Versammlung nicht ohne Bedeutung gewesen.“

Ein interessantes Geständnis: Die Herren „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ und ihre Gesandtschaften brüllen einen Kreis nieder, der ihnen unangenehme Wahrheiten sagt, wenn und weil sie den Mann nicht kennen. Sie würden aber dem größten Blödsinn andachtsvoll lauschen, sobald der Redner die Ehre hat, ihnen in aller Form vorgelesen zu sein. . . .

Eine verfrachtete Agrarier-Gründung.

In Breslau ist soeben eine agrarische Landbank, die vor drei Jahren mit viel Lärm gegründet wurde, in Konkurs geraten. Die Bank hatte sich die Aufgabe gestellt, die Profite bei Immobilienverläufen, beim Verkauf ländlicher Güter und beim Vermitteln von Darlehen an „arme“ Agrarier den Agenten aus den Klauen zu reißen und selbst in die Tasche zu stecken. Aber gleich beim ersten größeren Geschäft, der Verzeigerung des Rittergutes Probotischütz, fiel die Bank böse herein und verlor über 50 000 M. Dann folgten eine Menge Prozesse von Leuten, die sich über Scheinkäufe beklagten und durchweg obsiegende Urteile erlachten. Das brach der Bank das Genick, zumal die Genossen, wie in der Gläubiger-Versammlung mitgeteilt wurde, sich weigerten, der Bank hilfsreich beizustimmen. So, nachdem bereits der Konkurs erklärt war, war es den Liquidatoren auch noch nicht möglich, die Postbeträge der statutorisch verpflichteten Genossen einzuziehen. So sie zahlten sollen, sträubten sich die Agrarier mit Händen und Füßen. Die Ueberführung betrug 12 484 M. und hatte zur Folge, daß der Betrieb eingestellt werden mußte.

Die Balkanfrage.

Oesterreichische Unnahgiebigkeit.

Jetzt nachdem Serbien friedlichere Verhältnisse abgeben und, wie es heißt, Rußlands Rat, seine territorialen Forderungen aufzugeben, schließlich doch zu erfüllen bereit ist, wäre es an der österreichischen Regierung, Serbien das Entgegenkommen durch einige Nachgiebigkeit zu erweisen. Leider befolgt Khehrenthal eine Politik, die den Verdacht erweckt, es sei ihm nicht nur um sachliche Erfolge zu tun, sondern um eine Demütigung des Gegners, die zugleich eine Demütigung des russischen Beschülers wäre. Denn nur so ist die verlegende Sprache zu verstehen, die von den Prehorganen Khehrenthals geführt wird. So erklärt heute das offiziöse „Fremdenblatt“:

Serbien muß nicht nur auf seine territorialen Wünsche verzichten, sondern auch auf die Forderung der Autonomie für Vosenien, in welcher Gestalt auch immer. Es muß die definitive, in keiner Weise verhandelbare Erklärung abgeben, daß es Vosenien für immer auf seinen Aspirationen ausschaltete. Gerade um des künftigen Friedens willen kann ihm nichts von einer Form erlassen und erpart werden, die seine Verzichtleistung zu einer absoluten und unwiderruflichen macht. Es wäre ein Verstum zu glauben, daß die Mitteilung des serbischen Kabinetts in Petersburg und die russische Antwort die Angelegenheit auch schon endgültig erledigt hätten. Vorerst wird man abwarten müssen, ob Serbien sich zu der ihm von Rußland empfohlenen Erklärung tatsächlich entschließt. Der Ort, wo es sie abzugeben hätte, ist Wien. Erst dann wäre der Zeitpunkt für eine Konversation über wirtschaftliche Vorteile für Serbien gekommen. Die Auseinandersetzungen hierüber müssen zwischen Wien und Belgrad stattfinden. Uns muß Serbien fragen, was wir im Sinne haben, ihm zu bieten, so wie wir es finden, die allein den Umfang der ihm zu gewährenden wirtschaftlichen Erleichterungen zu bestimmen haben, denn das ist keine europäische Frage, sondern eine rein interne Angelegenheit Oesterreich-Ungarns.

Es ist klar, daß dieser Standpunkt für Serbien nichts anderes bedeutet, als sich auf Gnade und Ungnade in die Hand der österreichischen Regierung zu geben. Abgesehen von allem anderen, ist für die serbische Regierung schon aus Rücksicht auf die erregte Stimmung des eigenen Volkes ein in so demütigenden Formen geforderter Verzicht eine Unmöglichkeit. Es wird also nachgerade hohe Zeit, daß die Mächte auch in Wien darauf hinwirken, daß man nicht durch sehr zur unrechten Zeit gewählte Heranforderungen die Situation aufs neue zu einer gefährlichen gestaltet.

Gegen Khehrenthal und Iswolski.

Paris, 2. März. „Petit Parisien“ schreibt man erwartete, daß die Antwort Serbiens auf die russische Mitteilung Oesterreich genügen würde, vorausgesetzt, daß diese Antwort dem Wiener Kabinet ausreichende Garantien biete. Dem sei aber nicht so, Oesterreich verlange vielmehr jetzt, daß Serbien selber Oesterreich gegenüber eine formelle Erklärung seiner Absichten abgibt, und dies in einem Augenblick, wo die Belgrader Regierung ihre friedlichen Tendenzen kundgibt. Oesterreich verlange also einen sowohl Serbien wie Rußland unangenehmen Schritt, und man könne daher die Haltung Khehrenthals nicht billigen, und solche Welle Schwierigkeiten zu vergrößern, welche Europa bedrohen und deren baldige Beilegung man erwartet hatte. Die österreichische Politik verdiene eine scharfe Kritik seitens aller Friedensfreunde.

Ueber die Haltung der russischen Diplomatie in der serbischen Frage sagt das dem Auswärtigen Amt nahesteheende Blatt: Am Freitag stimmte Iswolski dem deutschen Vorschlag einer gemeinsamen Aktion in Belgrad zu, weil er der Ansicht war, daß der Vorschlag von Frankreich und England empfohlen war. Am Sonnabend ärgerte er wieder und lehnte das Berliner Angebot ab, weil er hierin einen Einfluß Oesterreichs zu erblicken glaubte. Der persönliche Gegenjah zwischen Khehrenthal und Iswolski spielte eine verhängnisvolle Rolle in der Entwicklung der Balkanfrage.

Keine serbische Erklärung.

Paris, 2. März. Die Meldung, daß der Minister des Auswärtigen während der Nacht benachrichtigt worden sei, Serbien habe infolge der russischen Note auf territoriale Entschädigungen Verzicht geleistet, ist unrichtig. Bis zur heutigen Mittagsstunde waren Meldungen über die Haltung Serbiens nicht eingegangen.

Eine englische Regierungserklärung.

London, 2. März. Unterhaus. Auf eine Anfrage Ashley (Lon.), ob von England, entweder selbständig oder im Verein mit anderen Mächten, Schritte getan worden seien, um eine friedliche Regelung der Streitfragen zwischen Oesterreich-

Ungarn, Serbien und Montenegro herbeizuführen, erwiderte Staatssekretär Grey, es seien in letzter Zeit zwischen den Mächten, England eingeschlossen, verschiedene Mitteilungen ausgetauscht worden, um eine friedliche Regelung herbeizuführen. Auf eine weitere Anfrage Ashley, ob Grey, ohne auf die Verhandlungen ungenügend einzutreten, dem Hause mitteilen könne, welchen Fortgang diese Verhandlungen nähmen, erwiderte dieser in verneinendem Sinne. Die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Mächten seien notwendigerweise informatorischer Natur, bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, glaube er, darüber keine Mitteilungen machen zu dürfen.

Oesterreich.

Obstruktion oder Demission.

Wien, 2. März. In einer Vorbesprechung der tschechisch-radikalen und tschechisch-agrarischen Führer wurde vereinbart, dem Ministerpräsidenten Wienert mitzuteilen, daß sie dem Referatengesetz keine Obstruktion machen werden, unter der Bedingung, daß Wienert seine Demission gebe. Im Zusammenhang mit diesen Beschlüssen traten im Abgeordnetenhaus Gerichte über einen bevorstehenden Ministerwechsel auf.

Frankreich.

Der Ueberfall auf Jallières.

Paris, 1. März. Das Justizpolizeigericht verurteilte den Kellner Mattis, der am 25. Dezember v. J. einen Ueberfall auf den Präsidenten Jallières gemacht hatte, zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Aufenthaltverbot.

Die Einkommensteuer.

Paris, 2. März. Die Kammer setzte heute die Beratung der Gesetzesvorlage über die Einkommensteuer fort. Der Ministerpräsident sowie der Finanzminister erklärten, auf welchem Grunde sie die Annahme des Zusatzantrages des Abgeordneten Magnian ablehnen müssen. Der Ministerpräsident erklärte, daß er über den Antrag die Vertrauensfrage stellen werde, da durch Annahme des Antrages das ganze Gesetz zusammenbrechen würde. Der Antrag bezweckt, den Steuerzahlern, deren Einkommen 1500 Fr. nicht übersteige, eine Rückvergütung von 10 Fr. zu den von ihnen unterhaltenen Personen zu gewähren.

England.

Die Handelskammern für den Schutz Zoll.

London, 2. März. Bei der heutigen Jahresversammlung der Vereinigung der Handelskammern wurde die Resolution der Belfast Handelskammer beraten, in welcher es heißt, das Land solle sich selbst von dem starren System des Freihandels befreien, und in der eine Ausbreitung der Grundfrage der Besteuerung und eine Reform des Finanzsystems befristet werden. 43 Handelskammern stimmten für und 31 gegen die Resolution, 33 enthielten sich der Abstimmung. Der Vorsitzende erklärte, da keine Zweidrittelmajorität vorhanden sei, könnte die Sache nicht weiter betrieben werden.

Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß diese Abstimmung ein bedeutungsvolles Zeichen für den Umschwung in der Auffassung der englischen Kapitalisten darstellt. Es ist die Aussicht auf die Beschleunigung der Kartell- und Trustentwicklung und der daraus stichenden Exportprobleme, wie der Wunsch, die Lasten der überheerenden Rüstungen und der Sozialreform auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, die aus den englischen Kapitalisten zum großen Teil Schutzgöller gemacht haben.

Indien.

Wieder ein blutiger Zusammenstoß.

Kalkutta, 1. März. Im Distrikt Kohat kam es zwischen einer Bande von 60 Eingeborenen und einer Militärpolizeibteilung zu einem Zusammenstoß, bei dem 11 Eingeborene getötet und einer gefangen genommen wurden, während die Polizeitruppe einen Toten und zwei Verwundete hatte.

Amerika.

Roosevelt und der Senat.

Washington, 2. März. Die Unterfuchung des Senats gegen Roosevelt, weil er während der Finanzpanik des Jahres 1907 den Verkauf der Tennessee-Coal and Iron Company durch den Stahltrust zuließ, ist ins Wasser gefallen, und damit hat auch der ganze Kongreßfeldzug gegen Roosevelt ein Ende gefunden.

Aus Industrie und Handel.

Segen der agrarischen Wirtschaftspolitik.

Die Bäderinnung in Mey beschloß, den Preis für das Sechshundertum 4 Pfennig zu erhöhen. Vom 1. März d. J. ab kostet ein Sechshundert-Weißbrot 1,08 M., ein sechs Pfund gemischtes Brot 0,92 M. Begründet wird die Maßnahme mit der „anhaltenden Steigerung der Weizenpreise“.

Die Folgen der agrarischen Politik machen sich immer mehr bemerkbar.

Eine unliebsame Erinnerung.

Der Name Union, A.-G. für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund, wird jetzt in den Handelsblättern wieder genannt; es handelt sich um die in der jüngsten Aufsichtsratsversammlung mitgeteilten Semesterrücklagen. Die Union ist die Ausführerin der zusammengefügten Röhren- und Eisenwerke. In der Jahres-Generalversammlung im Oktober 1908 hat der Generaldirektor und Regierungsbaurat Hermann Rathies Arbeitern die Schuld für den Präsidentschaftsfall zugeschrieben. Damals erklärte er: Wegen der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung könne er zwar noch kein Urteil abgeben, trotzdem aber feststellen, daß die Berechnung des Geschäftes wie auch die Güte des verwendeten Materials und die Lässigkeit des Baubeamten über jeden Zweifel erhaben sei. Nicht unmöglich sei es aber, daß seitens der beim Bau beschäftigten Arbeiter und Monteur nicht stets jene Vorsicht beachtet worden sei, welche zur Vermeidung von Unglücken stets wahrgenommen werden müßte. Die Bilanz ergibt für Oktober bis Dezember 1908 einen Betriebsgewinn von 2 776 000 M. gegen Oktober bis Dezember 1907 4 112 000 M. Der Auftragsbestand, der am Jahresabschluss um ein wenig gegen dieselbe Zeit des Vorjahres niedriger war, soll jetzt schon wieder höher sein als in der korrespondierenden Zeit des Vorjahres.

Wenig Hoffnung auf Besserung.

Am Dienstag traten in München sämtliche bayerische Handelskammern zu einer Beratung über die bayerische Steuerreform zusammen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der anwesende Ministerpräsident v. Bodewits in einer Rede: Einen so glänzenden Aufschwung unsere wirtschaftliche Lage auch anzuweisen, so groß auch die Rechnung des Nationalbankens sei, Laifache bleibe, daß gegenwärtig der Blick sich rückwärts wenden müsse, wolle man Erfreuliches erschauen. Wohl machten sich einzelne Zeichen einer wirtschaftlichen Besserung geltend, doch könnte sich diese noch lange hinausziehen.

Bereinigte König- und Laurastifte. In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates berichtete der Generaldirektor über die Ergebnisse des ersten Halbjahres des laufenden Geschäftsjahres unter anderem folgendes: Die Lage des ober-

schlechten Kohlenmarktes war im Berichtsjahr noch durchaus gut. Der Lage des Kohlenmarktes in anderen Revieren gegenüber ist die Steigerung des oberflächlichen Kohlenverhandes im zweiten Halbjahr 1908 gegenüber dem Vorjahre um 8,2 Proz. eine überraschend günstige gewesen. An dieser erfreulichen Entwicklung der oberflächlichen Förderung haben auch die Kohlengruben der Gesellschaft dadurch Anteil gehabt, daß sie ihre Produktion von 1 410 773 Tonnen auf 1 553 820 Tonnen, also um 143,056 Tonnen = 10,1 Proz. und den Verkauf an Fremde von 984 624 Tonnen auf 1 057 164 Tonnen, also um 72 540 Tonnen = 7,4 Proz. steigern konnten. Diese Mehrförderung ist der Grund dafür, daß die Kohlengruben zum Gewinn des Gesamtunternehmens mehr als im Vorjahre beitrugen. Etwas weniger befriedigend läßt sich für das Kohlengeschäft das Jahr 1909 an.

Strassenbahnverstaatlichung.

Die Bürgerchaft Lübeds beschloß mit 84 gegen 14 Stimmen gemäß einem Antrage des Senats den Ankauf des Lübeder Strassenbahnunternehmens der Allgemeinen Lokal- und Strassenbahn-Gesellschaft in Berlin für 3 000 000 M. zum 1. April d. J.

Staatliches Kalimonopol. Wie kürzlich im anhaltinischen Landtage der Staatsminister v. Dallwitz bei Gelegenheit der Beratung der Resolution zum Vergehe erklärte, soll das Kalimonopol des anhaltinischen Staates nicht aufgehoben werden. Das Staatsmonopol bleibe völlig unberührt. Durch die Regierungsvorlage soll nur die Möglichkeit geschaffen werden, daß der anhaltinische Staat unter Zustimmung des Landtages unter Umständen die Ausnutzung eines staatlichen Salzlagers gegen Entgelt anderen überträgt. Es handele sich nur um eine zeitlich begrenzte entgeltliche Ueberlassung der Ausbeutung an andere, nicht um die Eigentumsübertragung. Der Regierungsvorschlag solle den Staat von einer Fessel befreien, die bei der vollständigen Unklarheit über die Entwicklung der Kaliverhältnisse in Zukunft besser zu beseitigen sein dürfte. Mit dieser Begründung wird man sicher keine große Entschädigung von Privatkapital für das Ausnutzungsrecht erlangen. Die Unternehmer werden schon auf ihre Rechnung kommen; die Kosten tragen die Konsumenten oder die Steuerzahler.

Zum deutsch-schweizerischen Weiskonflikt. Die Schweizer Müller wollen nun versuchen, sich der Konkurrenz des deutschen Mehles durch Preisunterbietung zu erwehren. Sie verlangen die Aufhebung des schweizerischen Eingangszolles auf Weizen, Ermäßigung der Frachttarife für Weizen auf den Bundesbahnen, Errichtung von Lagerhäusern für Weizen innerhalb der Landesgrenzen, Gewährung von Lagerfreiheit. — Mit solchen Maßnahmen läßt sich jedenfalls noch etwas erreichen, als mit dem von den Schweizer Müllern empfohlenen Boykott deutscher Waren.

Stahlproduktion in Südafrika. Aus Pretoria wird gemeldet: Kolonialsekretär Smuts erklärte, aus den in der Umgebung gefundenen Eisenerzen sei Stahl bester Beschaffenheit hergestellt worden. Die Regierung beschäufte sich deshalb mit den Vorarbeiten zur Schaffung eines Stahl-Großgewerbes.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Polizei gegen Streikposten.

In einer Versammlung der Streikenden von der Telephonfabrik der Firma Boffe in der Wiener Straße machte Handke Mitteilungen über das Verhalten der Polizei den Streikposten gegenüber. Die Streikposten werden durch die Polizeibeamten „im Interesse des Verkehrs“ verhindert, sich in der Nähe der Fabrik aufzuhalten. Dabei ist der Verkehr in der sehr breiten Straße durchaus nicht so stark, daß er dadurch behindert werden könnte, daß einzelne Personen vor der Fabrik auf und ab gehen. Seit Freitag macht sich dies unangelegliche Vorgehen der Polizei bemerkbar. Am Freitag wurden 4-5 und am Sonnabend 6-7 Streikposten auf die Wache gebracht. Am Montag ging Handke selbst als Streikposten vor der Fabrik hin und her. Auch er wurde aufgefordert, sich zu entfernen. Er hat dann mit dem Reviervorstand gesprochen und ihm vorgehalten, daß es das gute Recht der Streikenden sei, Posten zu setzen, daß diese ihr Recht im Rahmen der gesetzlichen Grenzen ausüben, jede Ausdehnung vermeiden und deshalb von der Polizei nicht behindert werden dürfen. Die Verhaftung der Streikposten sei eine ungesetzliche Maßnahme. Der Polizeileutnant lehnte jede Antwort auf die in ruhiger Zone vorgetragene Ansicht ab und forderte Handke auf, sofort das Zimmer (die Unterredung fand auf der Wache statt) zu verlassen. Handke hat eine Beschwerde an das Polizeipräsidium eingereicht. Als am Montagabend die Arbeitswilligen aus der Fabrik kamen, bildete sich eine Ansammlung, an der jedoch die Streikenden nicht beteiligt waren. Aus der Menge heraus wurden den Arbeitswilligen Worte der Beschuldigung zugerufen. Seitdem ist die Polizei in verstärkter Zahl vor der Fabrik erschienen. Uniformierte und Kriminalbeamte in Zivil, selbst ein Polizeihund, sind aufgeboten zum Schutze der Arbeitswilligen und zur Bekämpfung des Streikpostens. Und das zu einer Zeit, wo die Polizei ihre Kräfte zur Ermittlung von nicht entdeckten Verbrechern wirklich besser gebrauchen könnte. Jetzt begnügt sich die Polizei nicht mehr damit, die Streikenden nach der Revierwache zu bringen, sondern sie werden von dort mit dem grünen Wagen nach dem Alexanderplatz gebracht, dort mit allen möglichen Beuten zweifelhaften Charakters zusammen eingesperrt und gegen Abend erst wieder entlassen. Am Montag sind zwei und am Dienstag drei Streikposten nach dem Alexanderplatz transportiert worden. — Einer von denen, die am Montag wider Willen Gäste des Polizeipräsidiums waren, teilte mit, daß er in der Zelle, wo er von morgens 9 bis nachmittags 5 Uhr eingesperrt war, Ungeziefer bekommen habe.

Ueber den Streik selbst wurde in der Versammlung berichtet, daß der Unternehmerverband Verhandlungen angebahnt hat, welche am Mittwoch stattfinden. Arbeitswillige seien durch Vermittlung des gelben Arbeitsnachweises nach dem Betriebe geschickt, doch seien das zumeist solche Elemente, die der Unternehmer zu anderen Zeiten nicht in seinem Betriebe aufnehmen würde, die ihm also auch jetzt nicht viel helfen könnten.

Gewerkschaftliche Notstandsunterstützung.

Die Sektion der Bayer nahm am Montag in einer Generalversammlung Stellung zu dem von einer fünfgliedrigen Kommission und dem Vorstande ausgearbeiteten Entwurf zu einer einmaligen Notstandsunterstützung. Derselbe lautet:

Kollegen, die seit dem 1. Januar 1908 dem Verbandsangehörten und dem Lokalfonds beigefeuert haben und vom 30. November 1908 an gerechnet fünf Wochen arbeitslos sind, erhalten aus der Lokalfonds 12 M. Für jede weitere arbeitslose Woche 1 M. mehr, steigend bis zu 18 M. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. gezahlt, aber nur einmal. Für unbeschäftigte Kollegen gilt die Unterstützung von 12 M., aber ohne Steigerung. Vertragsgreife sowie Streikbeiträge von 1907 sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Die Ausschreibungen der Quittungen erfolgen durch Vorlegung der Verbandspapiere und Winterkarte im Gewerkschaftshause, Saal 11, und zwar am 3., 4., 5. und 6. März in der Zeit von 8-12 Vormittags und von 3-7 Uhr nachmittags. Die Auszahlung selbst erfolgt im Bureau III, Zimmer 58. Arantewochen, für die Unterstützung gezahlt wurde, gelten nicht als arbeitslose Wochen. Die Profraktionen werden hierbei berücksichtigt. Wer bis Sonnabend, den 6. März 1909, sein Geld nicht abgehoben hat, verliert seine Rechte darauf. Dieser Antrag wurde nach einer sehr lebhaften Diskussion angenommen.

Aus der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. Februar dieses Jahres ist das Resultat der Wahlen zum erweiterten Vorstande noch nachzutragen. Es wurden gewählt: Ernst Schulze, 1. Wilhelm Nordmann, 2. Vorsitzender, Hermann Richter, 1. August Lehmann, 2. Kassierer, Paul Sinreich, Schriftführer.

Hermann Richter, 1. August Lehmann, 2. Kassierer, Paul Sinreich, Schriftführer.

Die Tarifbewegung der Kostümschneider und Schneiderinnen.

Am Montag füllte den großen der „Arminhollen“ eine öffentliche Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen, in der Runge über die an die Arbeitgeber dieser Branche gestellten Forderungen sprach. Bekanntlich hat sich schon vor vier Wochen eine Kostümschneiderversammlung mit der Frage einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse befaßt. Inzwischen sind nach gründlicher Beratung die Forderungen aufgestellt und auf Beschluß der am Mittwoch voriger Woche abgehaltenen Mitglieder-Versammlung den Arbeitgebern zugeandt worden mit dem föhlichen Ersuchen um Antwort bis zum 6. März. Es ist nicht das erste Mal, daß die Kostümschneider in eine Lohnbewegung eintreten. Schon im Jahre 1906 war es ihnen gelungen, einen Tarif einzuführen, und auch 1901 und 1902 fanden sie wieder in der Lohnbewegung. Sie waren früher gleichsam die Kerntruppe der Schneiderorganisation. Im Laufe der letzten Jahre hatte jedoch eine gewisse Trägheit unter den Kostümschneidern Eingang gefunden. Manche gaben sich der Längsamkeit hin, daß sie auf Grund ihrer Tätigkeit im Beruf schon ganz allein instande wären, sich anständigen Löhne zu sichern. Mittlerweile hat sie die Erfahrung von neuem gelehrt, daß der Arbeitgeber wohl in der Saison, wenn er ihre geübte Arbeitskraft notwendig braucht, einigermaßen geneigt ist, ihren Wünschen Rechnung zu tragen, freilich aber während der flauen Zeit des Jahres, und daß sie schon aus diesem Grunde des Schutzes der Organisation und einer tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht entbehren können, ohne fortgesetzt schweren Schaden zu leiden. Daß diese Erkenntnis sich wiederum Bahn gebrochen hat, dafür zeugt schon der außerordentlich starke Besuch der Versammlung, in der auch die Schneiderinnen zahlreich vertreten waren. Die Forderungen selbst sind so bemessen, daß sie dem entsprechen, was im allgemeinen in den Werkstätten mit einigermaßen anständigen Lohnverhältnissen schon besteht. Bei Aufstellung der Lohnsätze wurde natürlich auch daran gedacht, daß es sich um ein Saisongewerbe handelt, bei dem man Jahr für Jahr mit einer außerordentlich langen Zeit der Arbeitslosigkeit rechnen muß. Jedem mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß die Wirtschaftskrise keineswegs einen Rückgang der Lebensmittelpreise mit sich gebracht hat, sondern vielmehr noch weitere Preissteigerungen eingetreten sind, daß die Wohnmieten immer mehr hinaufgeschraubt werden, die Steuern erhöht sind, und daß man nach den Verhandlungen im Reichstag auf weitere Steuererhöhungen gefaßt sein muß. Wenn ein Teil der Arbeiter in der Kostümbbranche jetzt schon einen halbwegs anständigen Lohn verdient, so braucht sich darüber niemand aufzuregen. Man sollte vielmehr danach trachten, solche Zustände allgemein zu machen, denn was vierdient wird, kommt ja doch der Gesamtheit wieder zugute. Im übrigen erhält die große Masse der Kostümschneider nicht das, was notwendig ist. Die neunstündige Arbeitszeit, die gefordert wird, besteht aus schon im allgemeinen, Sonnabends und am Tage vor den Feiertagen soll nur bis 5 1/2 Uhr gearbeitet werden. Da dies für die Arbeiterinnen schon durch Bundesratsverordnung festgelegt ist, müßte es eigentlich als selbstverständlich erscheinen, daß auch die Arbeiter zur selben Zeit Feierabend machen. Die Lohnzahlung soll auf Freitag festgelegt werden, was für die Herrenmagistrate schon vertraglich durchgeführt ist und jedenfalls auch in der Kostümbbranche keine Schwierigkeiten machen wird. Ferner wird die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage verlangt, die in einer großen Anzahl von Werkstätten auch schon besteht und allein schon deswegen gerechtfertigt erscheint, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche ihre Arbeitskraft gerade vor den Feiertagen außerordentlich anstrengen müssen. In der stillen Zeit soll die Arbeitszeit, um Entlassungen zu vermeiden, nach Maßgabe der vorhandenen Arbeit verringert, oder das Aussehen soll gleichmäßig verteilt werden. Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sollen, wenn die persönlichen Beschwerden der Arbeiter oder Arbeiterinnen erfolglos bleiben, durch die Organisationsleitung der betreffenden Firma unterbreitet und so geregelt werden. Bei Streitigkeiten über Auslegung des Tarifes soll das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden. Selbstverständlich ist der Tarif in den Werkstätten und Geschäftsräumen sichtbar auszuhängen. Ueber die Gültigkeitsdauer des Tarifes soll noch verhandelt werden; ein Vorschlag ist in dieser Hinsicht nicht in dem Entwurf enthalten, jedoch ist eine Kündigungsfrist von drei Monaten vorgesehen. — Der Redner legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Forderungen maßgebend waren. Für die Firmen, die in der Kostümbbranche eine Rinderheide, die Primarbeiter beschäftigen, ist dem allgemeinen Tarif ein Stundlohntarif beigelegt worden. Die Arbeitgeber der Kostümbbranche sind bisher unorganisiert, es scheint jedoch, daß sie sich jetzt, angeregt durch ihre Kollegen von der Herrenmagistrate, organisieren werden. Das wäre, wie der Redner erklärte, durchaus nicht zu beklagen, denn dadurch würde es möglich, einen Vertrag von Organisation zu Organisation abzuschließen. Sollten die Arbeitgeber es auf einen Kampf abgesehen haben, so haben die Kostümschneider diesen nicht zu fürchten. Die Wirtschaftskrise, die wohl das Schneidergewerbe im allgemeinen schädigt, trifft die Kostümbbranche nicht, denn die feinen Damen, die hier die Kundschaft bilden, verzichten nicht auf ihre prächtigen Kostüme, was ja auch die Arbeiterklasse keineswegs zu beklagen hat. Die Organisation ist gerüstet, aber selbstverständlich stets zu Verhandlungen bereit. Mit dem Kaufhaus des Westens ist der Tarifvertrag bereits abgeschlossen, und zwar in einer Form, die den Arbeitern noch weitere Vorteile, wie zum Beispiel Ferien, bietet. So den Beschäftigten in irgendeiner Werkstatt Verhandlungen, Lohn-erhöhungen oder sonstige Vorteile infolge des eingetragenen Tarifvertrages angeboten werden, sollen sie stets darauf dringen, daß nur unter Hinzuziehung ihrer Organisationsleitung verhandelt wird, da nur auf diesem Wege ein dauerndes und sicheres Tarifverhältnis geschaffen werden kann. Um die Bewegung zu vollem Erfolge zu führen, ist es selbstverständlich notwendig, daß in allen Werkstätten für eine feste und starke Organisation gesorgt wird, soweit es daran noch mangelt sollte. — Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und auch die Diskussion zeigte, daß die Kostümschneider und Schneiderinnen mit ganzer Kraft hinter ihren Forderungen stehen.

Wahung, Gummiarbeiter! Trotz der Versicherung der Firma Schwarz u. Co., daß die Stellen der Ausständigen besetzt wären, stellt sich von Tag zu Tag immer klarer heraus, daß dem nicht so ist, und daß trotz der direkt krampfhaften Versuche, für die Streikenden Ersatz zu schaffen, dies der Firma bis dato nicht gelungen ist. Es werden 3. B. in der „Gummitage“ Nr. 22 vom 26. Februar technische Gummiarbeiter und Vorarbeiter aller Art gesucht, jedoch sollen selbe erstens selbständig arbeiten können und einer Organisation nicht angehören. Wie verträgt sich nun diese Sache mit der Behauptung der Firma, daß der Betrieb besetzt ist? Die Ausständigen denken gar nicht daran, zu Kreuze zu kriechen, liefern doch die Firmenleitung selbst den besten Beweis, daß sie ohne erfahrene Gummiarbeiter nicht auskommen kann. Pflicht eines jeden Gummiarbeiters ist es, benannten Betrieb strengstens zu meiden. Fabrikarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Maßregelung.

In der Zigarrenfabrik von Gebr. Jedicke zu Dresden ist wegen Maßregelung eines Mitgliedes des Arbeiterrats ein Streik ausgebrochen; es kommen ungefähr 100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. Es wird gebeten, Zugang fern zu halten.

Unternehmer-Treue.

Die Pittauer Handels- und Gewerbeammer beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage, ob die Ausgabe von schwarzen Listen geschwindig sei. Sie stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß nach der Gewerbeordnung die Ausgabe der schwarzen Listen nicht geschwindig sei; es sei nur verboten, auch die Zeugnisse zu kennzeichnen. Die Ausgabe der schwarzen Listen verstoße nicht gegen das Gesetz. Das ist eine Annahme, die sich leider zum Teil auf reichsgerichtliche Entscheidung stützt. Im übrigen muß man aber sagen, daß eine solche Auslegung durchaus dem Sinne der Gewerbeordnung widerspricht.

Ausland.

Forderungen der Arbeitslosen an den dänischen Staat.

Die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder Kopenhagens hielten am Mittwoch in den fünf größten Sälen der Stadt Massenversammlungen ab, um von neuem die Forderung nach außerordentlicher Staatshilfe gegen die Not der Arbeitslosen zu erheben. Die Versammlungen, namentlich die der hausgewerblichen Arbeiter und der ungelerten Arbeiter, waren überfüllt, obwohl nur organisiert Arbeitslose Zutritt hatten. Wo die am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Berufe vertreten waren, machte sich eine sehr erregte und verzweifelte Stimmung geltend und führte nach heftiger Debatte dazu, daß in zwei Versammlungen statt der vom Rat der Organisationen vorgeschlagenen Resolution eine andere angenommen wurde mit der Forderung, der dänische Reichstag solle sofort eine so hohe Summe bewilligen, daß jeder Arbeitslose, je nach der Größe seiner Familie, wöchentliche Unterstützung von mindestens 20 Kronen erhalten kann, solange er arbeitslos bleibt. In der Resolution des Ratels, die in den übrigen Versammlungen angenommen wurde, sind die Forderungen nach einer ausführlichen Begründung so formuliert:

„Die Versammlung fordert, daß der Staat solche Zuschüsse zu den Hilfskassen und den Arbeitslosenkassen leistet, daß diese in Stande sind, durch wöchentliche kontante Unterstützung der Arbeitslosen deren Haushalt vor der schlimmsten Not zu bewahren. Die Zuschüsse müssen so groß sein, daß den Kommunen dadurch ihre außerordentlichen Leistungen für die Hilfskassen ersetzt werden können. Ferner fordert die Versammlung, daß die von Staat und Kommunen projektierten oder begonnenen Arbeiten so schnell wie möglich in Gang gesetzt werden.“

Was der dänische Staat bis jetzt für die Arbeitslosen und Notleidenden geleistet hat, sind die ordentlichen Zuschüsse von je 250 000 Kronen für die Arbeitslosenkassen und für die kommunalen Hilfskassen, also zusammen eine halbe Million Kronen. Dagegen wurden die notwendigen Banknoten bei dem Bankrott im vorigen Frühjahr aus der Staatskasse mit einer Garantiesumme von 10 Millionen Kronen bestritten. Um die durch Albertis Schwindeleien zugrunde gerichtete Bauernspargbank wieder flott zu machen, verlangt die Regierung jetzt erneut die Bewilligung von 4 Millionen, und ihr Vorschlag zur Reform des Landesverteidigungswesens mit der unfürsinnigen Festungsbauerei wird über 40 Millionen erfordern. Es kann also dem Staat nicht allzu schwer fallen, auch einmal für die am ärgsten unter der Krise leidenden Arbeitslosen einige Millionen zu bewilligen. Der Antrag auf außerordentliche Zuschüsse für die Arbeitslosenkassen und die kommunalen Hilfskassen, den die sozialdemokratische Forderungsfaktion im Dezember 1908 einbrachte, ist aus den Kommissionsberatungen noch nicht herausgekommen. Die vom Gewerkschaftsverband veranfaßte Landesversammlung zur Unterstützung der ausgepeinigten Arbeitslosen hat bis jetzt 125 000 Kronen erbehalten, die jedoch auch schon verteilt sind.

Eine Deputation von je einem Vertreter der fünf großen Arbeitslosenvereinigungen war am Sonnabend beim Ministerpräsidenten Keergaard, legte ihm die Resolutionen der Arbeitslosen vor und schilderte den fürchterlichen Notstand. Der Ministerpräsident antwortete, daß er schon alles mögliche getan habe, um die vorliegenden Staatsarbeiten zu beschleunigen. Auch würden die in der vorigen Reichstagsession bewilligten 4 Millionen Kronen Darlehen an die Kommunen zum Umbau ungesunder Stadtteile in diesem Jahre zur Anwendung kommen und ein gut Teil zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Ferner werde man mit dem Reichstag erwägen, was hinsichtlich außerordentlicher Unterstützung der kommunalen Hilfskassen und womöglich auch der Arbeitslosenkassen getan werden könne, wobei die Regierung jedoch daran festhalten müsse, daß die Kommunen vorangehen müßten und der Staat diese Bestrebungen nur unterstützen könne. Voraussetzung für die öffentliche Hilfeleistung gegen die Arbeitslosigkeit sei es, daß die Arbeiter sowohl wie die Arbeitgeber beiderseits bei gewerblichen Streitigkeiten so viel wie nur irgend möglich Versöhnlichkeit und Entgegenkommen zeigen, damit die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter ausgedehnt werde, als es die wirtschaftliche Niedergangsperiode mit sich bringe.

Diese Schlussbemerkung Keergaards kann sich vor allem die dänische Arbeitgebervereingung zu Herzen nehmen, die, um die von ihm veranfaßte Aussperrung der Schuhfabrikarbeiter Kopenhagens zum Abschluß zu bringen, eine Massenansammlung von 20 000-40 000 anderen Berufsarbeitern angelockt hat. Das Viermillionen-Darlehen hat sich vor allem die Stadt Kopenhagen zurufe gemacht; der Abriß eines großen Stadtviertels, des Brøndstrædequartiers, ist beschloffen, und sobald die Mieter zum 1. April ihre Wohnungen verlassen haben, wird mit den Abrucharbeiten begonnen. Daß die Kommunen in der Hilfeleistung für die Notleidenden vorangehen sollen, ist leichter gesagt als getan, da die Machtbefugnisse und die Finanzkraft der städtischen Kommunen stark begrenzt sind, und zwar in ganz besonderem Maße für Kopenhagen, das durch die Geschehnisse verhindert ist, eine seinen Bedürfnissen entsprechende steigende Steuerlast einzuführen. Um die Durchführung des sozialdemokratischen Antrages auf außerordentliche Staatszuschüsse zu den Hilfs- und Arbeitslosenkassen zu beschleunigen, ist die Arbeitslosen-Deputation am gestrigen Montag bei dem betreffenden Forderungsausschuß vorstellig geworden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Seilbruch.

Mühlheim a. b. Ruhr, 2. März. (W. S.) Auf der Zeche Humboldt, Aktiengesellschaft Mühlheimer Bergwerksvereine, riß bei der Befoderung von Stollen ein Seil, wobei 4 Bergleute mit den beladenen Wagen in die Tiefe fielen. Zwei wurden getötet, während die beiden anderen in das Essener Krankenhaus gebracht werden mußten. Einer von ihnen ist bereits seinen Verletzungen erlegen, für den anderen besteht wenig Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens.

Wildgewordene Royalisten.

Paris, 2. März. (W. L. B.) Heute nacht begabten sich nach einer unter dem Vorhild des Royalistenführers Andre Buffet abgehaltenen Versammlung zahlreiche Mitglieder des hiesigen royalistischen Jugendvereins les camelots du roi nach dem benachbarten Städtchen Suresnes und versuchten daselbst, das Sola-Denkmal zu zerstören. Die Polizei verhinderte das und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Zehn Naphthawerke in Flammen.

Baku, 2. März. Die Naphthawerke von Bibi-Eibat stehen in Flammen. Bei Subalow brannten fünf Werke und ein Erbspeicher nieder, bei Kalkschild ein Werk, bei Schibajevo zwei und bei der Gesellschaft Wolan gleichfalls zwei Werke. Zwei der Brandstiftung verdächtige muhammedanische Bauern wurden verhaftet. Das Feuer ist im Abnehmen begriffen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Reichstag.

217. Sitzung vom Dienstag, den 2. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dernburg. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats für die Schutzgebiete und das Reichskolonialamt.

Die Beratung beginnt beim Etat für das Schutzgebiet Kamerun, Titel I: Befolgungen.

Abg. Dr. Goller (fr. Sp.): Ich bitte die Verwaltung dringend, alle Religionen gleich tolerant zu behandeln und die einseitigen Christifizierungsbestrebungen nicht zu unterstützen. Eine Bevorzugung der Christen würde nicht gerade die besten Elemente der Regier dem Christentum zuführen. — Keine Genugtuung möchte ich ausdrücken über die Entwicklung der Eisenbahnen und der Verkehrsverhältnisse in Kamerun. — Zum Schluss möchte ich mich eines armen Verwandten annehmen, der im Nordwesten von Kamerun haust, des Gorilla. (Heiterkeit.) Diese seltene Art der Menschenaffen sollte man vor der Vernichtung bewahren. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Erberger (Z.): In die verwandtschaftlichen Beziehungen des Abg. Goller mit dem Gorilla will ich mich nicht einmischen (Lachen im Zentrum). Ich habe nach dieser Verwandtschaft keine Sehnsucht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich protestiere dagegen, daß die Kolonialpolitik nur im nationalen Interesse geführt wird und nicht auch im christlichen Interesse. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum.) Sollte man nach dem Vorschlage Gollers den Missionen Schwierigkeiten machen, in mohammedanisches Gebiet einzudringen, so würde man direkt gesetzwidrig handeln. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe verlangt, daß man bei Bewerdungen um Lämter unter sonst gleichen Umständen Christen bevorzugen solle. Ich konstatiere, daß diesem beschiedenen Wunsche im deutschen Reichstage von Herrn Goller widersprochen wird. (Hört! hört! im Zentrum.) Offenlich hört der Staatssekretär auf seine Wünsche nicht. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dernburg: Den Missionen macht die Verwaltung keine Schwierigkeiten, ich möchte aber die Missionen bitten, die Konkurrenz der beiden Konfessionen zu beseitigen; vielleicht können sie eine territoriale Teilung eintreten lassen. — Dem Wunsche nach Schonung der Gorillas wird bereits Rechnung getragen; am 6. Mai 1908 hat der Gouverneur eine entsprechende Verordnung erlassen.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt; debattelos wird der Rest des Etats für Kamerun nach den Beschlüssen der Budgetkommission bewilligt.

Es folgt der Etat für das Schutzgebiet Togo. Beim Kapitel „Zivilverwaltung“ ergreift das Wort

Abg. Ledebour (Soz.):

Im vorigen Jahre hat der Reichstag eine Resolution angenommen, der Reichskanzler möge Anordnungen treffen, durch welche die im Schutzgebiet Ostafrika gültigen Bestimmungen, betreffend den Betriebszwang für Plantagenländereien sinngemäß auch für das Schutzgebiet Togo in Kraft gesetzt werden. Diese Resolution war notwendig geworden, weil sich Spekulant in einer leinewegs einwandfreien Weise einen großen Teil der Togo-Ländereien zumgunsten der Eingeborenen angeeignet haben. Die Kolonialverwaltung selbst war mit der Mehrheit des Reichstages einverstanden, daß diese Ländereien teilweise wieder in den Besitz der Regier übergeführt werden sollten. Die hierzu getroffenen Maßregeln genügten an sich aber nicht, um das Treiben der Spekulanten in genügender Weise zu hindern. Den Rechtsnachfolgern der Spekulanten der Togogesellschaft blieben noch so viel Ländereien übrig, daß die Gefahr bestand, sie würden sie brach liegen lassen, um sie später bei der Anlage von Eisenbahnen oder von Ortschaften zu Spekulationszwecken zu verkaufen. Dem sollte durch die Resolution begegnet werden. Es sollte eine schrittweise Zuführung der Ländereien zum Kulturbetrieb erfolgen. Ich frage nun die Kolonialverwaltung, welche Maßnahmen ergriffen sind, um diese Resolution zur Durchführung zu bringen.

Staatssekretär Dernburg: Es ist eine Kommission gewählt worden, die feststellen soll, ob den Eingeborenen genügend Land gelassen ist, und weiter sollte sie sich mit der Frage der Abfindung der Ländereien beschäftigen. Die Kommission hat festgestellt, daß im allgemeinen die Eingeborenen über hinreichendes Land verfügen. Weiter aber hat sie festgestellt, daß die Togogesellschaft zu Sondabreitungen noch verpflichtet ist. Hiergegen hat die Gesellschaft jedoch den Weg der Klage beschritten, und die Frage

unterliegt jetzt der richterlichen Entscheidung. Hinsichtlich der Resolution ist folgendes gezeichnet: Es ist eine Verordnung erlassen, wonach in Togo der Verkauf von Kronland nur mit Genehmigung des Gouvernements erfolgen kann. Dadurch soll erreicht werden, daß das Land nicht zu Spekulationszwecken, sondern zu wirtschaftlichen Zwecken verkauft wird.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Jurisdiktion von Kronland, das an die Togogesellschaft für ein Ei und ein Butterbrot verkauft ist, darf nicht etwa dazu führen, daß nicht etwa auch von den Eingeborenen Land zurückgenommen wird. Es wird ja schwierig sein, das Kronland und das den Eingeborenen zustehende Stammesland immer zu unterscheiden. Es wäre also einfach gerecht, die Eingeborenen im Besitze ihres Landes zu lassen, ohne sich in eine genaue Untersuchung der Rechtmäßigkeit des Besizes einzulassen. (Staatssekretär Dernburg nicht zustimmend.) Ich freue mich, daß der Staatssekretär dieser Meinung zustimmt. In bezug auf die Resolution, sagt der Staatssekretär, ist uns infolgedessen entgegengekommen, als eine Verordnung erlassen sei, die den Verkauf von Kronland an bestimmte Bedingungen knüpft, Das betrifft aber nur das Kronland, welches jetzt verkauft wird, und allerdings ist es wünschenswert, auf diesen Verkauf an gewisse Bedingungen zu knüpfen. Der Zweck der Resolution ist aber, daß das Land, welches früher in wenig einwandfreier Weise die Gesellschaft von den Regier erworben hat, unter den Betriebszwang gestellt wird. Also auch solches Land, auf welches der Besitz der Togogesellschaft anerkannt ist, sollte dem Betriebszwang unterworfen werden, um zu verhindern, daß es zu Spekulationszwecken liegen bleibt, wie wir es bedauerlicherweise in Südwestafrika erlebt haben. Wenn Verordnungen hierzu nicht anreichen, so möge der Weg der Gesetzgebung beschritten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dernburg: Auf dem Wege der Gesetzgebung einen Betriebszwang einzuführen, kann ich nicht in Aussicht stellen. Der frühere Verkauf hat unter bestimmten Bedingungen stattgefunden. Man könnte jetzt also diese Rechte nur gegen Entschädigung einschränken. Eine teilweise Konfiskation des Landes auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen, kann ich schon mit Rücksicht auf die Wirkung, die es in unserer Heimat haben würde, niemals empfehlen. (Zustimmung rechts.) Ich vertrete hier einen anderen Standpunkt als Herr Ledebour, der den Standpunkt seiner Partei vertritt. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.): Mit meinen Ausführungen vertritt ich hier nicht den Standpunkt meiner Partei, sondern den der Mehrheit des Reichstages, was allerdings sehr selten vorkommt. Wenn der Herr Staatssekretär sagt, wir können keine Geetze erlassen, welche die bestehenden Besitzrechte einschränken, schon mit Rücksicht auf die Wirkung, die das in der Heimat haben würde, so möchte ich nur, daß er Gelegenheit gehabt hätte, diese Mahnung an die Herren zu richten, welche die polnischen Ansiedelungsgesetze erlassen haben. (Lebhaftes Zustimmung h. d. Sozialdem. Staatssekretär Dernburg zuckt mit den Achseln.) Das Prinzip ist in beiden Fällen dasselbe: Hier aber, den Polen gegenüber, hat man die Beschränkung der Besitzrechte für notwendig gehalten, während man in Togo den Betriebszwang nicht einführen will, der noch gar nicht einmal eine Antastung des Besitzrechtes selbst ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da sagt man, das geht nicht, das greift in die heiligsten Besitzrechte ein. Das zeigt nur wieder einmal, daß die Herren von der Regierung eine ganze Ladung von Grundfragen auf Lager haben, von denen je nach Bedürfnis bald dieser, bald jener herangezogen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt. Der Rest des Etats für Togo wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika. Beim Titel „Gouverneur“ betont

Abg. Dr. Semler (natl.) die Notwendigkeit, mit dem Urteil über den neuen Gouverneur vorläufig zurückhaltend zu sein. Ueber den Kampf der Systeme Trotha und Dernburg will Redner noch kein abschließendes Urteil abgeben. Im Dambolande soll eine deutsche Residentur errichtet werden. Ein gutes Seemannswort sagt: Es ist leichter, eine Flagge aufzuhissen, als sie mit Ehre herunterzuholen. (Sehr richtig!) Die Residentur soll zum Schutz der armen Ovambo-Sklaven gegen ihre Kapitäne dienen. Das ist ein schöner, das ist ein erhabener Zweck; aber wir müssen die Folgen bedenken, die ein solches Vorgehen haben kann. Statt mit Residentur und Stationen soll man lieber mit einer Bahn ins Damboland vordringen. Ich trage keine Sehnsucht, unsere tapferen Truppen einem Ovambo-Kriege und dem Kampfe mit

dem unsichtbaren Feinde, dem Fieber, auszufehen. (Lebhaftes Zustimmung.)

Bei den paar Gerichtshöfen der südwesafrikanischen Kolonie schweben 20 000 Prozesse, also im Durchschnitt 4 auf jeden Farmer! (Lebhaftes Hört! hört!) Das zeigt, daß die dortige Rechtspflege einer gründlichen Reform bedarf. — Redner kommt auf die Diamantenfunde zu sprechen und betont die Notwendigkeit, dem Reich angemessene Einkünfte aus den Diamantenfeldern zu sichern.

Staatssekretär Dernburg verteidigt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, lässig im Betreiben des kolonialen Bahnbauwes zu sein: In der Ära der Reichsfinanznot kann ich nicht mit dem Vorschlage kommen, Bahnen zu bauen, deren Rentabilität noch nicht feststeht. (Sehr richtig.) Man muß schließlich doch neben dem Interesse der Schutzgebiete auch das Interesse der Heimat im Auge behalten. Ich wünsche nicht sehnlicher, als daß der Zeitpunkt des Baues der Bahn Keetmanshoop-Bindhuyl recht bald herannaht.

Zurückkommen muß ich nun auf meine heute von Herrn Semler zitierte Äußerung, die geringe Zahl der farbigen Arbeitskräfte sei die Folge einer den Landesverhältnissen nicht angepaßten Art der Kriegführung. Eine Kritik der Kriegführung und des Generals Trotha lag mir fern, ich bin darin auch nicht sachverständig. Die Leistungen unserer Truppen stehen außer allen Zweifel. Darum aber kann man doch anerkennen, daß Kolonialkriege mit ihren Folgen stets ein Unglück für die Kolonien sind. Sie bringen wenig kriegerische Ehren und noch weniger ethische Werte, und die Kosten müssen die Sieger selbst tragen! Während man in anderen Kriegen fremdes Porzellan zerbricht, zerbricht man im Kolonialkrieg sein eigenes Porzellan. Vielmehr, auch von Herrn Semler ist die Ansicht ausgesprochen, überall, wo Weiße arbeiten können, seien die Schwarzen dem Untergang geweiht und diesem Zweck mühten auch die Kolonialkriege dienen. Eine solche Auffassung entspricht nicht unserer Stellung als Schutzmacht und dem ethischen Empfinden des deutschen Volkes. (Lebhaftes Zustimmung.) So lange ich an der Spitze des Reichskolonialamtes stehen werde, wird solchen Auffassungen nicht Raum gegeben werden. (Lebhaftes Bravo!)

Es ist über Mängel in der kolonialen Rechtspflege

geklagt worden. Solche sind auch unzweifelhaft vorhanden; aber was die vom Vorredner beklagte Heberstufung der kolonialen Gerichte mit Prozessen betrifft, so tragen doch nicht die Gerichte Schuld daran, sondern die, die die Gerichte beschäftigen.

Die Bestimmung, daß Eingeborene nicht beerdigt werden, scheint mir nicht glücklich zu sein, obwohl man sie damit verteidigt hat, daß man die Eingeborenen vor Meidenen bewahren müsse.

Herr Semler wünscht ein Eingreifen des Reichs, um sich Gewinn an der Diamantenausbeutung in Südwestafrika zu sichern; er meint, das liege im sozialen Interesse. Ein Abschneiden von Besitzrechten aber, lediglich weil das Reich Vorteil davon hat, scheint mir nicht sozial, sondern schon mehr sozialistisch. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Erberger (Z.) lobt die vom Gouverneur v. Schudmann erlassene Verfassung für Südwestafrika als ein staatsmännisches Dokument ersten Ranges. Es ist getragen von dem Geist der Selbstverwaltung; die weiße Bevölkerung dort gibt der in der Heimat auch das schöne Beispiel, daß sie sich bereit erklärt, Steuern zu zahlen. (Heiterkeit.) Daß das Wahlrecht zu den Kommunen nur den Deutschen gegeben ist, billigen wir, wir wollen doch die deutschen Kolonien vornehmlich mit Deutschen besiedeln. Ebenso sind wir damit einverstanden, daß die Schwarzen das Wahlrecht nicht haben; im Gegenlag zu den Sozialdemokraten würden wir das nicht für zweckmäßig halten. Die Interessen der Schwarzen werden durch einen für sie ernannten Kommissar genügend gewahrt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Auch mit der Einschränkung der Staatsaufsicht sind wir einverstanden und empfehlen die Kommunalverfassung für Südwestafrika manchem einheimischen Minister zum Studium. (Heiterkeit.) Wichtig wäre es, die Gemeinden genügend mit Land auszustatten; außerdem müssen sie selbständige Steuern haben, vor allem sollte überall die Wertwachststeuer eingeführt werden. Den Gouverneur möchte ich bitten, den Handel mit Gewehren, Munition und Alkohol nach dem Ovamboland mit allen Mitteln zu verhindern. Auch die Schutztruppen müssen sich jeder Okkupation in Ovamboland enthalten und sich höchstens auf die Abwehr von Angriffen beschränken. Ein Aufstand in Ovamboland wäre das Furchtbarste, was uns begegnen könnte, der Herero-Aufstand wäre dagegen gar nichts.

Kleines feuilleton.

Der menschliche Fuß als Greiforgan. Der ergotische Lander besudelt, pfeift sich gewöhnlich darüber zu wundern, mit welcher Geschwindigkeit die dortigen Arbeiter bei oft recht komplizierten Verrichtungen den Fuß als dritte und vierte Hand zu gebrauchen verstehen. Man muß aber im Auge behalten, wie Weheimrat v. Wälz kürzlich im Württembergischen Anthropologischen Verein ausführt, daß unser Fuß diese bemerkenswerte Funktion erst eingeht hat. Indianer z. B. spannen mit dem Fuß den Bogen und nehmen mit ihm den Speer auf. Eine anthropologische Betrachtungsweise, die alle Menschenrassen berücksichtigt, ist auch weit davon entfernt, solches können als Zeichen einer niederen Rasse zu bezeichnen. Bei uns Europäern ist vor allem das Schwere an diesem Verlust schuld. Auch in Ostasien hat bei Chinesen und Japanern die große Behe samt der zweiten noch diese Greifkraft, und in Japan geborene Europäer lernen von den jungen Eingeborenen bald das Anheben mit zwei Händen. Armlose Menschen haben meist die Kunst, mit dem Fuß zuzugreifen, vollkommen ausgebildet. Anatomisch bedingt ist diese Funktion durch das Wüthen der großen Behe, ihre aktive, nicht bloß passive Beweglichkeit und durch ihre relative Kürze und Daumenartigkeit. Bei uns hindert nur das Schwere die Ausbildung der dazu gehörigen Muskeln. Der Fuß als Ganzes macht geradezu erst den Menschen. Da er im Tierreich durchaus einzig ist. Der Affe hat bloß vier Hände, und nur der Mensch besitzt einen Fuß, der als reine Stütze für den Körper dient. Hierdurch wird, meint Weheimrat v. Wälz, ein interessantes Circulär auf die Abstammungslehre geworfen. Ist sie richtig, so muß es ein Wesen gegeben haben, bei dem die hinteren Extremitäten nicht Tragorgane, sondern auch fürs Greifen geeignet gewesen sind. Von diesem mühten dann zwei Abzweigungen ausgegangen sein: die eine führt zum Affen, wobei diese Extremitäten allmählich Hände werden; die andere zum Menschen, wobei aus der Halbaffenhand sich direkt der Fuß als Trage- und noch Greiforgan herausgebildet hat. Unnatürlich wäre es, anzunehmen, daß der menschliche Fuß den Umweg über eine richtige Affenhand gemacht hat. Dies wäre also mit ein Beweis gegen die direkte Abstammung des Menschen vom Affen.

Ein neues Element hat der japanische Chemiker Ogata von der Universität Tokio in den Mineralien Thorit, Melinit und Polysidant gefunden. Weltlich sei bemerkt, daß der Melinit ein nach dem deutschen Geographen Rein benanntes, zuerst in Japan entdecktes Mineral ist. Das neue Element hat nach der Mitteilung von „Englisch Mechanic“ den Namen Nipponium erhalten, jedoch ist anzunehmen, daß er eigentlich Nipponium, nach der größten japanischen Insel Nippon, heißen soll. Seinem Atomgewicht nach würde das neue Element zwischen die Elemente Polysidant und Ruthenium zu stehen kommen. Es kommt in kleinen gelben oder roten Kristallen von solcher Härte vor, daß man Glas damit reizen kann, befindet sich jedoch in dieser Form mit Kieselsäure und Bismut vermischt.

Theater.

Der Jhsen-Jyllus des Lessing-Theaters fand am Montag mit dem dramatischen Epilog: „Wenn wir Toten erwachen“ seinen Abschluß. Die Vorführung der gesamten modernen Dramen des großen Tragers und Erneuerers gestaltete sich zu einem Triumph für Darsteller und Regie des Lessing-Theaters.

Zunmer ist uns noch Jhsen der erste Dramatiker der Zeit. Keiner hat tiefer geschürft, keiner das Hasstose und Worsche im modernen, vom Kapitalismus und seinen Begleitermeinungen forumpierten Menschen unerträglich bloßgelegt, keiner mehr zertrümmert an überlebten Jbsen — als Jhsen. Er hat mit bitterem Ernst gerungen um wahrhaftigere und tiefere Lebensauffassung und Gestaltung. Bei diesem Suchen mußte er nach Anlage und Zeitverhältnissen Schiller herunterreißen, Lebenslagen aufdecken und Illusionen zerstören. Der junge Jhsen war mit den großen Forderungen ausgegogen, der alte zeigte, was im Leben unterer Lage daraus wird, und verweist darauf, das neue, höhere Leben anders als in Andeutungen und Schlagesfämees zu geben. Der Gestalter und Dramatiker aber, der sich seinen eigenen Stil geschaffen hatte, zwang alles in seinen Bann, auch wenn später die Verküpfung realistischer Vorgänge mit manchmal dunklen und nicht lebendig gewordenen Symbolen fremd ammutete.

Der Jyllus des Lessing-Theaters bewies, daß Jhsen noch unheimlich lebendig ist, daß die Jünger, die er zu fürchten sahen, ihn nicht zu verdrängen vermochten. Koch sind die alten Probleme, nur daß unsere Dramatiker sich nicht mehr an sie wagen und ihre artistischen Klünste in allen Stücken und Stoffen zweier Jahrtausende spielen lassen. Wo ist ein Dichter und Menschenformer von dem Ernst, der Tiefe und auch nur dem Können Jhsens? Wo sind die berufenen Nachfolger, die zu neuen Zielen weisen, die im Positiven vollendet, was der Herfürer Jhsen begonnen: den Neubau gesellschaftlicher Ideale?

Mit Jhsen ist unsere Schauspielkunst verinnerlicht und vertieft worden, wie nie zuvor. Nur so konnte sie Jhsensche Menschen auf der Bühne lebensfähig machen, und nur im gleichwertigen Zusammenspiel den Organismus seiner Perionen verwirklichen. Das Lessing-Theater hat bewiesen, daß sein jahrelanges emsiges Mühen um den Jhsenstil nicht erfolglos geblieben ist. Man mag die eine oder andere Jhsen-Rolle, meinetwegen auch das eine oder andere Jhsen-Drama auf anderen Bühnen vollendet dargestellt finden, das Gesamtwerk hat hier seine Stätte kongenialer Wiedergabe gefunden. Wenn am Montagabend Direktor Wrahm im Namen aller danke und Wiederholung des Jyllus ver kündigte, so wollen wir das Wort wörtlich genommen wissen: die Gesamtarbeit aller Mitwirkenden hat uns diesen Jhsen-Jyllus beschert.

Humor und Satire.

Keine Drohung.

Bernhard: Da, Schodmisionenscherenot, sagt mir doch eins: hab' ich gedroht? Ich blühte recht, ich blühte links

Der Stenogramme ganzen Vollen; Geiprochen hab' ich allerdings, Gedroht? — ist mir nicht eingefallen!

Ich siehe auf dem Standpunkt heute: So kann es nicht mehr weiter gehn, Und deshalb mein' ich, lieben Leute, Es muß bald irgend was geschehn. Die Sozis, die in Deutschland haufen, Die sind mir viel zu subversiv, Das nimmt ein Ende mal mit Grausen, Drum denke ich, desinitiv, Man legte diese Kassebande Ob jung od alt, ob groß od klein Mit starrem Bejen aus dem Lande, — Doch soll dies keine Drohung sein.

Ich Royalist, Germanus civis, Und staaterhaltend bis ins Mark, Ich tret' nicht auf die Spur Caprivis, Denn der war schwach, und ich bin stark. Wie schön wär's, ein Geetz zu schmieden, So den' ich mir's im Umriß nur: Die Wästesen in Del zu steben, Besonders diesen Ledebour! Man löm' sie auch zu Wraklops haden, Der Paragraff müht' noch hinein, Und mit geblühten Eisen zwaden, — Doch soll dies keine Drohung sein.

Es gibt auch Kerker, Flinten, Säbel, Es gibt auch noch ein Standgericht; Doch liegt das noch im Zukunftsbabel, Und prinzipiell: ich drohe nich!

(Lustige Wäster!)

Notizen.

— Josef Rueders Komödie Wollenkuckuckheim, die demächst im Deutschen Theater aufgeführt wird, ist im Verlage der „Süddeutschen Monatshefte“ in München erschienen. — Theaterchronik. Franz Wedekinds Ältere satirische Komödie „Die junge Welt“ wird am 12. März ab im Hebbel-Theater als außerordentliche Veranstaltung der Akademischen Bühne mit Schauspielern des Hebbel-Theaters aufgeführt. — Ein englisch-amerikanisches Theater wird unter Leitung von Meta Ylling, die auf deutschen wie englischen Bühnen tätig gewesen ist, vom Mai ab als Reichstheater in Deutschland verwirklicht werden. Im Oktober wird es in Berlin mit englischen Stücken gastieren. Besondere Schüleraufführungen sind geplant. — Eben Gebin hält in Berlin am 14., 16., 21. und 22. März öffentliche Vorträge über seine letzte Tibetreise.

Deutsch-Südwestafrika hat noch immer zu leiden unter den Landbesitzern. Die Landkommission sollte nicht nur beraten, sondern es sollten auch Berichte an den Reichstag erstattet werden. Die deutsche Kolonialgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika hat es verstanden, alle Kosten von sich abzuwälzen, alle Rechte aber zu behalten. Wichtiger noch als die Landfrage ist die Bergrechtsfrage; leider ist das Bergregal fast ganz in den Händen von Gesellschaften, nur zu einem sehr kleinen Teil im Besitz des Reiches. Trotz aller Abschreibungen verteilt die deutsche Kolonialgesellschaft seit 1905 jedes Jahr 20 Proz. Dividende, und ähnlich die anderen; sie könnten also sehr erhebliche Ausgaben leisten. Dabei werden die Gesellschaften immer übermächtiger, sie meinen, sie brauchen sich um die Verwaltung überhaupt nicht zu kümmern! So hat die deutsche Kolonialgesellschaft einem Erlaß des Bezirksamtmanns gegenüber gerade erklärt:

„Wir pfeifen auf den Erlaß!“

Es muß eine klare Auseinandersetzung mit den Gesellschaften erfolgen. (Zustimmung im Zentrum.)

Der wundeste Punkt in den Kolonien, vor allem in Südwestafrika, ist die Justizpflege. England hat keine Mittel geschont, um in seinen Kolonien eine gute Rechtspflege einzuführen. Das sollten wir uns zum Muster nehmen. Wir haben in den Schutzgebieten die Konsulargerichtsbarkeit. Würden deren einzelne Bestimmungen bekannter sein, so hätte sich im Reichstage längst der lebhafteste Widerspruch geltend gemacht. Wenn die koloniale Rechtspflege, wie sie den Weissen gegenüber gelbt wird, viel zu wünschen übrig läßt, so liegt die Rechtspflege, die man den Schwarzen angedeihen läßt, vollends im Argen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Da verdient es, B. ein Begreifbar kurzerhand schwarzen Angeklagten die Zugehung eines Rechtsanwalts! (Hört! hört!) Der Erlaß des südwesafrikanischen Gouvernements, der die Ehe zwischen Weissen und Saffariden verbietet, ist weder mit dem Väterlichen Gesetzbuch noch mit der kirchlichen Anschauung in Einklang zu bringen und außerdem ein Schlag ins Wasser; denn die betreffenden Paare lassen sich einfach in Kapstadt trauen, wenn sie dann zurückkehren, wird ihre Ehe anerkannt! (Hört! hört!)

Gouverneur v. Schudmann:

Das Ovamboland fällt zum größten Teil unter die deutsche Interessensphäre. Von den Ovambos sind wir gebeten worden, sie vor Uebergriffen von Seiten untergeordneter portugiesischer Grenzbehörden in Angola zu schützen. Das Ovamboland ist ein weit ausgedehntes Gebiet. Selbstredend denken wir nicht daran, dies Gebiet durch den zu ernennenden Kommissar beherrschen zu lassen. Bei etwaigen Unruhen würde er eben so weichen müssen wie die Missionare. Daß dieser Kommissar in die inneren Angelegenheiten der Ovambos eingreifen soll, ist ein großer Irrtum des Abgeordneten Semler. Es handelt sich nur um Schutz der Arbeiter aus dem Ovamboland, die in unserem Schutzgebiet tätig sind. Natürlich wird sehr viel auf die Person des Kommissars ankommen. Er muß ein Mann von großer Gerechtigkeit und erprobtem Taktgefühl sein. Einen Ovambokrieg würde natürlich auch ich für das größte Uebel halten. (Sehr richtig!) — Weitere Ausführungen des Redners bleiben zunächst unverständlich. — Die Hottentotten haben eine Strafprozessordnung, die manchen Vorzug, namentlich den der Klage, vor der deutschen hat. (Schallende Heiterkeit.) — So vermessen bin ich nicht gewesen, die Ehe zwischen Weissen und Farbigen zu verbieten; sie werden nur nicht mehr eingetragene. Das war der Wunsch der ganzen weißen Bevölkerung. Es werden jetzt sehr viele Ehen zwischen Weissen geschlossen, und wir bekommen ein sehr hübsches, nettes Material. (Schallende Heiterkeit.) — Herr Abg. Kossle scheint bedeutsame organisatorische Fähigkeiten zu besitzen. Ich möchte dieselben gern in Südwestafrika verwenden. (Große Heiterkeit.) Ich bitte daher Herrn Kossle, mich nach dort zu begleiten (Erneute Heiterkeit) und zunächst einmal die hier entwickelten Ansichten im Väterlichen Verein von Swakopmund vorzutragen. Für gute Aufnahme kann ich allerdings nicht stehen. (Schallende Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Blaf (fr. Sp.): Der Staatssekretär ist auf den Kern der Frage, auf die es ankommt — ob die Richter in den Schutzgebieten überhaupt richterliche Funktionen ausüben dürfen — gar nicht eingegangen. Gegen die Rechtspflege in den Kolonien herrscht berechtigtes Mißtrauen. Dem Satz des Staatssekretärs, er bekomme keine brauchbaren Richter für die Kolonien, müssen wir entschieden widersprechen; wäre es so, so wäre das ein bedenkliches Zeichen für den Wert unserer Kolonien. Auch für die Rechtspflege in den Kolonien brauchen wir festangestellte Richter, nicht kommissarisch befristete Hilfsrichter. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Derenburg: Das Reichskolonialamt steht auf dem Standpunkt, daß die Befassung der Richter ordnungsmäßig erfolgt ist, daß über die Zuständigkeit des Gerichts das Gericht selbst zu befinden hat und daß deshalb in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werden kann. Diesen Standpunkt des Reichskolonialamts habe ich in der Budgetkommission bereits vertreten, auf ihm stehe ich auch jetzt noch.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. (Außerdem Postetat und Gesetz betreffend die Fernsprechgebühren.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung, Dienstag, den 2. März 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Rolke.

Die zweite Lesung des Stats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Hager (Z.) tritt für eine Erweiterung der Kompetenzen des Oberverwaltungsgerichts ein.

Abg. Varfänger (Z.) begründet einen Antrag, die für Hochumherne und Geländekarten geplante königliche Polizei bis 1. April 1911 möglichst auf die ganzen Landkreise Vohum und Geländekarten auszuweiten mit der Maßgabe, daß das Amt des Landrates von dem des Polizeipräsidenten getrennt wird.

Abg. v. Götter (L.) polemisiert gegen die in der Budgetkommission aufgestellten Behauptungen der Linken, die Landräte hätten hohe Nebenbezüge. Es gehe nicht an, die Staatsregierung zu entlasten auf Kosten der Landräte.

Abg. v. d. Hagen (Z.): Der Einfluß des Landrats geht weit über das zulässige Maß hinaus. Im Weissen üben sie Beeinflussungen bei den Wahlen zu den Kreisräten aus. Die Kreisblätter sollte man zu reinen Veröffentlichungsblättern umwandeln, ohne politischen Inhalt. Der Landrat in Pflsch hat den Gemeinderat repräsentieren angebrocht, bei denen anlässlich der letzten Landtagswahlen gegen ihn gestimmt wurde. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Einen Mittergutsbesitzer im Kreise Pflsch hat der Landrat aufgefordert, alle seine Ehrenämter niederzulegen, da er den Kandidaten des Zentrums und der Polen gewählt hätte. (Lauter Hört! hört! im Zentrum.) Die Landräte sollten sich aller politischen Betätigung enthalten. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Seyda (Pol.) begründet zunächst einen Antrag auf Aufhebung des Erlasses über die Legitimationskarten für ausländische Arbeiter. Der wahre Zweck der Legitimationskarten ist der, Streikbrecher zu gewinnen. (Sehr richtig! links.) Man macht sich diese Arbeiter mit der Androhung der Ausweisung gefügig. Mache führen müssen meine Landsleute über die zahllosen Wahlbeeinflussungen polnischer Wähler durch die Landräte und durch die jetzige Wahlkreisgeometrie, die gerade darauf angelegt ist, die Polen zu schädigen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Der Minister hat gestern besprochen, daß Polizeispiegel Provokationen vornehmen. Ich kann beweisen, daß Beamte der politischen Polizei Provokationen nicht

nur unter stillschweigender Duldung ihrer vorgehenden Behörde vorgenommen haben, sondern

auf ausdrückliche Anordnung derselben.

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) In einem Prozesse in Jarze ist durch Zeugenaussagen festgestellt worden, daß ein Spiegel Pieconke den Polen zuerst polnische Adler geborgt hat und daß er dann der Staatsanwaltschaft Anzeige davon gemacht hat, daß dieser Verein nationalpolnische Ziele verfolgte. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Die Staatsanwaltschaft hat auch Anklage erhoben und es sind hohe Gefängnisstrafen verhängt worden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdem. und Polen.) In einem anderen Falle sind Vereinsmitglieder bestraft worden, weil sie staatsgefährliche Lieber gelungen haben. Woher hatte aber dieser Verein diese Lieber? Von dem selben Spiegel Pieconke! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Weiter hat der Landrat im Kreise Jarze die Amtsvorstände angewiesen, bei den Wirten dahin zu wirken, daß sie den Lokalvereinen ihre Säle entziehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) So treiben die Landräte neben der politischen Beeinflussung auch noch Saalabtreibungen. Kommt es zu einem Prozesse, dann wird den Polizeikommissaren die Genehmigung zur Ausreise verweigert. (Abgeordneter Hoffmann ruft: Ganz wie bei uns! Heiterkeit.) Welche Stellung nimmt der Minister zu diesen allemaligen Tatsachen ein? Hält er seine Behauptung aufrecht, daß die Spiegel nicht provokieren? Der Minister hat gestern die Polizeispiegel verteidigt und ist damit sogar weiter gegangen, wie die Redner der Rechten. Diese haben gesagt, sie verdammten zwar das Polizeispiegelwesen, aber sie plädierten für mildernde Umstände. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Grundgedanke aber, den der Minister proklamiert hat, lautet: der Zweck heiligt die Mittel! (Unruhe rechts. Sehr richtig! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Nach der gestrigen Rede des Ministers brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn das Spiegelwesen sich künftig noch viel mehr bei uns breit macht als bisher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Bei uns handelt es sich nicht einmal um öffentliche Umzüge, sondern um Vereine, die polizeilich angemeldet sind und zu denen die Polizei Zutritt hat. Wenn trotzdem eine Verhinderung dieser Vereine erfolgt, so ist das unehrer, unanständig und ehelos!

(Stürmischer Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich lege Wert auf das Wort „ehelos“, weil die Beamten, die sich zu diesen Spiegeln ergeben, hohe militärische Chargen besitzen. Ich weiß nicht, wie ihre Handlungsweise sich mit dem Begriff von Offiziers Ehre verträgt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Der Minister hat gestern erklärt, wenn ihm Provokationen bekannt würden, würde er mit den schärfsten Mitteln gegen die betreffenden Beamten einschreiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Ist der Minister bereit, das nunmehr zu tun, nachdem ich ihm die Namen der betreffenden Beamten genannt habe? Wir können nicht vertrauen zu solchen Beamten, die in dieser Weise uns bespitzeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Wenn nicht bald Besserung eintritt, dann sind wir auf dem besten Wege zu Verhältnissen, wie sie unter Verurteilung aller Parteien in Rußland bestehen. (Lebhafter Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Forst: Der Vorredner hat im Laufe seiner Rede wiederholt scharfe Ausdrücke gebraucht, die ich im Augenblick nicht kontrollieren konnte. Ich komme darauf zurück.

Unterstaatssekretär Hofz: Die Solobereine arbeiten auf die Wiedererrichtung des polnischen Königreichs hin. Das ist offen in Reden auf Sokoltagungen zum Ausdruck gebracht worden. (Hört! hört! rechts.) Wenn wir zu scharfen polizeilichen Maßnahmen greifen müssen, so sind diejenigen schuld daran, die in unser gutes lokales Oberstleuten polnische Aspirationen hineingetragen haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Verantwortung fällt auf die Jurist, die unsere alten guten preussischen Traditionen, die in Oberstleuten in Geltung waren, beseitigen wollen. (Stürmischer Beifall rechts. Unruhe im Zentrum. Lachen bei den Polen.)

Abg. Dr. Becker-Siegburg (Z.) beklagt sich über den Zug, der mit den Kreisbahnen getrieben wird.

Vizepräsident Dr. Forst: Der Abgeordnete Dr. Seyda hat ganz ausdrücklich mit Bezug auf die Polizei in Oberschlesien gesagt, ihre Handlungsweise sei unmoralisch, unanständig und ehelos. Das ist durchaus unzulässig und ich rufe Dr. Seyda deswegen zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bell-Essen (Z.): Was die Abgeordneten Fischbed und v. Pachtke (Zurufe links: Pachtke! Zurufe im Zentrum: „von“ kommt noch! Heiterkeit) gestern an Material über Eingriffe der Landräte in die kommunale Selbstverwaltung vorgebracht haben, ist von der Regierung bisher nicht widerlegt worden. (Sehr richtig! links.) Was der Abgeordnete Dr. Seyda über die Tätigkeit der Polizeispiegel in Oberschlesien angeführt hat, wirkt ein klares Schlaglicht auf die Auffassung, die manche Landräte von ihren Pflichten haben. (Sehr richtig! links.) Auf eine solche Rede gab es für den Minister nur eine Antwort, nämlich die, daß er solche Zustände auf das entschiedenste mißbilligt und bereit ist, schnell für Abhilfe zu sorgen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Da das nicht geschieht, müssen wir annehmen, daß er diese Uebergriffe billigt. Aber nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die Anhänger des Zentrums gehen die Landräte mit Schikanierungen vor. Das halten wir gerade in den gegenwärtigen Zeiten für bedenklich, wo die Zentrumspartei mit Erfolg bemüht ist, durch eine vermittelnde Tätigkeit den Grundgedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Verständigung der Gegenseite zur Durchführung zu bringen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Als das Reichsvereinsgesetz verabschiedet wurde, haben wir sofort die Befürchtung ausgesprochen, daß es die niederträchtigen Schikanen der Polizei nicht aufheben würde. Wir haben recht behalten und diejenigen, die auf einem anderen Standpunkt standen, hatten ihre Rechnung ohne die Landräte gemacht. (Sehr richtig! links.)

Präsident v. Kröcher: Sie verfallen in die allgemeine Debatte. Hier ist nur von den Landräten die Rede. Sie können hier von dem sprechen, was die Landräte etwa verbrochen haben (Heiterkeit), oder daß sie mehr Weisheit haben sollen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Ich dachte, die Frage des höheren Gehalts sollte hier ausgehalten werden. Ich will auch darauf gar nicht zu sprechen kommen, obwohl der konservative Redner darüber ausführlich gesprochen hat. Ich will hier nur die geschäftliche Tätigkeit der Landräte besprechen. Der § 7 des neuen Vereinsgesetzes gestattet Versammlungen unter freiem Himmel nach vorheriger Anmeldung. Nun ist einem Amtsvorsteher am 12. August eine solche Anzeige überreicht worden und am 19. erfolgte folgende Antwort: Ihrem Antrage vom 12. d. M. kann nicht entsprochen werden, da durch die Abhaltung der geplanten öffentlichen Versammlung Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Geschäftsführer wandte sich an den Landrat, und der Landrat lehnte die Beschwärde mit denselben Gründen ab. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Dabei schreibt das Vereinsgesetz vor, daß Versammlungen unter freiem Himmel nur verboten werden können, wenn bestimmte Gründe vorliegen. Wie in einem Dorfe durch eine Versammlung unter freiem Himmel die öffentliche Sicherheit gefährdet werden kann, weiß ich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt in dem betreffenden Dorfe kein Lokal für unsere Partei, aber es gibt eine große Dorfau, auf der kurz vorher ohne jede Störung ein großes Sängerkfest stattgefunden hatte. Den Sozialdemokraten aber wurde die Dorfau verweigert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und zwar geschah das mit der Begründung, daß infolge der Spannung zwischen den Nationalen und den Sozialdemokraten, die in letzter Zeit sich verschärft hätte, Reibungen und Störungen zu erwarten

wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das geschah, trotzdem das Sängerkfest ganz ruhig verlaufen war. Es scheint uns, als ob die Behörde befürchtet hat, daß die Nationalen die sozialdemokratische Versammlung überrumpeln würden. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Soweit ich die Bevölkerung kenne, kann auch in den national gestimmten Kreisen davon keine Rede sein, daß ein solcher Ueberfall geplant war. Ich muß die nationale Bevölkerung gegen diese Insinuation der Behörde in Schutz nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn gesagt worden ist, den Landräten sollten noch mehr Funktionen übertragen werden, so muß ich dem entschieden widersprechen. Nun sollte vielmehr die Landräte entlassen, damit sie in der Lage sind, sich um ihre Befugnisse genau zu kümmern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich bei den Uebergriffen, die ich vorgebracht habe, um den Landrat Ernst v. d. Osten, Mitglied dieses Hauses. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Geheggeber sich in dieser Weise Verhältnisse auszulassen kommen läßt, dann ist das sehr beklagenswert. Den Landrat in Königsberg i. N. linge ich ferner an, daß er die Bestimmungen der Landgemeinderordnung nicht zur Ausführung bringt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das bedeutet eine Rechtsnachfrage unserer Partei.

Der Minister sollte dafür sorgen, daß seine Verfügungen und das Vereinsgesetz von den Landräten durchgeführt werden. Es gibt unter den Landräten auch einsichtige Männer, die das Vereinsgesetz loyal handhaben. So den Landrat des Kreises Hirschberg. Aber da kommen dann die Junker und Großgrundbesitzer und üben ihre Macht auf diese Landräte aus. Nur so ist es zu verstehen, wenn der Landrat des Kreises Neustadt a. O., der auf dem Standpunkte des Hirschberger Landrats stand, später gewerkschaftliche Versammlungen zu politischen Versammlungen stempelte. Das ist eine

Politik der Nadelstiche,

und diejenigen haben recht behalten, die befürchteten, daß diese Politik der Nadelstiche durch das neue Vereinsgesetz nicht beseitigt werden würde. Versammlungen unter freiem Himmel werden entgegen den klaren Bestimmungen des Gesetzes, mit Behauptungen, die aus der Luft gegriffen werden, verboten. Das beweist, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter solchen Umständen brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die breiten Massen des Volkes . . .

Präs. v. Kröcher: Sie wollten doch nur über die Landräte sprechen. (Heiterkeit.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Beweis werden die breiten Massen des Volkes durch dieses Vertragen der Landräte zu der Ueberzeugung kommen, daß sie nicht gerecht behandelt werden. (Lachen rechts. Sehr gut! links.) Es ist alles beim alten geblieben. Die Saalabtreibungen und Verhinderungen von Versammlungen werden in derselben Weise fortgesetzt. Ich könnte hier hundende Beispiele vorbringen; ich glaube nicht, daß sie befruchtend auf Sie (nach rechts) wirken werden. (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen natürlich Ihre Macht stabilisieren. Sie wissen, daß, wenn das Vereinsgesetz loyal durchgeführt würde wie in Süddeutschland, es mit Ihrer Macht doch wär. Aber Sie brauchen sich dann auch nicht zu wundern, wenn die Massen, die sonstig geschloß behandelt werden, sich gegen Sie wehren auf die Vorschriften, die Sie selbst nicht halten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister sollte im Interesse seiner Autorität dafür sorgen, daß sich die Landräte nach seinen Verfügungen richten. Ich würde mich keine Minute auf einem Ministerstuhl wohlfühlen, wenn meinen Anordnungen nicht nachgekommen würde. (Lachen rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Osten (L.): Der angegriffene Landrat bin ich. (Heiterkeit.) Ich habe sofort verfügt, daß die Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes in loyalster Weise durchzuführen seien. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Unsere Anschauungen über die Lokalität sind allerdings verschieden; ich halte es für loyal, einen Eid, den ich dem Könige geleistet habe, auch zu halten. (Abg. Hoffmann: Das war sehr schön gesagt! — Heiterkeit.) Wie liegen nun die Dinge in meinem Bezirk? Mißverhältnis ist eine Vorstadt von Kattin; sie besitzt teils eine landwirtschaftliche Bevölkerung, teils eine gewerbliche Bevölkerung, welche die Sozialdemokratie auf die Höhe ihrer Kultur hinaufzuführen sucht. (Heiterkeit rechts.) Zwischen diesen beiden Bevölkerungsklassen herrscht eine starke Spannung. (Rufe: Gott sei Dank! rechts.) Liebenswürdig und amöb wie die Sozialdemokraten sind, arbeiten sie dort unter Führung des Abgeordneten Borgmann. (Lachen rechts.) An demselben Tage, an dem ein großer Sängerkonzert dort stattfinden sollte, wollten die Sozialdemokraten auch einen Umzug halten. Da bekomme ich als Landrat einen Notizbrief aus der Gemeinde, es würde reitungslos zur Schlägerei kommen. (Heiterkeit rechts.) Die ganze Sache sei nur provokiert. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Als erster Beamter des Kreises habe ich es da allerdings für meine Pflicht gehalten, die öffentliche Ordnung dadurch zu sichern, daß ich den Amtsvorsteher angewiesen habe, den Umzug nicht zu dulden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Andererseits habe ich auch angewiesen, Umzüge, die mit denen anderer Parteien nicht kollidieren, nicht das geringste Hindernis zu bereiten. Behalten Sie mir noch ein kurzes Schlusswort: Mein Wahlkreis ist ja zur Domäne des Vorredners geworden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten haben versucht, in der Ortschaft Güstebiese eine Gastwirtschaft zu bekommen. (Präs. v. Kröcher: Das geht doch nicht hierher!) Das Oberverwaltungsgericht hat sich der Ansicht des Kreisaußschusses, daß kein Bedürfnis vorläge, angeschlossen. Trotzdem hat sich Herr Borgmann mit seinem ganzen Anhang so und so viel Strafmandate wegen Verstoßes gegen die Schankkonzession angezogen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist die berühmte Geschwämmsigkeit der Sozialdemokraten! (Als der Redner die Tribüne hinabsteigt, nickt ihm Minister v. Rolke freundlich zu.)

Abg. Trimbom (Z.) beklagt sich über die zu frühe Pensionierung nichtrichtiger Beamten.

Minister des Innern v. Rolke: Die allgemeinen Angriffe gegen die Landräte weise ich mit Entschiedenheit zurück. (Beifall rechts.) Der Abg. Bell hat so, als wenn ich eine Verfügung erlassen hätte, die Landräte sollten eine Antizentrumspolitik treiben. Das ist nicht geschehen. Daß die Regierung manche Kandidaten, die dem Zentrum erwünscht sind, nicht unterstützt, begreife ich, denn das Zentrum partiiert häufig mit Sozialdemokraten und Polen. (Sehr richtig! rechts.) Die Landräte haben Anerkennungswert für die preussische Monarchie geleistet. Wir können auf sie stolz sein. (Lauter Beifall rechts.)

Abg. Frey, v. Rehtig (freisinnig.): Die Polen schieben wie die Sozialdemokraten immer über Gewalt. Wenn die Zentrumsmänner polnische Kandidaten unterstützen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Regierung gegen sie vorgeht. (Stürmischer Beifall links, Lärm im Zentrum.) Gewiß, die Unabhängigkeit der Beamten soll hochgehalten werden. Aber die Beamten müssen auf dem Boden des Staates stehen. (Stürmischer Beifall rechts.) Der deutsche Katholik zur Wahl eines Polen veranlassen will, ist ein Verräter der deutschen Sache, ein Landesverräter. (Stürmischer Beifall rechts. Lang anhaltender Lärm im Zentrum.) Einen solchen Verräter hat der Mittergutsbesitzer im Kreise Pflsch begangen, dessen sich das Zentrum hier angenommen hat. (Hört! hört! rechts.) Mit solchen Verrätern an der deutschen Sache darf niemand gemeinsame Sache machen und wir danken dem Landrat von Pflsch für sein entschiedenes Auftreten. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, großer Lärm im Zentrum.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Wir erwarten eine Unterstützung von der Regierung. Wir brauchen auch eine solche Unterstützung nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber wir erwarten, daß der Minister die Landräte anweist, die Zentrumspartei mit dem gleichen Maß

zu messen wie die anderen Parteien. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Hg. Graf Praschna (Z.): Wir verbitten uns auf das entschiedenste, daß Herr v. Jellly hier vorgibt, im Namen der Deutschen zu sprechen. Wir fühlen uns auch als Deutsche. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Hg. Haarmann-Aliena (natl.): Wir stehen vollständig auf dem Standpunkt des Freiherrn v. Jellly. (Großer Beifall im Zentrum.) Wir fühlen uns da mit allen Deutschen, die deutsch und national fühlen. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Große Lärme im Zentrum.)

Hg. Graf Praschna (Z.): Auch diese Ausführungen verbitten wir uns. Wir fühlen ebenjogut deutsch und national wie die Nationalliberalen. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Debatte.
Hg. Bergmann (Soz.) persönlich: Der Abg. v. d. Osten hat gesagt, das Sängerkfest und unsere Versammlung hätten an ein und demselben Tage stattfinden sollen.

Das ist nicht wahr!

Das Sängerkfest war vier Wochen früher! Der Abg. v. d. Osten hat weiter gesagt, ich sei bestraft worden. Auch daran ist kein Wort wahr. (Hört höflich bei den Sozialdemokraten.)

Hg. v. d. Osten (konf.) persönlich: Nicht Herr Bergmann, aber seine Hintermänner sind wegen Übertretung des Vereinsgesetzes bestraft worden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Nach unwesentlicher Debatte wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.
Schluß 4 Uhr.

Rus Saarabien.

Am 25. Oktober vorigen Jahres sollte in Herrnsdorf bei Dudweiler (Saarabien) eine öffentliche Bergarbeiterversammlung stattfinden, zu welcher Genosse Leimpeters-St. Johann das Referat übernommen hatte. Die Versammlung konnte jedoch nicht abgehalten werden, weil die „Christlichen“ Kumpels sich nicht in den Saal getrauten, sondern in der Wirtsstube sitzen blieben, obschon der „Christliche“ Vertrauensmann in einer vorher stattgefundenen Mitgliederversammlung die „Christlichen“ aufgefordert hatte, geschlossen in die „rote“ Versammlung zu gehen, um Genosse Leimpeters „auszubeden“. Unseren Genossen wurde mitgeteilt, es habe die Absicht bestanden, unsere Genossen mit einer Tracht Prügel nach St. Johann zu schicken. Als die „Christlichen“ sich zu feige zeigten, in die Versammlung zu kommen, setzten sich unsere Genossen in die Wirtsstube mitten unter sie, hörten ihnen ruhig zu, wie sie Spottlieder auf die Sozialdemokratie sangen und „Nieder mit der Leimpeterserei“ riefen. Als das nicht zog, trat der Bergmann Johann Weid an Leimpeters heran, zeigte mit dem Finger auf ihn und rief:

Kameraden! Ich warne Euch vor diesem Leimpeters! Der hat die Arbeiterschaft an der Saar schon zweimal betrogen und verrät Euch auch zum dritten Mal. Bei der Reichstagswahl hat er von der Burbacher Hütte 10 000 M. bekommen, wofür er den Wahlkreis an die Nationalliberalen ausgeliefert hat.

Leimpeters hielt dem „Christen“ entgegen, er solle sich etwas Vorläufiges ausdrücken. Denn wenn er ihn verfluchte, würde er bestraft werden. Darauf erwiderte Weid dann wörtlich:

Du wirst mich nicht verklagen, weil Du sehr gut weißt, daß ich Dir am Gericht nachweisen kann, daß Du die 10 000 M. von der Burbacher Hütte wirklich erhalten hast. In Algringen habe ich Dir daselbst schon in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung vorgehalten, habe Dich damals aufgefordert, mich zu verklagen, aber Du hast es nicht getan, weil Du recht gut wußtest, warum. Du wirst mich auch jetzt nicht verklagen, dafür ist mir gar nicht bange. Früher war ich auch Sozialdemokrat, aber nachdem ich gesehen habe, daß die Führer die Arbeiter betrogen, bin ich zu den „Christlichen“ übergetreten.

Gegen diese bestimmten Behauptungen, die von den „Christlichen“ mit wachem Beifallsgebrüll applaudiert wurden, war nichts anderes möglich, als dem Mann Gelegenheit zu geben, den Beweis zu erbringen. So erhob Leimpeters Privatklage. Da Weid inzwischen nach Merlenbach verzogen ist, fand die Verhandlung am 23. Februar vor dem kaiserlichen Schöffengericht zu Forbach statt. Am Gericht verlegte Weid sich zunächst aufs Leugnen. Mehrere Zeugen bekundeten, daß der Angeklagte die oben wiedergegebene Äußerung getan. Das gab dann der Angeklagte schließlich auch zu. Der Zeuge Generaldirektor Weidhoff von der Burbacher Hütte bekundete, daß er Leimpeters persönlich nicht kenne, nie mit ihm verhandelt hätte, noch habe er jemals einen Pfennig von der Burbacher Hütte ausgezahlt erhalten. Auch davon wisse er nichts, daß er Geld von der nationalliberalen Partei bekommen habe, wie der Angeklagte im Termin behauptete.

Ein Vergleich lehnte Leimpeters ab, da er ein Gerichtsurteil haben müsse, um dieser Seelqual endlich den Kopf zu zerbrechen. Ihm liege absolut nichts an der Höhe der Strafe, im Gegenteil bitte er, den Angeklagten möglichst gelinde zu bestrafen.

Das Urteil lautet: Der Angeklagte hat sich der öffentlichen schweren Beleidigung schuldig gemacht, jedoch ist nicht erwiesen, daß er wider besseres Wissen gehandelt hat. Es ist als erwiesen erachtet, daß er die beleidigenden Äußerungen im Sinne der Anklage öffentlich erhoben hat und daß der Vorwurf: der Privatkläger habe sich für 10 000 M. betrogen lassen, habe die Arbeiterschaft verführt, die schwerste Beleidigung ist, die einem Manne im öffentlichen Leben gemacht werden kann, konnte dem Angeklagten nicht zweifelhaft sein. Er hat nicht den Versuch gemacht, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten, hat mithin höchst leichtfertig, wenn nicht frivol gehandelt und verdient eine exemplarische Bestrafung. Das Gericht hat nur deshalb von einer empfindlichen Gefängnisstrafe Abstand genommen, weil der Privatkläger selbst gebeten hat, davon abzusehen. Es wurde deshalb auf eine Geldstrafe — und wiederum auf Wunsch des Privatklägers so niedrig — von 80 Mark event. 8 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten erkannt. Der Antrag, das Urteil in der „Bergarbeiter-Zeitung“ und im „Vergnügen“ zu publizieren, hat das Gericht abgelehnt, weil diese Zeitungen zu weit vom Gerichtsort entfernt sind. Dafür wird die Publikationsbefugnis dem Privatkläger zuerkannt, das Urteil acht Tage im Gemeindefasten von Merlenbach auf Kosten des Angeklagten auszuhängen. Weid muß die Strafe tragen. Die wirklich Schuldigen und Verurteilten sind aber jene Führer gegen die Sozialdemokratie, die sich im Hinterhalt halten und als Außerchristen andere zu verleumdenden Behauptungen aufreizen.

Parlamentarisches.

Obligatorische Arbeiterausschüsse.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle trat in der Sitzung am Dienstag in die Weiterberatung der

Bestimmungen über die Fabriksordnung

ein. Zu § 124a beantragen unsere Genossen, daß die über die Arbeiter verhängten Strafen sofort zur Kenntnis gebracht werden müssen. Die Kommission stimmt dem Antrage zu.

Die Beratung geht ab dann zu Anträgen betr. die Gestaltung des Arbeiterausschusses über. Das Zentrum beantragt die Einführung eines

obligatorischen Arbeiterausschusses

in allen Betrieben, welche 20 und mehr Personen beschäftigen. Die Ausschüsse sollen besetzt sein, Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zur Kenntnis des Betriebsunternehmers zu bringen. Bisher stand es im Belieben des Unternehmers, Arbeiterausschüsse einzuführen. — Wiesberts (Z.) begründet den Antrag damit, daß bisher die Großindustrie sich vielfach der Einführung der Aus-

schüsse widersetzt hat. Solche Unternehmer müssen gezwungen werden, die berechtigten Anforderungen zu erfüllen. — Für den Antrag sprechen sich auch die Freisinnigen, die Konserverfabrik und ein Vertreter der Nationalliberalen aus. Bahn (natl.) erklärt sich gegen die Arbeiterausschüsse. Genosse Stadthagen erklärt sich für die Einführung des obligatorischen Arbeiterausschusses, wünscht aber, daß denselben weitere Befugnisse gegeben werden, als der Zentrumsantrag vorsieht.

Redner begründet den Antrag unserer Genossen, der dem Arbeiterausschuss folgende Befugnisse geben will:

Er ist für den Erlass der Arbeitsordnung zu hören. An sich zulässige, aber von den gesetzlichen Vorschriften abweichende oder diese ergänzende Bestimmungen der Arbeitsordnung sowie die Festsetzung der Grundsätze über die Verwendung und Verwertung der Strafgeelder bedürfen keiner Zustimmung. Der Arbeiterausschuss hat über die Verwendung und Verwertung der Strafgeelder Rechnung zu legen. Er hat bei der Durchführung und Aufsichtigung der Sicherheitspolizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken. Er hat das Recht, die Betriebe zu kontrollieren und auf Beseitigung vorgefundener Mängel zu dringen, falls nicht von Arbeitern gewählte Kontrolloren vorhanden sind. Er hat alle Beschwerden über Mängel bei der Verwaltung vorzubringen. Er hat bei Differenzen und Beschwerden über unzureichende Löhne und Akkordhöhe mitzuwirken und auf möglichste Verständigung hinzuwirken. Strafen, die 1 M. übersteigen, dürfen ohne seine Zustimmung nicht festgesetzt werden. Der Arbeiterausschuss hat nähere Vorschriften über die rechtliche Stellung (insbesondere über die Entlassungsgründe, die Pflichten und die Art der Lohnzahlung durch die Arbeiter) der Kontrolloren festzulegen, falls solche durch unmittelbare und geheime Wahl der Arbeiterschaft gewählt sind. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse berechnen ihr Amt unentgeltlich. Notwendige Auslagen und in Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten entgangener Arbeitsverdienst sind ihnen zu erstatten. Wo ein ständiger Arbeiterausschuss nicht besteht, stehen die sonst einem solchen obliegenden Befugnisse einem Vertrauensmann zu, der in direkter und geheimer Wahl durch die Mehrheit der Arbeiter gewählt wird. Dem Unternehmer und seinen Angestellten ist es unterzagt, die Arbeiter in der Nebenberufung oder Ausübung eines gemäß diesen Vorschriften ihnen übertragenen Amtes zu beschränken. Vertragsbestimmungen, welche diesem Verbote zuwiderlaufen, haben keine rechtliche Wirkung.

Gegen den Antrag unserer Genossen erklärten sich sämtliche Redner der bürgerlichen Parteien. Besonders wendet sich Mang (Freis.) gegen die Einführung der Arbeiterkontrolloren in der Industrie. Für den Bergbau möge das zweckmäßig sein.

Der Antrag unserer Genossen wird abgelehnt, der Antrag des Zentrums angenommen; dagegen stimmt nur der Abg. Bahn (natl.) zu.

Bei § 134 h beantragen unsere Genossen, daß nicht mehr die Vorstände der Fabriklassen oder die Knappschaftsämter den Fabrik-ausschuss wählen können. Ferner wird die gleiche, unmitteldbare und geheime Wahl für den Ausschuss verlangt. Auf Einführung der unmittelbaren und geheimen Wahl zielt auch ein Zentrumsantrag ab, der aber den Erlass der Arbeiterausschüsse durch Kantonsverordnungen, Knappschaftsämter oder vor 1891 bestehende Organe zulassen will, wenn diese unmittelbar und geheim gewählt sind. Ferner will der Antrag, daß auch die Verhältniswahl zulässig ist. Wenn mehr als 20 Arbeiterinnen im Betriebe beschäftigt sind, wählen diese im besonderen Wahlgang aus ihrer Mitte ihrer Anzahl entsprechend Mitglieder in den ständigen Ausschuss. Das Wahlrecht für den Ausschuss sollen alle volljährigen Arbeiter haben. Die Wahlbarkeit kann durch die Satzungen auf diejenigen Arbeiter beschränkt werden, welche mindestens 25 Jahre alt sind.

Der Zentrumsantrag wird angenommen, der Antrag unserer Genossen abgelehnt, nachdem aus unserem Antrage die Forderung der geheimen Wahl in den Zentrumsantrag übernommen ist.

Nächste Sitzung am Donnerstag.

Abt der Budgetkommission des Reichstags.

(20. Sitzung vom 2. März.)

Die in der vorigen Sitzung beschlossene Vortagung der Lieferungsverträge soll in der Weise erfolgen, daß eine aus drei Abgeordneten bestehende Subkommission Einsicht nimmt und der allgemeinen Kommission Bericht erstattet.

Zum Ausbau des Telegraphen- und Fernsprechnetzes werden 45 000 000 M. angefordert.

Ein Regierungsvorleser legt dar, daß der Ausbau des unterirdischen Leitungsnetzes notwendig und mit Rücksicht auf Beschädigungen der oberirdischen Leitungen durch Erdbeben und Sturm auch wirtschaftlich sehr vorteilhaft sei. Trophim verlangte der Referent die Herabsetzung der Summe um 3 Millionen Mark. Hg. Singer wendet sich gegen den verlangten Abstrich und erklärt, daß er lieber einer Sinaufhebung des Wort reden würde. Auch der freisinnige Wotheln und selbst der konervative Döschler sprechen sich in gleichem Sinne aus. Die Abstimmung ergab die Kürzung des Postens um 3 Millionen Mark mit einer Stimme Mehrheit. Für den Abstrich stimmten Zentrum, Nationalliberale und das polnische Mitglied. Mit der gleichen Mehrheit und gleicher Konstellation der Parteien wurde von den zurückgestellten Posten für Materialkosten und Arbeiten zur Unterhaltung der Telegraphenlinien die Mehrforderung von 3 272 000 M. gestrichen.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über das Privileg der Postfreiheit,

welches die regierenden Fürsten, deren Frauen und Witwen noch besitzen. Hg. Erzberger behauptet, daß mit diesem Privileg geradezu Anflug getrieben werde, was den Staatssekretär Kräfte zu einer längeren scharfen Entgegnung veranlaßte: Es handle sich hier um ein gesetzlich gewährtes Recht der Fürsten, dessen Ausübung man nicht als Unfug bezeichnen dürfe. Erzberger entgegnete, daß er im Besitz eines Kopfabchnittes sei, wo es sich um eine postfreie Sendung von Bild handle. Die Gutsverwaltung schide das erlegte Bild postfrei nach Berlin. Von dem Mitgliede der polnischen Fraktion wird darauf verwiesen, daß auch Beamte mit dem Postwertum Mißbrauch treiben. Ein Oberstaatsinspektor in Memel habe zu einer Versammlung des Ostmarkenvereins durch abersichtliche Briefe eingeladen! Abgelehnt wird schließlich gegen eine erhebliche Minderheit eine Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wird, eine Vorlage auf Aufhebung des Postprivilegs einzubringen.

Beim

Etat der Reichsdruckerei

(die dem Reichspostamt unterstellt ist) wurde vom Abg. Erzberger beantragt, daß der Posten eines Kurators, der von einem Regierungsrat im Nebenamt verwaltet wird, notwendig sei. Ein Regierungsvorleser sowie der Staatssekretär teilen den Posten zu bewilligen, denn der Kurator sei notwendig, schon um den Verkehr zwischen Druckerei und Reichspostamt zu vermitteln, dann auch, um eine strenge Kontrolle zu üben. Von sozialdemokratischer Seite wurde demgegenüber darauf verwiesen, daß der Direktor in privaten und auch in Staatsbetrieben der erste Beamte sei, nur bei der Reichsdruckerei werde ihm noch ein „Kurator“ auf die Nase gesetzt. Uebrigens habe dieser Kurator seinerzeit auch nicht verhindert, daß der Obermaschinenmeister die für Materialur erlärten Reichspostämter mit nach Hause nahm und später in Berlin brachte. Der Posten wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konserverfabrik gestrichen.

Zur Versicherung der Gebäude und Vorräte gegen Feuergefahr auf einen fünfjährigen Zeitraum sind 21 100 M. angefordert. Hg. Erzberger weist darauf hin, daß das Reich sein eigenes Versicherungsträger sei und bei Gesellschaften nichts versichere. Nicht einmal die großen Provinzial- und Ausrichtungslager seien versichert. Es fehle jeder Grund, weshalb nun gerade bei der Reichsdruckerei eine Ausnahme gemacht werden solle. Nachdem

diese Anschauung auch noch von anderer Seite Unterstützung erhalten hatte, wurde der Posten gestrichen und die Weiterberatung damit abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch: Beratung des Militäretats

Aus der Partei.

Ein Sozialdemokrat als Gegner der Nachlasssteuer!

Daß sich die Agrarier zur Rechtfertigung ihrer Zollpolitik auf Sozialdemokraten berufen können, an diesen wenig erfreulichen Zustand haben wir uns jetzt allmählich gewöhnt. Daß sie nun aber auch für ihre Steuerpolitik oder besser für ihre Steuerdrückebertum sich auf das Zeugnis eines angeblichen Sozialdemokraten stützen können, das ist eine bittere Erfahrung der letzten Tage. Die „Münchener Post“ veröffentlicht folgendes Schreiben, das dem Genossen Karl Kautsky auf seine hier wiedergegebene Anfrage an die „Münchener Post“ zugegangen sei:

„Werter Genosse!

In Ihrer vorläufigen Anzeige meiner Schrift: „Oekonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland zitiere Sie aus einem Versammlungsbericht der „Münchener Post“ vom 21. Januar den Satz: „Dr. Schulz wandte sich gegen die Nachlasssteuer, durch die die Landwirtschaft ungerecht belastet würde“ und suchen meine Gegnerschaft gegen die Nachlasssteuer als eine Konsequenz des theoretischen Standpunktes hinzustellen, den ich in dem genannten Buchlein entwickelt habe, um gegen dieses, wie ich wohl sagen darf, in einer nicht ganz sachlichen Weise Stimmung zu machen. An Ihren Ausführungen ist richtig, daß ich in der Tat vor einigen Wochen in einer Münchener Versammlung, die durch die Person des Redners (Professor Siebeling-Jülich), den Inhalt seines Vortrags und die Zusammensetzung des Auditoriums einen überwiegend akademischen Charakter erhielt, vom Standpunkt des Agrarpolitikers aus einige Bedenken gegen die Nachlasssteuer in der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Form geltend machte, weil sie eine ungerechte Vorausbelastung des Kapitals und der Arbeit der von ihr betroffenen landwirtschaftlichen, insbesondere bäuerlichen Bevölkerung zur Folge haben müsse. Ich halte es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für zweckmäßig, diese Einwendungen unter Bezugnahme des mir reichlich zur Verfügung stehenden Tatsachenmaterials ausführlich zu begründen, und bemerke nur, daß ich bereits an einer mit 20 000 M. beginnenden Besteuerung des Erbanfalls an Deszendenten und Ehegatten aus dem Standpunkt des landwirtschaftlichen Betriebes aus erheblich weniger Anstellungen zu machen habe und das vorgeschlagene Erbrecht des Reiches sogar lebhaft begrüße.

Nach Abwägung der Vorteile und Nachteile, welche die Ausdehnung der Reichsvermögenssteuer auf Deszendenten und Ehegatten einerseits und eine Reichsvermögenssteuer andererseits mit sich bringen, stelle ich in jener Versammlung ausdrücklich die Forderung auf, eine Reichsvermögenssteuer mit erheblich höherer Progression, als Professor Siebeling empfohlen hatte, einzuführen; denn obwohl auch eine Vermögenssteuer, wie besonders Fritzing, der ausgezeichnete Kenner des preussischen Steuerwesens gezeigt hat, bei der geringeren Vermögensbildung in der Landwirtschaft und ihrer leichteren Erfassbarkeit eine härtere Belastung der landwirtschaftlichen Bevölkerung bedeutet, halte ich eine Reichsvermögenssteuer doch immerhin für eine, die verschiedenen Verursachern gleichmäßiger treffende, weniger rohe und gerechtere Form der höchst notwendigen kräftigeren Heranziehung des Reiches zur Tragung der Reichslasten. Es gereicht mir zur Genugtuung, daß auch unsere Reichstagsfraktion die Forderung einer Reichsvermögenssteuer, die bei genügender Berücksichtigung der verschiedenen Ertragsfähigkeit der einzelnen Vermögensmassen nicht im entferntesten einen so leidenschaftlichen Widerstand in der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeigerufen hätte, und die zeitweise sogar auf eine Mehrheit im Reichstage rechnen zu dürfen schien, neuerdings in den Vordergrund ihres Kampfes um eine gerechte Steuerreform gerückt hat. (?)

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß meine Stellungnahme zu den Reichssteuerentwürfen durchaus von dem in der heutigen Finanzwissenschaft zur allgemeinen Anerkennung gelangten grünen Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit bestimmt ist. Einen inneren Zusammenhang zwischen meinen Ausführungen in der Münchener Versammlung und der in dem genannten Buchlein entwickelten Theorie kann ich nur insofern zugeben, als beide auf einer gewissen Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beruhen.

Endlich muß ich betonen, daß die von mir vertretenen Anschauungen, wie es ja bei wissenschaftlichen Darlegungen natürlich ist, meine individuelle Überzeugung darstellen und daher gegen die Politik und Taktik der süddeutschen Parteioorganisationen nicht ausgenützt werden dürfen.

Mit parteigenössischem Gruß

Dr. Schulz.

Ein Sozialdemokrat also als Sachwalter des Großbauerntums! (Klein- und Mittelbauern werden, wie mehrfach nachgewiesen worden ist, von der Nachlasssteuer nicht betroffen.) Ein Sozialdemokrat als Vorkämpfer einer Besteuerung wohlhabender Erben, in einem Augenblick, wo die arbeitende Bevölkerung durch neue indirekte Steuern belastet werden soll. Ein Sozialdemokrat, der trotz der vielen erheblichen Erleichterungen, die die Regierungsvorlage für die landwirtschaftlichen Nachlässe enthält, davon redet, daß die Nachlasssteuer „eine ungerechte Vorausbelastung des Kapitals und der Arbeit der von ihr betroffenen landwirtschaftlichen, insbesondere bäuerlichen Bevölkerung zur Folge haben müsse!“ Kein Wunder, daß sich die agrarische Presse diesen seltenen Gappen nicht entgehen läßt. Frühwarm serviert ihn bereits am Dienstagabend die „Deutsche Tageszeitung“ ihren jedenfalls freudig erstanten Lesern, und dergnügt zieht sie die schöne Ruhantwendung:

„Seine (Dr. Schulz) Haltung in der Steuerfrage ist aber wohl ein weiterer schlagender Beweis für die maßlose Unerschlichkeit und Unversöhnlichkeit des Vorwurfs, daß die Vertreter der Landwirtschaft bei ihrem Widerstande gegen die Nachlasssteuer sich nicht von sachlichen Gründen leiten ließen.“

So wird den Landbündlern der Rücken gesteuert von einem angeblichen Anhänger der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft die Abwehr der unverdächtigten Anschläge auf ihren schmalenbeutel erschwert! Und das um der Großgrundbesitzer und Großbauern mit mindestens 20 000 M. Vermögen willen! Toller kann's wohl nicht mehr kommen!

Die Spaltung in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Amsterdam, 1. März.

Infolge des Parteitagebeschlusses zu Dordrecht hat Genosse Henri Pol als Amt als Vorsitzender des Verbandes der Gewerkschaften Hollands niedergelegt. Pol steht auf der Seite der Marxisten, und ihm erscheint ein Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Kammerfraktion nicht möglich. Pol ist ebenfalls aus dem Verwaltungsausschuss von „Dei Volk“ ausgeschieden. Der Parteivorstand hat in seiner am Sonntag abgehaltenen Versammlung bereits Jan A. van Bittchen, Schriftführer des Diamantarbeiterverbandes, an Pol's Stelle ernannt.

In derselben Versammlung hatte der Parteivorstand eine Besprechung mit dem Vorstand der Abteilung Utrecht, in der beschlossen wurde, da Genosse Wendels schon auf dem Dordrechter Parteitag

aus der S. D. A. P. ausgetreten ist, seine Zustimmung als Kandidat der Partei im vierten Ulrechter Wahlkreis zurückzunehmen. Außerdem war der Parteivorstand der Ansicht, daß Mendels seine Siege im Ulrechter Gemeinderat und in den Provinzialstaaten von Ulrecht zur Verfügung der Partei stellen müsse. — (Wie „Het Volk“ meldet, hat Mendels diesen Schritt bereits getan.)

Der Parteivorstand der S. D. A. P. wird als Wahlplattform für die Sommerwahlen des Sommers dem zu Ostern stattfindenden ordentlichen Parteitag vorzulegen. Allgemein bekannt, Staatspension für Invaliden und Greise, Jehntuendertag, Erweiterung der Unfallversicherung und Regelung der Wohnungsfrage.

Das auf dem Debenter Parteitag beschlossene marxistische Wochenblatt, das als Beilage von „Het Volk“ gegeben werden soll, wird, einem Beschluß des Parteivorstandes zufolge, am 1. April zum ersten Male erscheinen.

Leider beginnt „Het Volk“ einen Kampf mit bergriffenen Waffen gegen die ausgetretenen Marxisten. Das Zentralorgan der S. D. A. P. gibt wöchentlich eine humoristische Zeitschrift, den Roten Kraker. Dessen letzte Nummer enthält folgendes Bild: Ein grinsender, fettleibiger Bourgeois, den Kapitalismus darstellend, schwingt in jeder Hand einen riesigen Holzäbel. Auf dem einen ist ein gekrümmter Säugling abgebildet, das Baby der Königin Wilhelmina darstellend, das in Arztsgehörten werden soll und mit dem die bürgerlichen Parteien in der Wahlkampagne als mit einem Mittel, die „patriotische“ Begeisterung des Volkes anzufeuern, operieren. Der andere Äbel zeigt das Titelbild der „Tribüne“, die mit dem Kopf ihres Redakteurs Wynkoop geschmückt ist. Das ganze ist überschrieben: Die Waffen des Kapitalismus. So werden also die ausgetretenen Marxisten als Handlanger des Kapitalismus vor den Lesern von „Het Volk“ verdächtigt, auf eine Stufe mit Gelsen und ähnlichem Gefindel gestellt! Wir können es verstehen, wenn in dem Kampf zwischen den beiden Parteigruppen scharf zugefaßt wird, das ist nach solchen Trennungen erfahrungsgemäß nicht zu vermeiden, so bedauerlich es auch für die Arbeiterbewegung ist. Aber verlangen kann man, daß die „Het Volk“-Redaktion die christliche Ueberzeugung der Ausgetretenen nicht antastet oder wenigstens nicht Darstellungen gibt, die in der Öffentlichkeit zum mindesten die Deutung herbeizuführen müssen, die Ehrlichkeit der Marxisten solle bestritten werden! Die S. D. A. P. wird durch solche Kampfweise, wie sie in diesem Falle besteht worden ist, nur ein Gefühl des Mißbehagens in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie erregen und den Verdacht, daß sie keine guten Waffen gegen die Ausgetretenen hat.

Soziales.

Bedenkliche Wege der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Zu unseren gestrigen Ausführungen über die Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erhalten wir von dem Generalsekretär, Herrn Professor Blaschko, die nachfolgende Zuschrift:

„Sehr geehrte Redaktion!

Ueber unsere am Sonntag abgehaltene Generalversammlung bringen Sie in Ihrer Nummer vom Dienstag, den 2. März, einen Bericht und knüpfen daran einige obfällige Bemerkungen. Diese Bemerkungen waren vollst. berechtigt, wenn der Bericht selber richtig wäre. Er ist aber nicht nur im ganzen völlig unzutreffend, er gibt auch in vielen Einzelheiten gerade das Gegenteil des Gesagten wieder. So habe ich u. a. in meinem Jahresbericht die Maßnahmen der kaiserlichen Regierung gegenüber den Auspfluchwörtern nicht den übrigen deutschen Regierungen zur Nachahmung empfohlen, sondern ausdrücklich meine Bedenken gegen dieses rigorose Vorgehen hervorgehoben. Weiterhin läßt mich der Bericht in der Diskussion von Dingen reden, die ich weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach überhaupt berührt habe! Und so ist der Inhalt fast aller anderen Diskussionsredner falsch wiedergegeben. Daß in einer freien Diskussionsgesellschaft wie die unsere ist, sich auch einmal ein Diskussionsredner für die Lokalisierung der Prostitution erwärmt, kann schon vorkommen. Das besagt aber nicht das Mindeste über die Stellung der Gesellschaft zu dieser außerordentlich schwierigen und strittigen Frage. Dabei ist das, was den Hauptinhalt der Verhandlungen ausmachte, in dem Bericht überhaupt nicht wiedergegeben: Fast alle Redner nämlich stellten sich einmütig auf den Boden des reformfreundlichen Ministerialektles von 1907 (der nebenbei bemerkt, sich sehr energisch gegen die Bordenlieferung ausspricht); übereinstimmend wurde festgestellt, daß dieser Erlass mit verschwindenden Ausnahmen nirgends zur Ausführung gelangt sei und daß an diesem Mißerfolge ausschließlich der passive und leider auch der aktive Widerstand der ausführenden Polizeibehörden schuld sei.

Sie werden zugeben, daß die Vorwürfe, welche Sie in dem Bericht unserer Gesellschaft machen, hiernach nicht mehr aufrecht zu erhalten sind.

H. Blaschko.

Unser Bericht war der als zuverlässig bekannten Friedländerischen Korrespondenz entnommen. So bedauerlich es ist, daß dieser Bericht diesmal nach der Zuschrift Unrichtigkeiten aufweist, so erfreulich ist es für uns, daß die Darlegungen, gegen die wir uns sachlich wenden mußten, der Auffassung der Mehrheit der Gesellschaft und ihres Generalsekretärs nicht entspricht und deshalb die von uns gegen neue Wege, welche die Gesellschaft zu wandeln schien, erhobenen Befürchtungen grundlos sind.

Wichtiger Grund zur Vertragsauflösung.

Der Kürschner K. klagt gegen die Firma Jacob u. Bräutigam auf Herausgabe der ihr beim Antritt übergebenen Zeugnisse bezw. 900 M. Schadenersatz. Die Beklagte hat Widerklage auf Zahlung von 500 M. Schadenersatz wegen Kontraktbruch erhoben. Kläger war vom 23. November 1908 bis 13. Februar d. J. im Betriebe der Beklagten tätig. Der Vertrag war aber bis zum 31. Dezember dieses Jahres abgeschlossen. Kläger hat vorzeitig aufgehört, weil ihm seine Arbeit fortgesetzt bemängelt worden und ihm der Betrieb zu schmutzig und unordentlich war. Durch Zeugen wird bestätigt, daß die Betriebsräume während der Saison nicht regelmäßig gekehrt und aufgewischt wurden. Die Beklagte vermehrte ihren Schadenersatzanspruch, weil sie den angeblich erwachsenen Schaden nicht nachweisen konnte und fordert nun auf Grund des § 124b der Gewerbeordnung für eine Woche den ortsüblichen durchschnittlichen Tagelohn als Schadenersatz.

Das Gericht verurteilt die Beklagte zur Herausgabe der in ihrem Besitz befindlichen dem Kläger gehörenden Zeugnisse; denn diese sind der Beklagten vom Kläger freiwillig übergeben worden, ohne daß die Uebergabe derselben zur Bedingung für das Zustandekommen des Vertragsverhältnisses gemacht worden war. Es besteht deshalb nur ein Betwahrungsvertrag. Die Beklagte kann auf Grund des § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Zurückbehaltungsrecht hieran nicht geltend machen. Der Widerklage wurde verurteilt, an die Widerklägerin 20,30 M. zu zahlen. In der Begründung hieß es, für ein Recht zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses komme, da das Arbeitsverhältnis auf über ein Jahr abgeschlossen worden ist, der § 124a zur Anwendung. Danach ist der Kläger bezw. Widerklage zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die vom Kläger angeführten Gründe habe aber das Gericht nicht als so außerordentlich wichtig erachtet, daß sie zur sofortigen Auflösung berechtigen. Deshalb mußte die Verurteilung erfolgen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Bei der Berechnung des Schadens hat das Gericht offensichtlich irrtümlich dem Beklagten 200 M. zu viel zugewilligt; die Arbeitswoche bestand nicht in 7, sondern in 6 Tagen.

Vorstandsitzung des Deutschen Städtetages.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner (Berlin) trat am Montag der Vorstand des Deutschen Städtetages zu einer Sitzung zusammen, der u. a. die Oberbürgermeister Beutler (Dresden), v. Berlich (München), Bender (Breslau), Wilm (Potsdam), v. Schuch (Münster), Wollraf (Möln), Stadtrat Kamslau (Berlin), Stadtverordnetenvorsteher Michalek (Berlin) beizwohnten. Der Vorstand beschloß nach längerer Debatte, gegen den dem Reichstages unterbreiteten Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitskammern Stellung zu nehmen und zwar besonders mit Rücksicht auf die durch das Gesetz den Städten auferlegten Kosten. Ferner protestierte der Vorstand des Deutschen Städtetages gegen den Beschluß des Reichstages, den Militärämtern die Militärdienstzeit voll anzurechnen.

Ankauf der Lübecker Straßenbahn.

Nachdem die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft ihre Forderungen für ihren Lübecker Betrieb von 3 850 000 M. auf 3 600 000 M. ermäßigt hat, beschloß am Montag die Lübecker Bürgerschaft in geheimer Sitzung mit 84 gegen 14 Stimmen den Ankauf der Bahn für die genannte Summe.

Die Krankenlistenwahl in Köln-Rippes

fand gestern statt. Die Ortskrankenkasse Köln-Rippes war die einzige im ganzen Kölner Bezirk, die sich noch in den Händen der sogenannten Christlichen befand. Vor einigen Wochen gelang es den freien Gewerkschaften, die Kasse mit 56 Stimmen Mehrheit zu erobern. Darauf suchten die Zentrumschriften die Wahl an mit der Begründung, die Frist zwischen Ausschreibung und Wahl sei um einen Tag zu kurz gewesen, obwohl die Christlichen, die ja im Vorstand saßen, die Wahl selbst angeschrieben hatten. Die Wahl wurde in der Tat für ungültig erklärt. Am Montag nun haben die Mitglieder der Kasse in ihrer großen Mehrheit den Zentrumsleuten die Antwort gegeben: Die 102 Vertreter der freien Gewerkschaften wurden mit 706 gegen 685 „Christliche“ Stimmen abermals gewählt. Die Mehrheit liegt also auf 111 Stimmen. Im heiligen Köln sind demnach die Zentrums-gewerkschaften aus sämtlichen Krankenkassen hinausgewählt worden.

Das Koalitionsrecht der Schulleute.

Vor einiger Zeit nahm das Nürnberger Gemeindefolgeium einen Antrag der Sozialdemokratie an, worin der Magistrat ersucht wurde, den Schulleuten uneingeschränktes Koalitionsrecht zu gewähren, und entgegenstehende Beschlüsse aufzuheben. Der Antrag war dadurch veranlaßt, daß der Magistrat den Schulleuten die Zugehörigkeit zu einem früher bestandenen Schullehrerverein verboten hatte, als der Verein sich einem bayerischen Landesverbande anschließen und wirtschaftliche Fragen erörtern wollte. Auf den Antrag der Sozialdemokraten hin hat der Magistrat endlich seinen ablehnenden Standpunkt aufgegeben. Dem städtischen Bediensteten-Ausschuß wurde eröffnet, daß der Gründung eines Vereins der Schulleute nunmehr nichts mehr im Wege stünde.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht in Oesterreich.

In Oesterreich haben die Gemeindefrauen zahlenden Frauen ein indirektes Wahlrecht, d. h. sie können einem Wähler eine Vollmacht ausstellen, der dann für sie wählt. Die Frauen verlangen nicht nur das Wahlrecht zu den Parlamenten und den Gemeinderäten, sondern auch zu den gewerblichen Institutionen. Sie wollen überall dabei sein, wenn über ihre Interessen beraten wird. Die österreicherischen Arbeiterinnen besitzen das Wahlrecht zu den Krankenkassen. Sie können sowohl gewählt werden, als auch wählen. Leider ist die Zahl der weiblichen Delegierten in den Ausschüssen noch eine sehr kleine, trotzdem die Zahl der arbeitenden Frauen stetig zunimmt. Wenn in Oesterreich keine Erweiterung des Frauenwahlrechtes zu erreichen ist, trägt die Indolenz der bürgerlichen Frauen viel dazu bei. Nur ein kleiner Kreis von Frauen bringt den Kämpfen um Gleichberechtigung Interesse entgegen. Seine Zahl ist viel zu klein, als daß sie heute, wo nur die Masse etwas erreichen kann, eine weitgehendere Wirkung ausüben könnte. Es fehlt an einer zielbewußten Agitation und an einem wirkungsvollen Programm. Die Durchschnittsbildung der bürgerlichen Frau steht in Oesterreich auf einem tieferen Niveau als in den anderen Staaten, wo die Mädchen oft vernünftiger erzogen werden. Die Arbeiterinnen stehen in Oesterreich als die einzigen Kämpferinnen für Frauenrechte allein.

Lescabende.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, den 4. März, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, linker Seitenflügel III, Saal der Handels- und Transportarbeiter.

Gerichts-Zeitung.

Die Autorität eines prügelnden Pädagogen

findet bei den Schulbehörden wie bei den Gerichten jeden nur möglichen Schutz. Auch dem Gemeindefolgeium Adolf Neumann II von der 43. Knaben-Gemeindefchule (Grünhaldler Straße), der im Juni v. J. einen zwölfjährigen Schüler Kramer allzu eifrig geprügelt hatte und dann von der erregten Mutter beschimpft worden sein sollte, ist der Schutz nicht versagt worden. Kramer, der geimpft worden war, hatte am Tage der Kontrollierung des Impferfolges — am 8. Juni — sich etwas verspätet, war aber immer noch zeitig genug bei dem Impfsarzt im Schulhause an der Kristiania-Straße eingetroffen, so daß dieser ihn noch bejähigte und ihm den Impfschein ausshändigen konnte. Als am anderen Tage ein Lehrer dem Rektor Neumann irrtümlich meldete, Kr. sei bei der Impfskontrolle ausgeblieben, langte der Herr Rektor sich den Jungen heraus und strafte ihn nachdrücklich ab. Am nächsten Tage ging die Mutter zum Rektor, um ihm Vorhaltungen zu machen. Da er ihr in einer sie verletzenden Weise entgegnet, so kam es zu einem erregten Wortwechsel, und schließlich soll Frau Kr. ihm im Weggehen eine beleidigende Aeußerung zugerufen haben. Wegen dieser Aeußerung stellte die Schuldeputation, an die der Herr Rektor berichtete, Strafantrag gegen Frau Kramer. Von den Schöffen des Amtsgerichts Berlin-Weßing wurde darauf über die noch völlig unbescholtene Frau eine Gefängnisstrafe von 5 Tagen verhängt.

Frau Kr. legte gegen dieses harte Urteil Verurteilung ein und stand nun gestern vor dem Landgericht III (Strafkammer 2). Es war dafür gesorgt worden, daß jene Prügelstrafe des Rektors Neumann diesmal etwas gründlicher geprügelt wurde. Die Angeklagte wiederholte die frühere Schilderung, daß ihr Sohn, obwohl er zur Impfskontrolle gegangen war, vom Rektor K. schwer geprügelt worden sei, und daß der Junge ihr erzählt habe, Herr K. habe ihn „Quack“ geschimpft und ihn sogar mit dem Fuß gestossen. Ueber alles das habe sie sich sehr aufgeregt, und am anderen Tage habe sie den Rektor nach dem Grund der harten Bestrafung fragen wollen. K. aber habe ihr sofort gesagt, nun wundert er sich nicht mehr, daß der Junge so sei, sie sei ja ebenso. Das habe sie wieder erregt, und da habe sie ihn dann einen großen Flaps genannt. Hier hielt der Vorsitzende ihr vor, daß sie vor dem Amts-

gericht überhaupt beschimpft habe, geschimpft zu haben. Sie erwiderte, dort sei sie gar nicht dazu gelangt, sich richtig auszusprechen. In der Tat hat selten eine Angeklagte sich so wehr- und hilflos verhalten lassen, wie in jener Verhandlung Frau Kr., die damals dem Gericht nicht einmal das ärztliche Attest über die Wirkungen des Neumannschen Rohrstoßes vorlegte. In der Verhandlung vor dem Landgericht wurde auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld, der der Angeklagten gestern als Verteidiger zur Seite stand, das Attest vorgelesen. Es ist an dem auf die Abfassung des Jungen folgenden Tage ausgefertigt worden und gibt eine Vorstellung davon, wie der Herr Rektor darauflos gehauen haben muß. Beschrieben werden zahlreiche Striemen; Hautverfärbungen usw., die der Arzt auf dem geimpften Oberarm, auf dem Unterarm, auf beiden Schultern, auf dem Rücken, auf einem Oberschenkel, am Kniegelenk, auf der Wade, am Fußgelenk vorfand. „Man kann“, schreibt der Arzt, „heute noch von der Haut die Schläge ablesen, ich zähle mindestens fünfzehn.“ Eine der vier Impfstellen liege „inmitten einer fünfmarktdicken blaugelben Verfarbung der Haut“, und eine Wade zeige „eine Durchtrennung der Haut, in der Länge 1 1/2 Zentimeter, in der Breite 1/2 Zentimeter“. Das Attest spricht schließlich noch von einer Beule am Kopf und von Schmerzen in der Bauchgegend.

In der Verweiserhebung wurde vom Fortbildungsschuldirektor Frauendienst, der sein Bureau im Gemeindefchulhause an der Grünhaldler Straße hat, bezeugt, er habe Frau Kr. aufgesetzt vom Rektor herunterkommen sehen und habe dann durch ein Fenster den Ruf „ganz großer Schuft“ gehört. Er erzählte dem Gericht auch, wie K. die Prügelstrafe ihm dargelegt habe. K. habe dem Jungen nur „ein paar Hiebe“ gegeben. Daß es fünfzehn gewesen seien, das sei — so behauptete Herr Frauendienst, der nicht dabei gewesen war — „einfach ausgefloschen“. Rektor Neumanns Zeugenaussage war diesmal ausführlicher als vor dem Amtsgericht. Damals hatte er nicht erwähnt, daß Kr. doch noch zur Impfskontrolle gekommen war; gestern betundete er es selber. Er gab sogar an, nach vollzogener Abstrafung habe der Junge es ihm gesagt. Somit wurde durch seine Aussage festgestellt, daß er gestraft hatte, ohne vorher die Sache hinreichend untersucht zu haben. Herr K. vertrat allerdings die Ansicht, der Junge habe sich eben schon durch die Bestrafung strafbar gemacht. Im übrigen sei er ohnedies ein Taugenichts gewesen, habe doch die Mutter selber ihm mal über Verfehlungen berichtet, die er sich außerhalb der Schule habe zu schulden kommen lassen. Auch habe er an jenem Tage nicht dem Befehl Folge geleistet, sich zu büßen und sich prügeln zu lassen, da habe er „also sich widersetzlich gezeigt“. Der Junge habe nach dem ersten Schlag sich auf die Dielen geworfen, darauf habe K. ihn „geprügelt, wie er's verdiente“, doch habe er nicht an den Kopf geschlagen und nicht mit dem Fuß gestossen. Am folgenden Tage habe K. der sich beschwerenden Mutter gesagt, nun wundert er sich nicht mehr, daß der Junge so sei. Schließlich habe Frau Kr. wogehend ihn in heftiger Erregung einen „ganz großen Schuft“ genannt. Der Verteidiger nötigte den Zeugen Rektor Neumann zu dem Bekenntnis, daß nach den geltenden Bestimmungen nicht auf Arme oder Beine geschlagen werden dürfe. K. entschuldigte sich, er habe das nicht gewollt, aber was sollte er machen, wenn der Junge sich nicht willig prügeln lasse, er als Rektor könne doch nicht so aus der Klasse wieder hinausgehen, dadurch würde er seine Autorität untergraben. Dieser Meinung war wohl auch die Schuldeputation, als sie in einem Bescheid, den Herr K. dem Gericht vorwies, die Leistung seines Rohrstoßes für gerechtfertigt mit Rücksicht auf das Verhalten des Knaben erklärte. Wie diese Erziehungsmethode von Unbefangenen beurteilt wird, das erfah man aus der Aussage einer Zeugin Frau Schmidt. Ihr sei der Zeuge sofort nach der Heimkehr aus der Schule geprügelt worden, er habe an der Wade eine blutende Wunde gehabt und sich überhaupt in einem Zustand befunden, daß ihr bei dem Anblick „ganz schlecht geworden“ sei.

Der Verteidiger beantragte, die Angeklagte freizusprechen oder, falls die Verurteilung als erwiefen angesehen werde, die Freiheitsstrafe in die geringst zulässige Geldstrafe umzuwandeln. Da der Junge die Kontrolle nicht versäumt hatte, so sei die Züchtigung unbedeutend gewesen. Die Weigerung, eine unbedeutende Strafe hinzunehmen, könne doch nicht als Widersetzlichkeit aufgefaßt werden. Rektor K. habe jetzt selber zugeben müssen, daß er das Maß des Erlaubten überschritten habe. Aus dem Attest sei zu schließen, daß er blinzwütig darauf losgeschlagen habe. Mit Recht habe die Mutter sich hierüber aufgeregt, wie wenn ihr selber diese Behandlung widerfahren sei. Das harte Urteil des Amtsgerichtes, fünf Tage Gefängnis für eine noch unbescholtene Frau, könne nicht aufrechterhalten werden. Der Staatsanwalt war anderer Meinung. Rektor K. sei berechtigt gewesen, den Jungen gehörig zu züchtigen, er habe angesichts der ganzen Klasse geradezu „in der Notwehr gehandelt“, um sein Ansehen nicht untergraben zu lassen. Frau Kramers Erregung sei unbegründet gewesen, sie habe die Strafe verdient. Der Verteidiger belohnte noch einmal, für die Frage der Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes seien die geltenden Bestimmungen maßgebend, nicht die Ansicht des prügelnden Pädagogen.

Das Urteil umging diese Frage. Es erkannte jedoch an, daß die Angeklagte eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes annehmen und daher erregt sein konnte. Mit Rücksicht hierauf wurde die Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe von 30 M. umgewandelt.

Eine Anklage wegen Kindesraubes

fürhte gestern die Schauspielerin Frau Elise Kopsch vor den Strafgericht. Wegen Beihilfe war die Rentiere Olga Köstler, die Mutter der Frau K., vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III mitangeklagt. — Der Anklage lag ein heftiger Kampf um ein Kind zugrunde, welchen zwei getrennt lebende Ehegatten mit seltener Hartnäckigkeit geführt haben. Der Schauspieler Erich Kopsch ging vor etwa drei Jahren mit seiner jetzt unter Anklage stehenden Ehefrau die Ehe ein, die ursprünglich auch glücklich war. Schon im Jahre 1907 kam es zu Differenzen, die zu einer Ehescheidungsfrage führten. Die Angeklagte behauptet, von ihrem Manne wiederholt in der schlimmsten Weise mißhandelt worden zu sein, auch habe er sie des Ehebruchs mit einem Zahnarzt beschuldigt und behauptet, daß der Ehe entproffene Töchterchen wäre nicht sein Kind. Der Ehemann wiederum behauptete, daß seine Frau hinter seinem Rücken Schanden gemacht habe, die ihn völlig ruiniert hätten. Es kam zu einer Trennung und der Ehemann erwirkte durch eine einstweilige Verfügung, daß ihm das Erziehungsrecht des Kindes zugesprochen wurde. Alle Ermittlungen nach dem Aufenthaltsort des Kindes blieben jedoch fruchtlos. Er erzielte sodann ein vollstreckbares Urteil auf Herausgabe des Kindes und nahm in Begleitung eines Gerichtsvollziehers förmliche Hausdurchsuchungen vor. Als alles nichts fruchtete, erhaltete er gegen seine Ehefrau Anzeige wegen Kindesraubes. Seine Schwiegermutter sollte sich hierbei der Beihilfe schuldig gemacht haben, da sie jede Auskunft über den Verbleib des Kindes verweigerte. Das Kind wurde schließlich in Nürnberg erbeutet, wo es von der Angeklagten in Pflege gegeben worden war. Der Staatsanwalt hielt die Ehefrau K. des Kindesraubes für überführt und beantragte drei Tage Gefängnis, gegen die Frau K. die Freisprechung. Justizrat Dr. Stern beantragte die Freisprechung, da die Ehefrau erst nach ihrer Uebersiedelung nach Nürnberg Kenntnis davon erhalten habe, daß sie zur Herausgabe des Kindes verurteilt sei. Das Gericht schloß sich auch dem an und erkannte gegen beide Angeklagte auf Freisprechung.

Inseratenteil verantw.: Th. Ullrich, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Kreis-Generalversammlung des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland.

In Staaken wurde am Sonntag die Kreis-Generalversammlung abgehalten. Es waren nach der vom Kreisvorsitzenden, Genossen Paris-Belien...

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Agitation und Organisation“ referiert Genosse Schubert-Spandau. Er schildert die eigenartigen Verhältnisse des Kreises...

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft Anträge. Unter ihnen sei hervorgehoben der Antrag Bieser, der die Delegation zum Parteitag durch Urtwahl vorgezogen wissen will...

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Heute, Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Eckelkate, Thorsstr. 15a: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Darwinismus und Sozialismus...

Tempelhof. Heute Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wilhelmogarten“, Berliner Straße 9, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die herrschende Arbeitslosigkeit...

Berliner Nachrichten.

Großstadt-Gespensker.

Woher in aller Welt ich die seltsame Vorliebe für den Fauber der nächtlichen Großstadt habe! Liegt's am verschlossenen Temperament des Menschen...

zu zeichnen, ging ein gut Teil Urteilskraft verloren. Sie sahen nicht auch die Talmissie der glänzenden Weibliche mit dem Wilde Frau Verolinas oder — wollten sie nicht sehen.

Wie oft habe ich das mächtige Reich der Dame mit dem bären-geschmückten Wappennächtigeweile durchstreift. Nicht mit Effekthascherei, nicht auf der lästernen Jagd nach nächtlichen Sensationen...

Eigig wehte mir der Nachtwind um die Ohren. Eine Nacht war's, in die man nach landläufigem Worte keinen Hund hinausjagt. Und jetzt hatten es die weisheitsreichen Paradedörfer und Kettenhundebesser...

Ziellos und planlos wandere ich — nein, fliege ich durch die Straßen. Nur nicht viel denken, nur nicht sich quälen mit Selbstfoktern... Weiter, immer weiter. Jetzt bin ich am anderen Ende der Stadt...

... Und noch einmal, das letzte Mal, steigt über das Aufwallen der Wut die Vernunft. Es ist die Erkenntnis, daß in der Weltstadt mit all ihrem grauenhaften Elend viele Tausende gleich mir leiden...

Der gestrige Schneefall

erinnerte an den vor zwei Jahren, wo der gesamte Straßenbahn- und Omnibusverkehr zeitweilig ganz eingestellt werden mußte. Durch die enormen Schneemassen, die gestern unaufhörlich umherwirbelten...

Im der Schneemassen Herr zu werden und den Verkehr zu ermöglichen, arbeitet jetzt die städtische Straßenreinigung nach einem einheitlichen Plane mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft...

an den Kreuzungen, weil die Weichen infolge der Verstopfung durch Schnee und Eis nicht funktionierten. Ununterbrochen wurden große Mengen Salz gestreut; zentimeterweise wurde dieses zum Schmelzen...

Die zur Hilfeleistung benötigten Arbeitskräfte holt sich die Straßenreinigung aus den Ählen und Wärmehallen; außerdem werden aber auch Arbeitskräfte direkt in den einzelnen Depots angenommen. Diese Depots befinden sich an folgenden Stellen:

Die Beratungen des städtischen Stadtausschusses bieten nicht viel Ausbeute für die weitere Öffentlichkeit. Beim Arbeitsaus-eat wurde von sozialdemokratischer Seite wieder auf das Angehörige der Beschäftigung von Hauslingen im Rathaus hingewiesen...

Dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht sollen in Wäbe die allen Räume des Märkischen Museums zur Verfügung gestellt werden. Zur Sprache gebracht wurde auch, daß der Magistrat im Vorjahre es abgelehnt hatte, im Gegensatz zu vielen Vororten...

Beim Etat der Straßenreinigung beantragten die sozialdemokratischen Vertreter, den Mindestlohn von 3,75 auf 4 M. festzusetzen. Dieser Antrag fand aber weder beim Magistrat noch bei der Mehrheit des Ausschusses Gegenliebe...

Ueberzahlte Grundstücke.

In Pankreien ereigt es großes Aufsehen, daß für die Bedürfnisse der Provinz Brandenburg eine Reihe Grundstücke angekauft worden sind zu einem ganz ungewöhnlichen hohen Preise. Es handelt sich um die Kaufhäuser der Grundstücke Matthäikirchstraße 17...

In der Sitzung des Provinziallandtages für die Provinz Brandenburg am Montag kam diese ungeheure Ueberzahlung zur Sprache. Der Landesdirektor Freiherr v. Rantelhoff sowie der Landrat v. Dppen eruchten um nachträgliche Zustimmung. Der Ausschuß des Provinziallandtages suchte seinen Vorschlag zu rechtfertigen...

In der weiteren Debatte bezeichneten Kreisdeputierter v. Freier, Bürgermeister Wille-Reinholdsdorf, Bürgermeister Matting-Charlottenburg und Bürgermeister Berner-Kottbus die Freie als exorbitant; verschiedene Redner tadelten auch, daß der Ankauf abgelehnt habe ohne Genehmigung des Provinziallandtages...

Der Schrecken der Theaterbesucher, der seinen Schwundel an fast allen, auch den königlichen Theatern und den beiden Zirkussen betrieb, konnte endlich gestern Abend unendlich gemacht werden. Er verkaufte Guckweine auf Einladungen, die den Namen eines Journalisten Dr. Ringenberg trugen...

Kraft in die peinliche Lage, ihre Persönlichkeit in den Theaterbureaus feststellen lassen zu müssen, wenn sie die in gutem Glauben gekauften falschen Gutscheine an den Kassier vorlegten. Gestern wollte der freche Betrüger am Igl. Opernhaus einer Dame einen solchen Gutschein anfertigen. Diese wusste aber, daß gestern kein Verkauf im Igl. Opernhaus stattfand und war entschlossen genug, den aufdringlichen Schwindler der Polizei zu bezeichnen. Es handelt sich um den 28 Jahre alten, wegen Betruges und Urkundenfälschung mehrfach — auch mit Puchthaus — bestrafte Schneider Karl Jahnke. Er war noch im Besitz vieler Karten und Briefe, die noch nicht für die Theater ausgefüllt waren, vielmehr nur den mit einem zusammengehefteten Stempel aufgedruckten Namen „Dr. Klingenberg“ trugen. Diese Sachen will er in einem Café von dem großen Unbekannten erhalten haben. Jahnke wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Hungerrüstlerin Mlle Claire de Servat setzt die Kur bis jetzt mit Erfolg und bei guter Laune fort. Sie befindet sich in Parade V und steht unter der Behandlung des Prof. Stöcklin.

Aus der Selbstmordchronik. Der Ehefrau in den Tod gefolgt ist gestern abend um 8 1/2 Uhr der 34 Jahre alte Maler Hermann Rosinski aus der Kossigstraße 33. Vor 5 Jahren heiratete er seine um 6 Jahre jüngere Frau, die ihm zwei Kinder, einen jetzt 4jährigen Knaben und ein 1 1/2 Jahre altes Mädchen, schenkte. Die Ehefrau wurde vor 4 Monaten von einem Blutsturz befallen und starb vor drei Tagen in einer Lungenheilanstalt. Die beiden Kinder befinden sich in Pflege. Rosinski verdiente wenig und war in Schulden geraten. Er verzweifelte am Leben und jagte sich in die Welt liegend eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Auf einem Bettel nahm er Abschied von Verwandten. — In einem D-Zug erschossen hat sich gestern morgen der 35 Jahre alte Oberkellner Hermann Gädde aus der Rabenstr. G. hatte sich längere Zeit außerhalb aufgehhalten und war gestern mit dem kurz vor 8 Uhr aus dem Potsdamer Bahnhof eintrifftenden D-Zug wieder zurückgekehrt. Kurz vor der Einfahrt in die Bahnhofshalle gab er plötzlich einen fehlerhaften Revolverheraus und jagte sich zum Entsetzen der übrigen Fahrgäste in einem Abteil zweiter Klasse eine Kugel in die rechte Schläfe. Tödlich getroffen brach der Lebensmüde zusammen. Er wurde nach der Ankunft des Zuges auf dem Bahnhof sofort nach der nahen Rettungswache in der Köpferer Straße gebracht, starb aber bereits auf dem Wege dorthin. Bei der Leiche wurde ein Bettel vorgefunden, in dem G. mit kurzen Worten von seiner Braut Abschied nimmt. Andauernde Krankheit hatten G. zu der Verzweiflungstat veranlaßt. Die Leiche wurde in das Schauhaus eingeliefert.

Großfeuer auf dem Götlicher Güterbahnhof.

Ein gewaltiger Brand kam gestern nachmittag auf dem Götlicher Güterbahnhof zum Ausbruch und beschlagnahmte die Feuerwehre bis in die Nacht hinein. Das Feuer zerstörte ein großes Möbellager der Berliner Möbelmanufaktur Gebrüder Thonet, das in den angrenzenden Kellerräumen des Güterbahnhofs untergebracht war. In der zweiten Nachmittagsstunde bemerkten plötzlich Eisenbahnarbeiter, die auf dem Verladebahnhof beschäftigt waren, dichten Rauch aus dem Kellerbereich dringen. Wenige Augenblicke später schlugen auch schon helle Flammen aus den Kellereisenfenstern, so daß die Arbeiter schleunigst die Flucht ergreifen mußten. Mit unheimlicher Schnelligkeit griff das Feuer um sich und entzündete dabei eine berartige Verqualmung, daß bald das umliegende Terrain in dichten Rauch gehüllt war. Als der erste Löscharbeit der Feuerwehre anrückte, war auch die Götlicher Straße bereits mit unüberwindlichem Qualm angefüllt. Der Brandoffizier gab unerschrocken an alle Wachen der Feuerwehre die Anweisung „Großfeuer“, worauf in kurzer Aufeinanderfolge noch acht weitere Löscharbeiten am Brandplatz eintrafen. Auch Branddirektor Reidel war bald zur Stelle. Da angenommen wurde, daß bei dem Großfeuer auch Menschenleben in Gefahr sein könnten, wurden auch die drei nächstgelegenen Unfallstationen 3, 8 und 16, sowie die Wachen des Verbandes für erste Hilfe alarmiert. In kurzer Zeit waren mehrere Ärzte und Heilgehilfen und auch zwei Krankenwagen zur Stelle. Bei der enormen Verqualmung hielt es anfangs schwer, den eigentlichen Brandherd festzustellen. Man glaubte allgemein, daß das Feuer vom Keller auch einen Weg nach dem Schuppen selbst gefunden hätte. Erst als dem Rauch einigemmaßen Abzug verschafft worden war, stellte sich heraus, daß das Feuer nur in den Kellerräumen wütete. Von allen Seiten wurde unausgesetzt Wasser gegeben. Im ganzen waren 19 Schlauchleitungen gelegt. Trotz der ungeheuren Wassermengen, die in die Kellerräume geschleudert wurden, konnte das Feuer doch nur langsam zurückgedrängt werden. Die Flammen fanden immer neue Nahrung. Gegen 1/4 Uhr galt die Hauptgefahr für besetzt und ein Teil der erschöpften Mannschaften konnte entlassen werden. Die Kellerräume mit dem gesamten Möbellager sind ausgebrannt. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf über 50 000 M. Auch der Schaden für den Eisenbahnknoten ist nicht unbedeutend. Die Aufräumungsarbeiten hielten die Feuerwehre bis in die Nachtstunden hinein am Brandplatz fest.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Vermischt. Am 12. Oktober 1908 hat sich der Kapazier Paul Schild, am 9. Dezember 1887 zu Berlin geboren, aus seiner Wohnung in Weikensee, Heinersdorfer Straße 26, entfernt und wird seitdem vermisst. Er ist mittelgroß, hat volles dunkelbraunes Haar, hohe Stirn, graublau Augen, vollständige Zähne, frische Gesichtsfarbe, schlank Gestalt. Bekleidet war er mit dunkelblauem Jackett, gestreifter Hose, schwarzen Schuhen, schwarze dünne Strümpfe, hohen Stiefeln, weißes Hemd, brauner Krawatte, graubraunem Schlapphut. Er führt ein weißes Taschentuch gezeichnet P. S., sowie ein braunledernes Portemonnaie, in welchem sich eine Marke mit der Aufschrift „Hoff“ befindet, bei sich. Da bisher auch nicht das geringste über sein Verbleiben ermittelt ist, so wird vermutet, daß er sich das Leben genommen hat, irgendwo tot aufgefunden und als Unbekannter beerdigt worden ist. Personen, die über den Verbleib des Vermissten irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 312 IV 50 09 mitzuteilen.

Am 7. August v. J., nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, wurde auf der Chaussee bei Nischelsdorf, in der Nähe des Restaurants „Kaiserpark“, der Schüler Erich Grenz aus Spandau von einem Lastwagen überfahren und ist an den schweren Verletzungen gestorben. Der Wagen war mit Eisenblechen, die für den Brückenbau am Schöneberger bestimmt waren, geladen. Gleich, nachdem der Unfall passiert war, erschien an der Unfallstelle ein Droschkenautomobil, dessen Insassen dem verunglückten Knaben die erste Hilfe leisteten und ihn in dem Automobil in das Krankenhaus zu Spandau schafften. Der Führer des Automobils hielt mit demselben, als er zu der Fahrt nach Nischelsdorf engagiert wurde, am Bellealliance-Platz. Nach Beendigung der Fahrt wurden die Insassen nach der Lindenstr. 3 am Bellealliance-Platz zurückgebracht. Der Führer des Automobils, dessen Vernehmung von Wichtigkeit ist, wird ersucht, seine Adresse zu den Akten 691. IV. 58. 09 bei dem königlichen Polizeipräsidium einzureichen, oder sich im Präsidialgebäude, zwei Treppen, Zimmer 331, wochentags 9 bis 2 Uhr, einzufinden.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Brauerei von Döblich in der Bernauer Str. 14 zugetragen. Der dort bedienstete Sattler Rudolf Horte fiel von einem Bassin im Kesselraum so unglücklich, daß er zwischen das Bassin und die Außenwand des Gebäudes zu liegen kam. Da er von dem Brauereipersonal aus seiner gefährlichen Lage nicht befreit werden konnte, mußte die Feuerwehre alarmiert werden. Dieser gelang es, den Verunglückten hervorzuziehen. Horte, der einen Wund des rechten Unterschenkels erlitten hatte, wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Neber „Sternnuten“ bei den Indianern und Naturwissenschaftliches aus Kalifornien“ spricht Professorin Malvine Lampano aus Kalifornien am 23. Vortrag, und Beobachtungen

des „Vereins von Freunden der Trepow-Sternwarte“ am Mittwoch, den 3. März 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel der Trepow-Sternwarte (Restaurant Anape, vormals Jenner, Trepowstr. 21/22). Mit dem großen Fernrohr wird vor und nach dem Vortrage der Mond gezeigt. Damen und Herren haben zu dem Vortrage, der mit vielen Lichtbildern ausgestattet ist, als Gäste Zutritt.

Feuerwehrrichtungen. In der letzten Nacht kam in der Daldorfer Straße 14 Feuer aus. Die Dachkonstruktion, Schalbeden und anderes standen bei Anbruch des 16. Juges in Flammen, die aber bald gelöscht werden konnten. Durch Umfallen einer Petroleumlampe entzündet nachts in der Wilhelmshavener Str. 26 ein Brand, der auf seinen Herd beschränkt werden konnte. In der Kaiser-Wilhelm-Str. 15a brannten Möbel in einer Wäsche- und Wudower Straße 4 ein Schornstein. Um einem Kranken Hilfe zu leisten, wurden Samariter nach der Kopenikusstr. 18 entsandt. Leider vergeblich; als sie erschienen, war der Kranke schon tot und ein Arzt zur Stelle. Wegen einer Ueberstimmung durch Plagen eines Wasserrohrs erfolgte ein Alarm nach der Niederwallstr. 25. Ferner hatte die Feuerwehre in der Wrangelstraße und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Stadtd. Kütter (Soz.) darüber Beschwerde, daß der Magistrat noch nicht zu der in voriger Sitzung von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation betr. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit Stellung genommen hat. Es wäre Pflicht des Magistrats gewesen, der heutigen Versammlung Aufklärung zu geben. Bei jeder Gelegenheit habe man wohl viele Worte für die Arbeitslosen, aber an Taten lasse man alles vermissen.

Stadtd. Heppner (Unabh. Vereinig.) hält es nicht für ratsam, jetzt auf die Angelegenheit einzugehen.

Stadtd. Obst (Soz.) ist gegenwärtiger Ansicht, er hält es für notwendig, näher auf die Angelegenheit einzugehen.

Der Magistrat schweig sich jedoch aus und auch die anderen Fraktionen hielten es nicht für nötig, zu der Angelegenheit das Wort zu nehmen.

Eine Vorlage des Magistrats betr. die Ordnung für die Erhebung direkter Gemeindesteuern in Schöneberg wird nach kurzer Debatte mit einem vom Stadtd. Mollenbush (Soz.) gestellten Änderungsantrag angenommen.

Darauf ging die Versammlung zur Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats über.

Unverändert genehmigt wird der Etat der Desinfektionsanstalt (Einnahmen 870 M., Ausgaben 17 450 M.), der Friedhofsetat (Einnahmen 105 193 M., Ausgaben 81 298 M.), der Etat der Hochbauverwaltung (Einnahmen 1100 M., Ausgaben 45 700 M.), der Grundstückssetat (Einnahmen 20 750 M., Ausgaben 11 158 M.) und der Etat der Fortbildungsschule (Einnahmen 9170 M., Ausgaben 40 942 M.). Gleichzeitig wird der Magistrat um eine Vorlage wegen Errichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule für Mädchen ersucht.

Größere Auseinandersetzungen brachte der Etat für Wohnfahrtspleger. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Beitrag für die Schöneberger Volksschule von 750 auf 1000 M. zu erhöhen, wird abgelehnt.

Stadtd. Salinger (lib. Frakt.) beantragte, den Beitrag an die Unfallstationen zu streichen. Stadtd. Dr. Friedemann (lib. Frakt.) schließt sich dem an. Er hält die Unfallstationen für Erwerbsgesellschaften, die als Rentenquerschnen dienen. Stadtd. Magnan (Soz.) ist der Meinung, daß die Unfallstationen keinen Einfluss auf die Festsetzung der Unfallrente haben. Den Beitrag an die Unfallstationen ganz zu streichen halte er nicht für richtig. Jedoch muß verlangt werden, daß der Stadt Schöneberg ein Aufsichtsrat eingeräumt wird. — Die Streichung des Beitrages wird darauf abgelehnt.

Der Beitrag zu den Ferienausflügen des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins Schöneberg wird auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von 800 auf 1200 M. erhöht.

Dem für innere Einrichtung eines zweiten Pavillons in Sternberg eingebrachten Betrage von 15 000 M. wird von Stadtd. Heppner (Unabh. Vereinig.) entgegengetreten. Zur Bekämpfung der Tuberkulose müsse seiner Meinung nach jeder nach seinen Kräften beitragen. Schöneberg habe aber für diese Zwecke schon sehr beträchtliche Summen ausgegeben, die in keinem Vergleich zu den Aufwendungen anderer Städte stehen. Die Nützlichkeit ist ja eine ganz gute Sache, aber sie muß sich auch in den richtigen Grenzen halten. Die seltsamen Weltaufwendungen sind um so auffälliger, als Schöneberg die niedrigsten Sterblichkeitsziffern aufzuweisen hat. Redner beantragt, die Angelegenheit nochmals an den Staatsauschuss zurückzuverweisen.

Stadtd. Kütter (Soz.) ersucht, dieser Zurückverweisung nicht zuzustimmen, sondern die geforderte Summe zu bewilligen. Schöneberg gibt immer noch verhältnismäßig wenig zur Bekämpfung der Tuberkulose aus. Selbst zugegeben, daß Schöneberg die niedrigsten Sterblichkeitsziffern aufzuweisen hat, so müsse man sich doch fragen, ob nicht gerade die gemachten Aufwendungen dazu beitragen. Die Anstalt in Sternberg kann auch gar nicht alle sich Meldenden aufnehmen; ein Beweis, daß die Notwendigkeit der Ausgaben vorhanden ist.

Stadtd. Rober (lib. Frakt.) ist derselben Anschauung wie der Vorredner. Wenn die Angelegenheit nochmals an den Staatsauschuss zurückverwiesen wird, so kann die in Aussicht genommene Eröffnung am 1. April nicht erfolgen.

Stadtd. Magnan (Soz.) weist darauf hin, daß die tuberkulösen Krankheiten ansteckend sind. Die Aufwendungen zur Bekämpfung dieser Krankheiten verfolgen auch den Zweck, sich selbst und andere davor zu schützen. Daher kann bei diesen Ausgaben von einer Nützlichkeit nicht die Rede sein. Pflicht der Gemeinden ist es, in dieser Beziehung so viel als möglich zu tun.

Auch Stadtd. Linicus (Unabh. Vereinig.) kann sich nicht der Ansicht des Stadtdirektors Heppner anschließen. Redner wünscht nur, daß sich die städtischen Körperschaften mehr Eindrücke in die Verhältnisse des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose verschaffen.

Der Stadtd. Heppner zieht hierauf seinen Widerspruch zurück, worauf die geforderte Summe bewilligt wird. Jedoch wird der Magistrat ersucht, einen ziffernmäßigen Nachweis vorzulegen, welche Beiträge andere Städte von der Größe Schönebergs sowie die Vororte von Berlin für die Bekämpfung der Tuberkulose aufwenden. Weiter wird der Magistrat um eine Vorlage wegen Einrichtung einer Schulambulanz ersucht. Der gesamte Etat für die Volkshauspflege schließt demnach ab mit einer Einnahme von 5820 M. und einer Ausgabe von 154 063 M.

Der Etat des städtischen Arbeitsnachweises (Einnahmen 4210 M., Ausgaben 18 530 M.) wird unverändert angenommen.

Der bereits in der vorigen Sitzung eingebrachte Antrag, zur Widerung der in der Altmorl durch die Heberhewernung verursachten Not einen Beitrag aus städtischen Mitteln zu bewilligen, wird einstimmig angenommen, mit dem Zusatzantrag, auch das Lahngebiet zu berücksichtigen.

Einstimmig angenommen wird auch der Antrag, worin der Magistrat ersucht wird, gegen die beschlossene Erhöhung der Telephongebühren als eine einseitige Mehrbelastung der städtischen Bevölkerung an zuständiger Stelle energischen Protest einzulegen.

Die Versammlung nahm dann noch davon Kenntnis, daß der Stadtd. Menging (lib. Vereinig.) sein Mandat niedergelegt hat.

Charlottenburg.

Durch elektrischen Strom geölt wurde gestern nachmittag der 20 Jahre alte Tischlermeister aus der Wilmersstr. 51, der bei

der elektrischen Ziegeltransporthausgesellschaft angestellt war. Ein Steinlohn, der im Eise festgelegt und vor drei Tagen die Ladestelle am Luisenpark erreicht hatte, wurde dort entladen. Die Steine wurden mittels des städtischen elektrischen Kranes, den O. Bedients, aus dem Wagen gehoben. Der Maschinist hatte einen Holzstiel durch den Kran auf die Rille niedergelassen und sollte die Hebel einschalten, um einen gefüllten Steinlasten nach dem Wagen zu transportieren. Da dies nicht geschah und Wiese auch die Kurve leitend der Arbeiter unbeachtet ließ, so begaben sich mehrere derselben nach der Kranplatte, wo sie den Maschinisten neben dem Umschaltkegel leblos aufgefunden. O. wurde nach der Unfallstation in der Berliner Straße gebracht, wo der Arzt nur noch den infolge elektrischen Stromes eingetretenen Tod des Mannes feststellen konnte. Es wird angenommen, daß Wiese bei einer unvorsichtigen Bewegung mit der Hand die Stromleitung berührt hat und dabei den augenblicklichen Tod fand.

Steglitz.

Die Gewerkschaftskommission nahm in einer außerordentlichen Sitzung einen Vortrag des Genossen Hoch über „Licht- und Schattenseiten der Tarifverträge“ entgegen. Der Referent legte in seinem Vortrag die Entstehung und das Wesen der Tarifverträge dar und bemerkte zum Schluß, daß, wenn die Arbeiter für genügende Auffklärung und starke gewerkschaftliche und politische Organisationen sorgen, dieselben dann auch ihre Mängel verlieren würden. Dem Referat folgte eine kurze Diskussion. Eine Besprechung zur Kaiserfeier wurde bis zur nächsten Sitzung mit den Wahlvereinsvorsitzenden von Steglitz, Friedenau, Lichterfelde und Lichterfelder Mariell zwecks Zusammenarbeitens vertagt.

Die Tat eines irrsinnigen Studenten rief vorgestern nachmittag in der Schloßstraße großes Aufsehen hervor. Ein in der Schloßstraße 130 bei seinen Eltern wohnhafter Student der Medizin stürzte sich in einem Anfall von plötzlich ausbrechendem Jähzorn aus dem Fenster der im zweiten Stockwerk belegenen elterlichen Wohnung auf die Straße hinab. Passanten trugen den jungen Menschen nach der Wohnung hinauf und riefen einen Arzt herbei. Dieser veranlaßte die Ueberführung des schwerverletzten Lebensmüden nach der Charité.

Sichwalde.

In der von uns gebrachten Notiz über die Amtsenthebung des Gemeindeverwalters Beschorner teilt uns der stellvertretende Gemeindevorsteher Herr Lehmann folgendes mit: Der Gemeindevorsteher O. ist nicht seines Amtes entsetzt, sondern er hat, infolge der gegen ihn aus persönlicher Feindschaft erhobenen Beschuldigungen krank geworden, sein Amt zum 1. April er. freiwillig niedergelegt. Es ist falsch, daß O. schon einmal seines Amtes entsetzt war und von der Gemeindevertretung wieder gewählt wurde.

Vorsigwalde-Wittenau.

Die Jahresrechnung der Gemeinde- und Steuerkasse für 1907 ergab eine Einnahme von 2 292 597,50 M. und eine Ausgabe von 1 821 406,54 M. Bei der Vergütung von Arbeiten zur Herstellung einer Kanalarbeitsanlage an dem Vorsigwalder Klüppel entspann sich eine rege Debatte. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß circa 180 Arbeitslose am Orte vorhanden seien; die Gemeinde hätte die Pflicht, für Arbeitsbeschäftigung zu sorgen. Die Uebernahme eines Vertrages der Terraingesellschaft mit der Eisenbahndirektion, den Uebergang in der Hempelstraße betreffend, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Ferner machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß die Terraingesellschaft 3000 M. jährlich zuzahlt, dieselbe verpflichtete sich nur zu 700 M. Zur Aufwertung von Spezialplänen für die Kanalisation wurden 5000 M. bewilligt, es sollen zum Frühjahr 10-11 Kilometer Straßenzüge kanalisiert werden. Die Ausgaben hierfür betragen 800 000 M. Zu einer heftigen Debatte kam es bei dem Gehalt der Gemeindebeamten um Erhöhung der Monatsgehälter. Dem Antrage der Bürgerlichen, diese Angelegenheit in geheimer Sitzung zu beraten, traten unsere Genossen entgegen. Ein Antrag unserer Genossen um Einführung der Wertzuwachssteuer blieb trotz eingehender Begründung bei den Gegnern auf starken Widerspruch; die sonderbare Zusammenfassung unseres Vorparlamentes ließ etwas anderes auch nicht erwarten.

Wilmers.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins, welche sich hauptsächlich mit den bevorstehenden Gemeindevahlen beschäftigte, tagte am Donnerstag in den „Deutschen Festhallen“. Nachdem die Versammlung in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Genossen Buche geehrt hatte, referierte Genosse Demter-Waldmanns über: „Kommunalpolitik in Theorie und Praxis“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß hieran teilte der Vorsitzende Krohnberg mit, daß Genosse Gomoll sein Mandat als Gemeindevorsteher niedergelegt hat, da er die Absicht hat, in nächster Zeit den Ort zu verlassen. Die Versammlung stellte als Kandidaten für Gomoll den Genossen Hermann Föhnchen auf. Hierauf gab Genosse Kruhl eine interessante Schilderung über die Wahlsituation im bürgerlichen Lager und forderte die Genossen auf, die Zeit bis zur Wahl zur intensivsten Agitation zu benutzen. Genosse Lange betonte, daß, falls die Wahl durch die Manipulation der Gegner in einem geperrten Lokal stattfinden sollte, die Genossen es dem Wirt fällen lassen müssen, daß sie nur gezwungenerweise sein Lokal besuchen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Organisationen der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer je 30 M., der Maler 10 M., der Schneider 3 M., der Transportarbeiter 5 M. zur Bekämpfung der Wahlkosten an den Wahlverein abgeliefert haben. Des weiteren nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die Genossen Kreis und Hubert je ein Strafmandat über 3 M. erhalten haben, weil sie bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen an einem unerlaubten Aufzuge teilgenommen haben. Genosse Hubert hat außerdem noch eine freundliche Einladung zu einem Termin vor dem Volksanwalt Schöffensgericht erhalten, da er sich bei seiner Verhaftung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben soll. Mit der Aufforderung, das Wahlkomitee bei seinen Arbeiten tatkräftig zu unterstützen, schloß hierauf der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Die Vorbereitungen der bürgerlichen Parteien zur bevorstehenden Gemeindevorwahl für die zweite Klasse zeigen wieder recht heitere Momente. Bekanntlich sind in dieser Abteilung drei Vertreter zu wählen, da die bisherigen Vertreter Nielsen, Prillwitz und Darisch abgelöst sind. Von diesen drei Herren hat Herr Nielsen von vornherein auf eine Wiederwahl verzichtet, während die Herren Darisch und Prillwitz eine Kandidatur wieder annehmen würden. Die Aufstellung der Kandidaten ist nur aber bei den Bürgerlichen durchaus nicht eine so einfache Sache, denn im vorliegenden Falle sind es nicht weniger als neun Kandidaten, welche Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Vorschläge bei der Kandidatenaufstellung verlangen. Bestimmte Grundsätze werden natürlich von den einzelnen Vereinen von den zu Wählenden nicht verlangt, was bei der Prinzipienlosigkeit des Bürgerturns ja selbstverständlich ist, sondern die Aufstellung des einen oder anderen Kandidaten hängt einfach davon ab, ob er in der Lage ist, die Interessen des einen oder anderen Klüngels mit der nötigen Energie zu vertreten. Die bisher vorgeschlagenen Kandidaten sind die Gemeindevorsteher Prillwitz und Darisch (letzterer von Venus Eisendreher und als solcher Gemeindevorsteher der zweiten Abteilung), sowie Bezirkskassierer Reiß, Direktor Kohn von der höheren Mädchenschule, Rentier Philipp und ein Herr Walz von der demokratischen Vereinigung, welche letztere demnach beziehungsweise auch zu dem Block gehört; im ganzen sind also sechs Personen vorgeschlagen, während nur drei gebraucht werden. Um nun eine Vereinbarung über die Kandidatenaufstellung herbeizuführen, haben bereits verschiedene Delegiertenversammlungen der in Betracht kommenden Vereine stattgefunden, die aber bisher mit einem negativen Resultat endigten, da kein Verein von seinen Vorschlägen zurücktreten will. Es soll deshalb, wie wir hören, demnächst eine Wählerversammlung der zweiten Klasse stattfinden, in der man die Kandidatenfrage zu lösen gedenkt. Leider ist die Sozialdemokratie

Zirkus Schumann
 Mittwoch, 3. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
 Neu! Non!
!! Amerikanische Lynchjustiz !!
 Hr. Fred Rithlow wird gefesselt vom Pferde im Galopp geschleift, verkleidet und entseht während des Schleiens.
 Nur noch einige Tage:
Tiberio, brecher, hebt einen Elefanten!
Paet, der drohige als Kunstschaffner.
 Hr. Dora Schumann mit ihren Schülern und Springpferden.
Golo, der Seeräuber.
 Außerdem das neue Programm.

Bürgerliches Schauspielhaus
 Restanten-Allee 7-9.
 Heute Mittwoch:
 Abends 8 1/2 Uhr:
Der Salontiroler.
 Donnerstag: Der Militärstaat.
 Freitag: Der Schwabenstreich.

Gastspiel-Theater.
 8. Köpenickerstr. 68. 8.
 Zum 520. Male:
Sherlock Holmes

Parodie-Theater.
 Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel siegelt alles!
 oder: Der Bäckch in Rügen.
 vorher: Alles für's Kind! oder:
 Die Folgen eines Reudebans.
 Preise d. Plätze: 20, 40, 75 Pf., 1 Kr.

Folies Caprice
 Zum 83. Male:
Ein lediger Ehemann.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Ott. Blumenstr. 16.
 Mit d. größten Beifall aufgenommen!
Sprechtheater.
 Berliner Volkstheater mit Gesang.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Donnerstag Benefiz Udo Hurst.
 Sonnabend zum erstenmal: Der Vampyr von London.

Fröbels
Allerlei-Theater.
 Schönhauser Allee 148.
 Mittwoch, den 3. März 1909:
Die zwei Waisen.
 Schauspiel in 7 Bildern von W. Scherenberg.

Walhalla
Variété-Theater
 Weinbergsweg 19-20. Rosenthaler Tor.
 Anfang 8 1/2 Uhr: Die großen März-Spezialitäten.
 Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regimentskap. Theaterbes. hab. fr. Eintritt.

Stadt-Theater Moabit.
 Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
 Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192).
 Donnerstag, den 4. März 1909:
Börsenfieber.
 Aufsp. in 4 Akte v. Dr. B. v. Schmelzer.
 Anf. d. Vorst. 8. Aufführung 7 Uhr.
 Konzert 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung: Tanz.
 Sonntag, 7. März: Börsenfieber.
 Montag, den 8. März: Soiree der Lustigen Sängler.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72.
 Gänzlich neues Programm mit **Franz Sobanski**
 Lily Petta, Geni Grand, Hr. Koster, Olga Lischou, Bernhard Marx, Lola Gray, **The Johnstons** Equilibristischer Senken-Jongleur-Alt.
Siegel siegelt alles.
 Schwan mit Gesang von D. Richter.

Passage-Panoptikum.
 Zum ersten Mal in Berlin! die Amazonen-Königin mit ihrer **wilden Leibgarde**
Das blaue Weib, das Opfer unbarmherz. Tötation. Alles ohne Extra-Entree.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
 Mittwoch, 3. März 7 1/2 Uhr abds.:
Gala-Vorstellung.
Mr. Fox
 Die Entfesselung auf wildem Pferde.
 Die Bristores, Jongleure zu Pferde. — Die Schwestern Truzzi, Reitst. — Die Griech. Clown Pepino. — Ferner als Gast Herr Otto Schumann, Schreit. um ca. 9 Uhr: **Konsul Peter**. Reisch oder Witz?
 Um ca. 9 1/2 Uhr: **Auswanderer**. Orig. Stadtspiel. Fant. d. J. Busch. Vorher das große Gala-Programm.

Apollo Theater
 10 Uhr: **Alice Norton.**
 Dazu: Die neuen Spezialitäten u. a.: Humpst-Bumst! — ? Stuart? Donnerstag, den 4. März 1909:
Premiere:
Der junge Papa.
 Operette. Musik von Edmund Eshler.

Metropol-Theater
 Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — fadello!
 Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary — Perry Holden — Bender Giampietro — Kettner Pfann — Thielscher.

WINTERGARTEN
Robert Steidl.
Liane de Vriès.
 Stelling u. Rell, kom Reckturner. La Sypho, Tänzerin. [Akt. Charleneu Charlene, Musik-u. Jongl. Lillian Hoerlein, amerik. Sänglerin. Corradini, gemischt. Dressur-Akt: Zebras, Elefant, Pferd u. Hunde. The Banards, Luftakt. Colonel Borsdeverry, Kunstschütze. Beilonis dressierte Papageien etc. George Bonhair-Truppe, ikar. Spiele. Der Biograph, neueste Aufnahmen.

Passage-Theater.
 Berlin beherrbergt die sechs schönsten Mädchen der Erde!
The 6 Sisters Lorrison
 die englischen Schönheiten.
 Das großartige März-Programm!
Piloty von Kaulbach
Taiciano Franz Amon
 10 erstklassige Variété-Attraktionen.

Theater Variété Brillant
 (City-Passage)
 Dresdener Str. 52/3 Ansonst. 42/3
 Täglich: Kullreien von nur er-folgreichsten Spezialitäten bei gän-zlich freiem Entree, auch Sonntags, Sonnabend und Sonntag nach der Best. : Gr. Freitanz-Kinematograph.

Casino-Theater
 Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Das neue März-Programm!
Moto Boy — Reisch oder Witzstine?
 Das urkomische Lino's Duett.
 Neu! Woljernaht. Neu!
RuBland.
 Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Gebrüder Herrnfeld.
 Anfang Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
 Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
 Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Palast-Theater
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12 Seine Geliebte.
 Schwan in 1 Akt.
 Familienfanten, wochent. halbe Preise, überall gratis zu haben.

Sanssouci,
 Kottbuser Straße 6.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Elite-Soiree Tanzkränzh. von Hoffmanns Norddeutsch. Sängler
 Stets neues Soiree-Program.
 Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sängler.
 Zum Schluß:
Der Kompanieball.
 Militärische Humoreske von Moysel.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 U.

Gustav Behrens-Theater.
 Goltzstr. 9.
Gastspiel des Mr. Latouré
 mit seinem weltberühmten Szwergtheater: und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

Neue Welt
 Hasenheide 108-114.
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbierfest
 in den bayerischen Alpen.
 Einzig! Original! Unerreicht!
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.
 Voranzeige! Morgen Donnerstag: Elftag: Prämierung der „Herren, die auf großem Fuße leben.“
 3 Barpreise: 50 M., 30 M., 20 M.

Am 1. März verschied plötzlich am Herzschlag mein lieber Mann, unser guter lieber Vater, der Tischler 12645
Hermann Klose.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 4., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Emmaus-Gemeinde, Hermanns-hofer aus.

Grünau!
 Sonntag, den 7. März 1909:
großes Schlachtfest
 verbunden mit musikalischer Unterhaltung. Hierzu ladet alle Freunde und Bekannte bestens ein 2582*
Gustav Lindenhayn,
 Friedrichstr. 2. Telefon 17.

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
 Trauer-Magazin
 Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.
 Genaue Besichtigung meiner Firma u. Hausnummer geboten! *

Ziehung 18., 19., 20. März
Wohlfahrts-Geld-Lotterie
 zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
 Lose à 3.30 Porto u. Liste extra 30 Pfennig.
 I. Serie — 200 000 Lose.
 10187 Gewinne ohne Abzug Mark.
400000
75000
40000
30000
20000
10000
 Lose in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.
Lud. Müller & Co.,
 in Berlin C., Breitestr. 5.
 Telegr.-Adr. Gildsmüller.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
 Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Ausnahme-Angebot!
 Zu bedeutend herabgesetztem Preise geben wir an unsere Leser ab:
Anatolische Ausflüge.
 Türkische Reisebilder von G. Fischer von der Welt. Mit 47 Bildern u. 18 Karten. Statt 5 R. nur 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW.
 Lindenstr. 69, Laden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Paul Fippel** gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenfer-Gemeindekirchhofes in Nieder-Schönhausen-Kordend aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 112/13 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-u. Begräbnis-Verein der Schmiede u. verwandten Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Berlin III.
 Am Sonnabend, den 27. Februar verstarb das Mitglied **Paul Fippel.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Weihenfer-Gemeindekirchhofes, Norderd-Schönhausen-Kordend aus statt. 176/5
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Zahlstelle Weißensee.
 Nach langem, schwerem Leiden verschied am 1. März unser Mitglied, der Bergolber **Ferdinand Jeziorski.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhofe, Vahnhof Hermannstraße, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 89/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Wladimir Zdrakowitsch** am 1. v. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rosditer-Krankenhauses nach dem Russischen Friedhof aus in Tegel statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 112/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Otto Meinke** am 1. März gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 88/7 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den **2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
 Bezirk 150.
 Am 28. Februar 1909 verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unser Mitglied, der Bierfahrer **Karl Kundmüller.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Krankenhauses am Urban aus statt.
 210/10 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung Berlin 2.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege, der Bierfahrer **Karl Kundmüller** am Sonntag, den 28. v. M., im Alter von 31 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses nach dem Jacobi-Kirchhof, Hermannstraße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 66/1 Die Verwaltung 2.

Todes-Anzeige.
 Am 1. März verschied nach kurzem schwerem Leiden mein lieber Mann, der Karmorschleifer **Albert Huwe** im 44. Lebensjahre.
 Dies zeigt allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt an
Die trauernde Witwe.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenfer Friedhofes, Roldestraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Bezirk Weißensee.
 Den Genossen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder **Albert Huwe** und **Georg Knorn** verstorben sind.
 Ehre ihrem Andenken!
 Genosse **Huwe** wird am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Weihenfer-Gemeindekirchhofes, Roldestraße, aus beerdigt.
 Genosse **Knorn** am Mittwoch, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gochestr. 14, Weihenfer, nach dem Friedhof der Markus-Gemeinde in Hohen-Schönhausen.
 Alle Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.
 18/2 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin II.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser alter Kampfgenosse, der langjährige Weihenfer Bezirksleiter **Albert Huwe** am 1. b. M. an Bluterkrankung im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
 Wir werden ihn dauernd in Andenken halten.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenfer Friedhofes, Roldestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 171/8 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Kaufbruder **Albert Huwe** am 1. März verstorben ist.
 Beerdigung: Donnerstag 5 Uhr, Weihenfer Friedhof, Roldestraße.
Kauf-Klub „Alles rasch!“

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Gustav Rönberg** sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie den Genossen des 6. Bezirkes in Rixdorf, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Ehe- und den Kollegen von „Beta Arbeit“, dem Gesangverein „Gleiche Brüder“, und dem Eilatverein „Mit-Geißelberg“ meinen herzlichsten Dank. 19888
Wwe. Berta Rönberg
 nebst Eltern und Schwiegereltern.

Das müssen wir sehen!
 Hochelegante Frühjahrsmodelle 1909! teilweise schon für die **Hälfte des Wertes!**
 Kostüme! • Mäntel! • Jacketts!
 selbst für die stärksten Figuren vorrätig!
 Reisemuster! • Kopien!
 Einfache, gediegene, hochelegante Fassons!
 Die Bestände der **Herbst- und Winter-Saison** in noch überreicher Auswahl
Astrachan- und Plüsch-Konfektion
Paletots • Mäntel • Capes
Spezial-Konfektionshaus Westmann,
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a
 und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115
 Genaue Besichtigung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten.



Die sich jetzt bietende günstige Einkaufsgelegenheit darf nicht versäumt werden.

Verfassungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstagswahlkreis

fehlt in der am Montag in Kesslers Saal abgehaltenen Generalversammlung die Diskussion fort, welche am 23. Februar nicht zu Ende geführt werden konnte. Zur Diskussion standen die Berichte des Vorstandes und der Kommissionen. Jedoch wurde fast ausschließlich über die Klagen und Beschwerden gesprochen, welche Russial in der vorigen Versammlung gegen die Redaktion und gegen die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ erhoben hatte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Langhammer: Der „Vorwärts“-Bericht über die vorige Versammlung lasse ihn sagen, dass Russial habe dem Reichsverband in die Hände gearbeitet. — Das habe er nicht gesagt. Seine Ausführungen seien vielmehr dahingegangen: Durch die Artikel, welche Russial im „Korrespondent“ veröffentlichte, habe der Reichsverband indirekt Material gegen die Partei erhalten.

Durch Volksrufe aus der Versammlung wurde behauptet, Langhammer habe so gesagt, wie es im „Vorwärts“-Bericht steht. Auch Russial schloß sich dieser Behauptung an.

Der Vorsitzende Paul Hoffmann bemerkte: Russial habe in der vorigen Versammlung gesagt, ein gegen ihn gerichteter Ausschlußantrag sei vom Vorstande des Wahlvereins abgelehnt worden, deshalb sei ihm die Gelegenheit genommen, sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe zu rechtfertigen. — Hierzu erklärte er (Hoffmann): Der Ausschlußantrag sei abgelehnt, weil der Vorstand in dem Artikel, auf den sich der Antrag stützte, eine ehrlose Handlung nicht finden konnte. Es sei aber nicht richtig, daß dem Genossen Russial durch Ablehnung des Ausschlußantrages die Gelegenheit, sich zu rechtfertigen genommen sei, denn Russial hätte doch gegen den Beschluß des Vorstandes an die Generalversammlung appellieren können.

Hierauf begann die Diskussion.

Davidsohn trat der von Russial aufgestellten Behauptung entgegen, daß der Bericht des „Vorwärts“ über den Prozeß Rich. Fischer gegen die „Post“ nicht der Wahrheit entspreche. Der Redner berief sich darauf, daß Russini in der aus Anlaß des Prozesses abgehaltenen Wanderversammlung sich auf eine Äußerung Russials berufen konnte, der am Abend des Prozeßtages zu einem seiner Kollegen gesagt habe, der „Vorwärts“-Bericht entspreche den Tatsachen. In der vorigen Versammlung hatte Russial behauptet, er habe vor Gericht gesagt, er sei überzeugt, daß Fischer keine Samiergelder genommen habe, der „Vorwärts“-Bericht habe diese Äußerung aber nicht wiedergegeben. — Davidsohn verlas die betreffende Stelle des Berichts und stellte dadurch fest, daß die angegebene Äußerung Russials sogar zweimal in dem Bericht enthalten ist. Einmal hat er gesagt, daß er selber nicht an die Samiergelder glaube, und dann, daß auch unter dem gesamten Personal des „Vorwärts“ keiner ist, der daran glaube. Das steht auch ausdrücklich im Bericht des „Vorwärts“. Ferner verwies Davidsohn darauf, daß Russial, ehe der Bericht und der den Prozeß behandelnde Artikel im „Vorwärts“ veröffentlicht waren, von dem betreffenden Redakteur Forderungen verlangt. Das sei abgelehnt worden. Ein oder zwei Tage später habe Russial der Redaktion einen Gegenartikel eingeschickt mit einem Briefe, worin er drohte, er werde unter Ueber-

gehung des verantwortlichen Redakteurs den Redakteur, welcher den Artikel verfaßt hatte, verklagen. Diesen Brief, über dessen Zurückbehaltung durch die Redaktion Russial sich beklagt, habe die Redaktion deshalb behalten, um ihn für eine Widerklage benutzen zu können, wenn Russial seine Drohung ausführe und den Redakteur verklage.

Stücker sagte: Nach dieser Darstellung erscheine die Angelegenheit Russial allerdings ganz anders, als wie sie Russial selbst vorgetragen habe. Hätte man diesen Sachverhalt früher gekannt, dann würde Russial weniger Zustimmung gefunden haben.

Veitge gab derselben Ansicht Ausdruck. Aus der Verlesung des Prozeßberichts sei hervorgegangen, daß das tatsächlich darin stehende, was nach Russials Behauptung fortgelassen sein sollte, Russial habe sich nicht so verhalten wie er sich als Parteigenosse hätte verhalten müssen, ihm sei nur das widerfahren, was ihm nach seinem Verhalten gebühre. — In seinen weiteren Ausführungen berührt Redner die Pankower Angelegenheit sowie die Freythaler-Ernst.

Rüller sprach zum Bericht der Agitationskommission. Er gab verschiedene Hinweise auf die Landagitation und forderte, daß für die Gewinnung der Landbevölkerung mehr als bisher getan werde. Weiter hatte auch an der Tätigkeit der Agitationskommission einiges auszuheben. Zur Angelegenheit Russial meinte er, es sei auf beiden Seiten gesündigt worden, und im Falle Freythaler-Ernst stimmte er den Ausführungen Veitges zu.

Russial bestritt, daß er einem Kollegen gegenüber den Prozeßbericht als zutreffend anerkannt habe. Er bestritt auch, in seinem Brief an die Redaktion des „Vorwärts“ einem Redakteur mit der Klage gedroht zu haben. Weiter sagte der Redner, er sei auf Verlangen der Redaktion entlassen, aber der Arbeiterauschuss habe anerkannt, daß er keinen Vertrauensbruch begangen habe. In seinem Artikel, den der „Vorwärts“ nicht aufgenommen habe, habe er in der schärfsten Weise gegen die „Post“ Stellung genommen. Er verteidigte sich dagegen, daß ihn der „Vorwärts“ mit der „Post“ auf eine Stufe stelle.

Rahlo sagte, Tausende von Verbandsmitgliedern und das gesamte Personal des „Vorwärts“ hätten sich auf seine und Russials Seite gestellt. Er habe Mißstände im „Vorwärts“-Betriebe aufgedeckt und deshalb sei er der Geschäftsleitung unbequem gewesen. Der Prozeßbericht sage das Gegenteil von dem, was sich in der Gerichtsverhandlung abgepielt habe.

Knorr meinte, es sei jetzt nachgewiesen, daß der „Vorwärts“ einseitig berichtet habe.

Zentich, einer der Firmenträger des „Vorwärts“-Geschäfts, ging sehr ausführlich auf die Tätigkeit ein, welche Russial während seiner Beschäftigung im „Vorwärts“ entfaltet hatte. Der Redner zeigte an der Hand von Einzelfällen, daß Russial Beschwerden des Personals seit Jahren in einer Weise ausgenutzt habe, die nur unseren Segnern Freude machen konnte. So sei Russial auch nur deshalb von der „Post“ als Feinde geladen worden, weil er im „Korrespondent“ einen Artikel gegen Fischer veröffentlichte, durch den Fischer zur Strecke gebracht werden sollte. Russial sei nicht entlassen worden, weil er Beschwerden vorgebracht habe. Diese habe die Geschäftsleitung stets geprüft und im Einverständnis mit den Beschwerdeführern zu erledigen versucht; Russial sei lediglich deshalb entlassen worden, weil er dadurch einen Vertrauensmißbrauch begangen habe, daß er sich in der Seheret das Manuskript des Prozeßartikels verschafft, da-

durch den Verfasser ausfindig gemacht, von diesem vor der Veröffentlichung des Artikels Änderungen verlangt und schließlich dem Redakteur mit einer Klage gedroht habe. Durch seine Stellung im „Vorwärts“-Betriebe habe Russial Kenntnis von dem Verfasser des Artikels bekommen. Wenn er diese Kenntnis benutzen wollte, um mit einer Klage gegen den Verfasser vorzugehen, so sei das ein Vertrauensbruch. Wegen dieses Vertrauensbruchs sei er entlassen worden.

Singer ging ebenfalls auf den Grund der Entlassung ein. Er sagte, die hier vorgebrachten Einzelfälle seien seit Jahren im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern erledigt worden. Auch sei die Firma immer bemüht gewesen, ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitern und Angestellten des Geschäfts aufrecht zu erhalten. Ueber diese Fälle wolle er nicht reden, sondern nur über die Gründe der Entlassung Russials. Daß Russial von seinen Kollegen die einzelnen Teile des Manuskripts erhalten habe, das hatte er (Singer) nicht für einen Vertrauensbruch. Aber das, daß Russial von dem, was er in seiner Eigenschaft als Angestellter des „Vorwärts“ erfahren habe, in seinem persönlichen Interesse auszunutzen wollte. Das sei eine Verletzung des Redaktionsgeheimnisses, ein so großer Vertrauensbruch, daß die Firma nicht anders gekonnt habe, als denjenigen zu entlassen, der sich dessen schuldig gemacht habe. Für ein von allen Seiten angefeindetes Kampforgan wie es der „Vorwärts“ ist, sei es unerlässlich, daß das Redaktionsgeheimnis gewahrt werde, daß die Mitarbeiter vor Verfolgung geschützt werden, indem ihre Namen nicht bekannt gegeben werden. Was der Seher am „Vorwärts“ erfahre, das habe er unter allen Umständen für sich zu behalten und seinen Gebrauch davon zu machen. Russial hätte, wie jeder Parteigenosse, das Recht gehabt, gegen das, was der „Vorwärts“ veröffentlichte, seine Maßnahmen zu ergreifen, aber er durfte nicht das Redaktionsgeheimnis durchbrechen, um in persönlichen Interesse gegen den Verfasser eines Artikels vorzugehen, der ihm nur in seiner Eigenschaft als Seher bekannt geworden war. Russial habe dem Verfasser des Artikels mit einer Klage gedroht. Der Brief, dessen Existenz Russial bestritt, sei vorhanden und könne jederzeit vorgelegt werden. Daß Russial über den verantwortlichen Redakteur hinaus den Verfasser des Artikels mit einer Klage bedrohte, das sei der größte Vertrauensbruch, den man sich denken könne. Hiernach habe das Geschäft nicht anders handeln können, als Russial zu entlassen. Nur dieser Fall sei für die Entlassung maßgebend gewesen. Mit dem, was früher geschehen sei, könne die Entlassung nicht in Verbindung gebracht werden.

Russial erhielt vor Schluß der Diskussion durch Beschluß der Versammlung nochmals das Wort. Er blieb dabei, daß er entlassen worden sei, weil er der Geschäftsleitung ein unbedeutendes Mäher gewesen sei.

Hierauf wurde mit sehr starker Mehrheit folgende vom Genossen Veitge beantragte Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschwerden des Genossen Russial gegen den „Vorwärts“. Nach reiflicher Überlegung hat die Versammlung diese Beschwerden als haltlos erkannt und geht über die Angelegenheit zur Tagesordnung über.

Durch die Annahme dieser Resolution wurden als erledigt erachtet eine im entgegengesetzten Sinne gehaltene Resolution von Russial sowie ein Antrag auf Ausschluß Russials und ein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts.



Sunlicht Seife

verwenden alle Frauen, denen es an der Erhaltung ihrer Aussteuer gelegen ist! Die Milde und Reinigungskraft dieser Seife ist unübertroffen, denn sie ist reine Seife und nur diese bietet Garantie gegen die vorzeitige Abnutzung der Wäsche! Chemische Waschmittel zweifelhafter Art sind daher zu vermeiden!



Advertisement for Clio shoes: In 1 Minute erreichen Sie durch Clio Chemisches Lederpräparat Doppelte Haltbarkeit Ihrer Schuhsohlen und Absätze. Bester Schutz gegen Nässe. Preis pro Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich. Alleinige Fabrikanten A. M. Riedel & Co., Chemische Werke, Charlottenburg 5, Oranienstraße 11. Fernspr. Charl. 234L.

Advertisement for Persil: Wie die Sonne auf dem Rasen, so bleicht die Wäsche im Kanal bei Gebrauch von Persil. Gibt blendend weiße Wäsche, ohne Reiben und Bürsten, ohne jede Mühe und Arbeit! Absolut unschädlich, schon das Gewebe und bewirkt enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld. Ueberall erhältlich. ALLEINIGE FABRIKANTEN: Henkel & Co., Düsseldorf.

Advertisement for Haemacolade: Wie preiswert Haemacolade ist, beweist Ihnen die Tatsache, daß ich berechtigt wäre, nach der von der Königlichen Regierung herausgegebenen Taxe für das Deutsche Reich 1 Pfund Haemacolade für 4.10 Mark zu verkaufen, während Sie in jedem Detailgeschäft 1 Pfund Haemacolade für 2.— Mark bzw. nach Einlösung der Bons für 1.80 M. erhalten. Wie blutbildend und kräftigend Haemacolade wirkt, beweisen die Beobachtungen vieler Tausende praktischer Aerzte und Konsumenten, welche Haemacolade als wahrhaft blutbildende Kraftnahrung kennen und schätzen gelernt haben, nach deren Gebrauch bedeutende Gewichtszunahmen ganz selbstverständlich eintreten. Wie wertvoll als Frühstücksgetränk Haemacolade ist, beweist das Gelingen einer gewissen Konkurrenz, welche in der Haemacolade eine Gefahr für den Umsatz ihrer eigenen Präparate erblickt u. sie deshalb mit den denkbar unläutersten Mitteln zu bekämpfen versucht.

Advertisement for Phenomenon cigarettes: Rauchen Sie Phenomenon Iigaretten! Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Advertisement for Eine Wohltat: Eine Wohltat für jeden, der angestrengt arbeitet, ist ein gesundes Hausgetränk. Rathreiners Malzkaffee ist bekömmlich, von würzig kräftigem Wohlgeschmack und kostet wenig. Ein 10 Pfennig-Paket reicht für etwa 20 Tassen! Nur echt in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrers Aneipp.

